
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 31. JAHRGANG
190 | November/Dezember 2008 EUR 1,50

Die Pest der Gegenwart

Wirtschaftskrisen können menschliche Existenzen tilgen, nicht aber den Kapitalismus

Wirtschaftskrisen betrachtet man heute, „wie man in vergangenen Jahrhunderten Pestilenzen, Hungersnöte und Mongolenüberfalle betrachtete", schrieb einst B. Traven. Und weil solche Katastrophenszenarien das Maß des Menschlichen übersteigen, wirken sie für viele irreal, wie eine absurde Episode, die schnell vergehen werde. So urteilte zumindest Albert Camus über derartige Heimsuchungen, denen die Menschen stets unvorbereitet gegenüber stünden, zu übermenschlich scheinen die dahinter liegenden Kräfte. Viele dieser Prozesse sind tatsächlich sinnlich kaum zu fassen. Wenn in wenigen Tagen mehrere Billionen Dollar Börsenwert vernichtet werden und in Simbabwe die Inflationsrate auf über 500 Milliarden Prozent steigt – was mag das anderes bewirken als ein großes Staunen. Selbst das Wörtchen „Staatsbankrott" ist nichts als eine abstrakte Vorstellung. Für alle greifbar dagegen sind die ganz konkreten etwaigen Folgen einer Krise: wenn das Geld in der Hand zerrinnt, Produktion und Konsum zusammenbrechen, Einkommensquellen versiegen und Nahrungsmittel zur Rarität werden. Das Schreckgespenst der Wirtschaftskrise von 1929ff ist allen bekannt. Sicher, hier in der Metropole bekommen wir das diesmal noch nicht so recht zu spüren. In der Peripherie ist das schon ganz real. Man denke nur an die Hungerspirale, die zu Beginn der jetzigen Krise mit den Folgen der Immobilienpleite drastisch angeheizt wurde.

Grafik: Marco Gleixner

Kleinlaut, aber nicht schlauer

Krisen kommen und gehen, lautete lange der allgemeine Tenor. Sie seien kein Grund zur Panik, das heutige System sei schließlich sicher gegen solche Auswirkung wie anno 1929. Dieser Mythos scheint jetzt auch unter den neoliberalen Papageien ein stückweit gebrochen angesichts der sich entfaltenden Megakrise. Und plötzlich werden andere Töne angestimmt: vom „Scheitern des Neoliberalismus" ist jetzt vielerorts die Rede; der Keynesianismus erlebt ein unerwartetes Revival. Es darf wieder verstaatlicht und nach Regulation geschrieen werden. Ohne Frage, eine Ideologie beginnt zu bröckeln. Und plötzlich will es keiner gewesen sein, der ohne Unterlass die heiligen Suren des Neoliberalismus gepredigt hat. Selbst die FDP klagt an: Wo war der Staat, der hier hätte frühzeitig intervenieren sollen? Allenfalls ein Friedrich Merz will noch immer „mehr Kapitalismus wagen", während manch extremer Turbokapitalist die Ursachen der Krise darin sieht, dass staatliche Regulation noch immer die göttliche Kraft der „unsichtbaren Hand" verzerren würde. Dummheit ist eben beharrlich.

Der „Spiegel" fordert nun, den Kapitalismus zu „zivilisieren", PolitikerInnen verlangen nach einem sozial verantwortlichen Unternehmerethos. Transparenz soll hergestellt und die Manager in ihren Gehältern beschnitten werden, hat man doch „die Gier" als Grund des Desasters ausgemacht. Was sie jetzt nicht mehr wissen wollen, ist, dass die zuvor von ihnen gepredigte Doktrin eben jene Gier, den niederen Trieb des Profitinteresses, zu einem gesellschaftlichen Generalprinzip erklärte, mit dem allgemeiner Wohlstand geschaffen würde. Als sozial verantwortlich galt jede unternehmerische Handlung. Banaler konnte man den berüchtigten kategorischen Imperativ nicht herleiten. Es sagt alles über das Geistesniveau unserer PolitikerInnen und Wirtschaftsgurus aus, wenn sie nun auch noch in der Schaffung von Transparenz und Gehälterbeschneidungen eine mächtige Keule gegen die zuvor gefeierten Triebkräfte des Kapitals sehen. Insofern mögen sie zwar kleinlaut geworden sein, an der grundsätzlichen Verflachung hat sich aber nichts geändert.

Bei allen kleineren Krisen in den letzten Jahren gab es ähnliche Einsichten und Maßnahmen. Mit dem Ergebnis, dass sie – bestenfalls – nichts bewirkten oder – schlimmstenfalls – die nächste Krise vorbereiteten. Als 1998 die Hedge-Fonds-Krise die Wirtschaft erschüttert hatte, führten die Transparenzmaßnahmen nicht im Geringsten zu einer Eindämmung von Risikogeschäften. Im Gegenteil, heute gehören sie zum Tagesprogramm jedes größeren Finanzinstituts. Oder man denke an die geplatzte Internetblase 2000. Damals stellte sich heraus, dass Finanzanalysten Papiere empfahlen, die sie selbst intern als wertlose Nieten einschätzten. Sie tun dies, weil sie selbst für Geschäftsbänker arbeiten, die an der Finanzierung solcher Operationen verdienen. Da helfen kein Ethos und keine Gehaltsgrenzen. Handfeste Interessen bestimmen die Bewegungen des Kapitals.

Banalität des Kapitalismus

Die Hunderten von Milliarden, die nun als staatliche Rettungspakete für das Finanzsystem geschnürt werden, sind keineswegs ein Ausdruck an neu gewonnener Reife. Es ist die einzige Maßnahme, die Wirtschaft und Politik im Rahmen ihres verengten und immer noch gleichen Weltbildes einfällt. Schließlich wird diese dreiste Umverteilung von unten nach oben noch immer damit begründet, dass die Stabilisierung des Finanzwesens im allgemeinen Interesse sei. Es ist und bleibt dieselbe Logik, nach der das Wohl der Unternehmen unser aller Schicksal sei.

Noch immer hören wir die gleichen Experten in den Medien, die ratlos und unbeholfen ihre wirtschaftswissenschaftlichen Phrasen runterspulen. Die neoliberale Theorie offenbart ihre Einfältigkeit und Naivität. Man denke nur an den verzweifelten japanischen Regierungssprecher, der sich vor die Presse stellte und verlautbarte, die Regierung könne sich die Bewegungen an der Börse einfach nicht erklären. Das passe irgendwie nicht mit dem realen Zustand ihrer Wirtschaft zusammen. Dabei muss man kein großer Ökonom sein, um zu wissen, welche Macht im Kapitalismus die Fiktion über

Fortsetzung auf Seite 6

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · »Entgelt bezahlt« · VKZ H20318

Kollateralschäden der Globalisierung?

Psychische Erkrankungen durch Lohnarbeit nehmen zu

Weltweit erkranken immer mehr Menschen infolge von psychosozialen Belastungen am Arbeitsplatz. Stress, Angst, Depression, Burnout, aber auch Mobbing und andere aggressive Verhaltensweisen sind Kennzeichen einer globalisierten Arbeitswelt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sieht im Jahr 2030 depressive Erkrankungen direkt nach AIDS an zweiter Stelle der Krankheiten, die die Menschheit am meisten belasten werden.

Derzeit brennen bis zu 25% aller Europäer und Europäerinnen mindestens einmal in ihrem Leben aus. Laut deutschen Rentenversicherern und Krankenkassen sind seelische Erkrankungen der häufigste Grund für Berufsunfähigkeit. Die Tatsache, dass heute offener über psychische Leiden gesprochen wird und Ärzte aufgrund einer weiterentwickelten Forschung ein höheres Augenmerk auf derartige Gesundheitsstörungen legen, kann diese dramatische Entwicklung nur partiell erklären. Viel versprechender ist da schon der Blick auf die infolge der Globalisierung stark veränderte Arbeitswelt und die von Experten als krankheitsfördernd eingeschätzten Faktoren.

Struktureller Wandel der Arbeitswelt

Der moderne Kapitalismus ist geprägt durch eine rasante Technikentwicklung, die dazu führt, dass sich Produktionskonzepte immer schneller verändern und die Halbwertszeit des existenzsichernden

Fortsetzung auf Seite 5

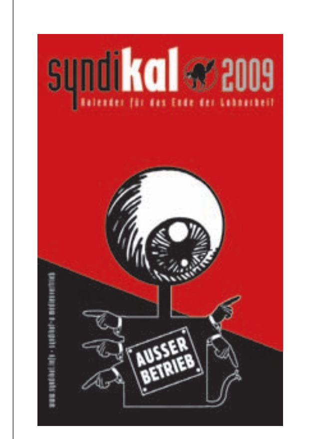
Catwalk

Rache für den Streik

Die Repression gegen die CNT-PTT bei der franz. Post reißt nicht ab. Für seine Streikaktivitäten bei La Poste im Mai 2008 sollte der Genosse Serge Reynaud aus Marseille im Sept. vom Disziplinarrat entlassen werden. Die Entlassung konnte abgewendet werden. Die Direktion entschied aber nun im Okt., dass Serge für zwei Jahre suspendiert werden soll – ohne Bezahlung. Die CNT legte Widerspruch ein, das Urteil scheint aber im Nov. bestätigt zu werden. Weitere finanzielle Unterstützungen und Soliaktionen sind notwendig. In Deutschland können wir der CNT-PTT helfen, indem wir Aktionen bei franz. Staatseinrichtungen (die Post ist noch in öffentlicher Hand) oder zur La Poste-Gruppe gehörenden Firmen durchführen (Geopost, DPD, Chronopost). Achtet auf aktuelle Informationen! Siehe www.fau.org/soli/cnt-ptt.

Kauf Dich glücklich!

Im dritten Jahrgang erscheint mittlerweile der SyndiKal, der Taschenkalender für das Ende der Lohnarbeit. Er ist nicht nur ein „kollektiver" Organisator, sondern zugleich auch tägliche Hilfestellung für Gegenwehr im Betrieb, auf den Ämterfluren und im Stadtteil. Neben praktischen Tipps und Hinweisen stellt der Kalender viele aktuelle und historische Beispiele für selbstorganisiertes und solidarisches Handeln vor.



„SyndiKal 2009. Kalender für das Ende der Lohnarbeit."
192 Seiten, EUR 6, 50
Syndikat A
ISBN 978-3-9810846-2-7
Bestellungen auf: www.syndikat-a.de

FAU-Ticker

Auf der Homepage der FAU Münsterland steht die neue Ausgabe der Lokalzeitung „Interhelpo" zum Download bereit +++ Die FAU Münsterland macht jeden zweiten Samstag im Monat „Feierabend" im Interkulturellen Zentrum Don Quijote. Geboten werden Spiel- und Filmabende, sowie ein Raum zum klönen +++ Die FAU Berlin ruft dazu auf „sich der Kontrolle zu entziehen" und Widerspruch gegen die zentrale Steuer-ID einzulegen. Mehr Infos auf der Homepage des Syndikates +++ In Berlin hat sich eine IT-Sektion im Rahmen des Allgemeinen Syndikats Berlin zusammengefunden. Kontakt: faub-it@fau.org +++ Die Regionalkoordination für die Region Ost wird ab sofort von Genossen aus den Syndikaten in Leipzig und Berlin gemeinsam gewährleistet +++ Auf dem Regionaltreffen West, am 14.09. in Aachen, wurde das Allgemeine Syndikat Solingen in die FAU aufgenommen. Kontakt: fausg@fau.org +++ In Essen, Köln und Wuppertal befinden sich FAU-Syndikate im Aufbau. Kontakt: reko-west@fau.org +++ Auf der Demonstration „Freiheit statt Angst!" am 11.10. in Berlin beteiligten sich mehrere hundert Menschen am anarchosyndikalistischen Block +++ Das Regionaltreffen Süd findet am 29. und 30. November in München statt

Dass ein Kapitalismus ohne Krisen nicht möglich ist, haben wir in dieser Zeitung immer wieder aufgezeigt. Dennoch deutet einiges darauf hin, dass wir es dieses Mal mit weitaus mehr als dem ständigen „Krisenbusiness as usual" zu tun haben. Denn anders als Politik, Talkshows und ATTAC uns glauben machen wollen, haben wir es nicht mit einer „Finanzkrise" zu tun, die jetzt bösartiger Weise ein wenig auf die brave „Realwirtschaft" überschwappt. Diese Krise ist nicht in irgend etwas Reales und irgend etwas Fiktives aufzuteilen – die Krise der Finanzmärkte ist die unmittelbare Folge davon, dass das Kapital sich seit Jahrzehnten nicht mehr ausreichend in der Produktion verwerten kann und deshalb andere, gewinnträchtigere und dafür instabilere Anlageformen suchen musste. Diese Klemme, die nicht zuletzt wir als ArbeiterInnen mit unseren Ansprüchen dem Kapital beschert haben, ist kein Grund zum Jammern. Sollen doch andere versuchen, das Kapital wieder einmal zu retten, wir können uns etwas ganz anderes, besseres auf den Ruinen von Börsen und mancherlei Fabriken vorstellen.

Vielleicht liegt in der Krise ja auch die Chance, wieder einmal darüber zu reden, wie wir eigentlich gemeinsam leben und arbeiten wollen. Angesichts der fassungslosen Gesichter der Politiker und der Panik der professionellen „Wirtschaftsexperten" drängt sich jedenfalls der Gedanke auf, dass es höchste Zeit dafür sein könnte. Dabei gibt es aber keinen Automatismus und „von nichts kommt nichts". Mehr dazu im Leitartikel. Wie es mit dem Neoliberalismus überhaupt soweit kommen konnte, wird ausführlicher bei „Zeitlupe" beschrieben. „Hintergrund" wiederum bietet einen vertiefenden Blick aus der Vogelperspektive auf die Geschichte und Gegenwart von Privatisierung und Verstaatlichung.

Dagegen hilft direkte Aktion: In Griechenland plündern AktivistInnen immer wieder Supermärkte und verteilen die Beute in Robin-Hood-Manier. Stolz können wir auf die CNT Sevilla sein, die durch eine Serie erfolgreicher Arbeitskämpfe immer weiter wächst. In Mexiko wird die Gewerkschaftslandschaft noch vorwiegend von kapitalismusfreundlichen und gelben Gewerkschaften dominiert, in Portugal hält die AIT-SP schon wacker dagegen.

Dass eine Kooperativenbewegung nicht zwangsläufig etwas Gutes hervorbringen muss, zeigt der Fall des baskischen Konzerns Mondragon bzw. Fagor – während die meisten einheimischen Beschäftigten Anteile besitzen und sich über vermeintlich prima Arbeitsbedingungen freuen, beuten sie kollektiv ihre polnischen Kolleginnen und Kollegen brutal aus.

Lassen sich das internationale Lohngefälle und die daraus resultierende Arbeitsmigration überlisten? In der schwedischen SAC organisieren sich migrantische Arbeitskräfte ohne Arbeitserlaubnis, um Mindeststandards für illegale Beschäftigung zu setzen. Ob sich so etwas auch in Deutschland umsetzen lässt, wird in dieser DA zur Diskussion gestellt.



FAU-Block auf der Anti-Überwachungsdemo in Berlin (Foto: O. Wolters)

Kaum zu glauben, aber wahr: In Deutschland sind noch über 70 alternative, politische Buchläden übrig. Vielleicht finden diejenigen von uns, die sich dem Weihnachtsterror nicht ganz entziehen können, dort ein paar nicht komplett bescheuerte Geschenke?

Tun wir das, solange wir noch Zeit haben: Obwohl wir schon über das Maß des Erträglichen hinaus auf unsere scheinbar einzig wichtigen Funktionen reduziert werden, nämlich Waren und Dienstleistungen zu produzieren und konsumieren, sollen wir künftig noch länger arbeiten. Der 65-Stunden-Woche und den psychischen Folgen von Arbeit ist eine Doppelseite gewidmet. Widerstand, wie der gegen das geplante Kohlekraftwerk in Mainz/Wiesbaden, wird durch den resultierenden Zeitmangel zunehmend zum Luxus.

Umso wichtiger ist es, Widerstand effizienter zu gestalten. Die neuen Statuten der FAU sind klarer und verbessern unsere Handlungsfähigkeit als Gewerkschaft. Hoffen wir also, dass wir künftig noch häufiger über erfolgreiche FAU-Arbeitskämpfe wie den bei der Young Internet GmbH in Berlin berichten können.

Redaktion BuG für DA 190, Frankfurt am Main.

Syndikate, Ortsgruppen und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg . . Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 15h Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0176) 29475839 (mittwochs nach 15h)
Bielefeld . . . . . c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. faubi@fau.org, www.fau-bielefeld.de.vu. Treffen jeden 2. und 4. Dienstag im Monat ab 19:30 Uhr im AJZ Kino (Heeper Str.132)
Braunschweig . FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig, <faubs@fau.org>
Bremen . . . . . . FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>, c/o FAU Bremen
Flensburg. . . . . c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Hamburg . . . . . FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover . . . . . UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, fauh@fau.org, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel . . . . FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck . . . . . . Kontakt über Hamburg
Wismar . . . . . . Kontakt über Hamburg

REGION WEST

Aachen . . . . . . FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum. . . . . . Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn . . . . FAU-OG Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt, (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de, OG-Treffen jeden Mi. 20.30 Uhr
Dortmund . . . . c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, Fax: (0231) 86 30 101, <faudo@fau.org>
Duisburg . . . . . Lokalföderation FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf . . . . FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld . . . . . . Tel.: (02151) 39 42 70
Moers . . . . c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster. . . . . . FAU Münster, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <faums@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/muenster/static/, Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr. Offene Diskussionsveranstaltung jeden 4. Mi. im Monat, 20 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12
Solingen . . . . . FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, <fausg@fau.org>, fau.org/ortsgruppen/solingen/, Treffen jeden 2. Dienstag im Monat.

REGION OST

Altenburg . . . . Kontakt über Leipzig
Berlin . . . . Straßburger Str. 38, 10405 Berlin, <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. U2 Senefelder Platz. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden. . . . . . FAU Dresden, c/o Infocafé im AZ Conni, Rudolf-Leonhardt-Straße 39, 01097 Dresden, Präsenzzeit: zweiwöchentlich (ungerade Kalenderwochen) donnerstags 16.00 – 20.00 Uhr, <fau-dd@gnuviech.info>
Görlitz . . . . Kontakt über Dresden
Gransee. . . . . . Kontakt über FAU Berlin
Halle/Saale . . . c/o Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37, 06110 Halle/Saale, ebenfalls GNLL-Kontakt
Leipzig. . . . . . . VAB FAU Leipzig, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: mittwochs 16.00–17.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650
Magdeburg. . . . FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam . . . . . Kontakt über FAU Berlin
Schwarzenberg. Kontakt über Leipzig
Zwickau. . . . . . Kontakt über Leipzig

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich. . . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. . . c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg. . . . . . FAU-Freiburg, <faufr2@fau.org>,Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr,KTS,Baslerstr.103,79100 Freiburg; jeden dritten So.im Monat ab 18Uhr,Fabrik,Habsburgerstr.9,79104 Freiburg.
Gießen. . . . . . . FAU-Ortsgruppe und Bildungssyndikat, c/o „Infoladen Gießen", Alter Wetzlarer Weg 44, 35392 Gießen, <faugi@fau.org>, www.ak44de.vu Jeden Mo. 19.00 Uhr Treffen des Allgemeinen Syndikats und des Bildungssyndikats. Jeden 2. Mi. ab 21.00 Uhr Kneipenabend „Café Sabotage", offener Abend für alle Interessierten bei Musik und Bier im „Infoladen Gießen"
Memmingen . . . FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
Lich . . . . FAU-Ortsgruppe, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz. . . . . Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg. . . . . . faumr@fau.org oder über FAU Lich
Meiningen . . . . FAU Meiningen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
München . . . . . Schwanthaler Str. 139 (Rg), 80339 München, (0163) 6174227, <faum@fau.org>, www.faum.de. Offenes Büro mittwochs 16–18 Uhr. Allgemeines Syndikat, jeden Mittwoch 18h, <kontakt@faum.de>, (0163) 6174227. Bildungssyndikat, <bildungssyndikat@faum.de>, (0175) 4155326. Gesundheitssyndikat SANITA, <faum14@fau.org>.
Neustadt/W. . . FAU Ortsgruppe, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern <faunw@fau.org>
Nürnberg. . . . . <faum16@fau.org>
Suhl. . . . . Kontakt über Meiningen
Tübingen . . . . . c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden . . . . GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungssyndikate: <bsy-public-info@list.fau.org>, www.bildungssyndikat.de
GNLL/FAU Landwirtschaft:
Berlin-Brandenburg, über Gransee, <gnll@fau.org>

Regionalkoordinationen

Nord: Kiel <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org> | Ost: Potsdam <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M.

Geschäftskommission der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

Freie ArbeiterInnen Union/IAA, Fettstr. 23, 20357 Hamburg, Allemagne, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)
IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), z.Zt. ohne Postadresse, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

FAU-CH. . . . . . . Postfach 580, CH-8037 Zürich
FAU-CH. . . . . . . Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, <bern@fauch.ch>

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, allgemeines@syndikat-wien.org
Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 6932864, syndikat_ooe@linuxmail.org
ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, aswi@lnxnt.org
Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Kohlekraftwerk Mainz/Wiesbaden vor dem Aus?

Bürgerproteste entlarven die Arroganz der Macht

„Lasst die nur demonstrieren, solange wir regieren!" Der Ausspruch des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl während der Mobilisierungen gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen Anfang der 80er ist mir noch gut in Erinnerung. Selten hat ein Politiker deutlicher zum Ausdruck gebracht, was er, einmal gewählt, von der Meinung der Bevölkerung hält. Ähnlich mögen die Regierenden der beiden Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden im Bezug auf das von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW) geplante Kohlekraftwerk gedacht haben. Möglich, dass diese Rechnung nicht aufgeht. Nach Kundgebungen, Infoveranstaltungen, Fahrraddemos, Rathausbesetzung, Großdemonstrationen, 60.000 Einwendungen und einer Ladung Steinkohle im Laden der Wiesbadener Stadtwerke (ESWE), eines der beiden KMW-Besitzer, erodiert in beiden Stadtparlamenten die Front der Kohleunterstützer (siehe auch DA Nr. 182 u. 185). Da nach momentaner Einschätzung eine Zuspitzung vom Protest zum Widerstand – Stichwort „Bauplatzbesetzung" – nicht absehbar ist, folgt nun ein etwas untypischer...



... Exkurs in parlamentarische Niederungen

Nach gehörigem Druck der Bürgerinitiativen zwang die Basis der Wiesbadener Grünen ihre Fraktion per Mitgliederentscheid Ende September, einen Antrag im Stadtparlament auf Planungsstopp für das Kraftwerk einzubringen. Dieser wurde mit großer Mehrheit gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen. Der Magistrat der Stadt und Oberbürgermeister Helmut Müller (CDU), als Aufsichtsratsvorsitzender der ESWE, sind nun aufgefordert, den Beschluss umzusetzen. Da Müller ankündigte, dies zu ignorieren, deutet alles auf eine juristische Auseinandersetzung hin.

Die seit zwei Jahren in der Jamaika-Koalition mitregierenden Grünen hatten bisher außerparlamentarisch gegen den Kraftwerksbau demonstriert, das Thema regierungsintern jedoch ausgeklammert, um das gute Koalitionsklima nicht zu stören. CDU und FDP wiederum versuchten, das Einbringen des Antrags zu verhindern, indem sie diesen als illegal bezeichneten. Erst der Verwaltungsgerichtshof in Kassel musste die Parteien in einer Art Nachhilfestunde darüber informieren, „dass in einer parlamentarischen Demokratie das Stadtparlament als Entscheidungsgremium über wichtige Themen der Stadtpolitik diskutiert und abstimmt. Der umstrittene Bau des Kohlekraftwerks gehört unzweifelhaft dazu." Das zuvor von der CDU lauthals angedrohte Ende der Koalition im Falle einer Antragstellung durch die Grünen scheint mittlerweile schon wieder vom Tisch zu sein. Auch in den Niederungen der Lokalpolitik kleben die Damen und Herren so sehr an ihren Posten, dass in der Herbstpause sicher eine den Status quo erhaltende Lösung ausgemauschelt werden wird. Den Bürgerinitiativen bleibt dann die undankbare Aufgabe vorbehalten, den Druck zur Umsetzung des Beschlusses aufrecht zu erhalten.

Ähnlich entlarvend stellt sich die politische Farbkonstellation in Mainz dar. Dort hatte bis zum Sommer eine ganz große Koalition aus CDU, SPD und FDP im Stadtparlament den Bau gegen die übergroße Mehrheit der Bevölkerung (nach Umfragen 82%) forciert. Aufgrund des außerparlamentarischen Drucks hat ausgerechnet die CDU nasse Füße bekommen und die Seiten gewechselt. Gemeinsam mit Grünen und ÖDP wurde ein neuer Bebauungsplan für das Industriegebiet, auf dem das Kraftwerk entstehen soll, verabschiedet. Dieser schreibt eine Höhenbegrenzung für Neubauten von dreißig Metern vor. Für ein Kohlekraftwerk mit Schornsteinen von 150m Höhe das Aus! Gegen den Bebauungsplan klagt wiederum der Mainzer Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke Mainz (ENTEGA) Jens Beutel von der SPD.

Repression? Aber sicher!

Als denkender Mensch erwischt man sich bei dem Gedanken, die maßgeblich beteiligten PolitikerInnen verfolgten eventuell ihre Privatinteressen und dies gehöre dann strafrechtlich verfolgt. Die Realität jedoch sieht anders aus. Verfolgt werden die AktivistInnen des „Arbeitskreises Umwelt Wiesbaden" (AKU). Wegen einer Balkonbesetzung des Wiesbadener Rathauses im Frühsommer flatterten ihnen mittlerweile Strafbefehle über insgesamt 12.000 Euro ins Haus. Schon zuvor war es bei einem AKU-Mitglied zu einer Hausdurchsuchung gekommen. Im November 2007 hatten UmweltaktivistInnen eine Schubkarre Steinkohle in den Eingang des ESWE-Ladens gekippt (siehe DA Nr. 185). ESWE stellte einen Strafantrag über 3.000 Euro, weil Kohlestaub (!) Schäden im Laden hervorgerufen habe. Die Staatsschutzabteilung der Wiesbadener Polizei entblödete sich nicht, aufgrund dessen eine Hausdurchsuchung zur „Ermittlung der an der Aktion beteiligten Personen" durchzuführen.

Evelyn Pfister vom AKU betont, dass sich die AktivistInnen von solchen Maßnahmen keinesfalls einschüchtern lassen. „Die Starrköpfigkeit, mit der einige Politiker und der KMW-Vorstand an einem ökologie- und gesundheitsfeindlichen Projekt festhalten, zwingt uns dazu, weiter Druck zu machen!"

Ralf Dreis (FAU-Lokalföderation Rhein/Main)

Weitere Informationen unter www.aku-wiesbaden.de

Kolumne Durruti



Über die aktuelle Finanzkrise kann mir niemand was erzählen. Ich weiß Bescheid. In meiner Börse wird der Handel regelmäßig ausgesetzt, meist in den letzten anderthalb Wochen des Monats. Und das, obwohl man mich schon vor längerer Zeit verstaatlicht hat (Hartz IV). Aber gehen wir das Problem mal historisch an:
Die Finanzkrise (lat.: magna caca pecunia) ist ein gefährlicher Gesellschaftsvirus, der zum ersten Mal in der Spätantike epidemisch wird, als nämlich Rom seine reiche Provinz Africa an die völkerwandernden Vandalen verliert. Um den Staatshaushalt wieder auf Vordermann zu bringen, privatisiert der Römer sofort was das Zeug hält, und muss daher, als endlich alles zum Gegenschlag bereit ist, die nötigen Schiffe bei privaten Reedern anmieten – maßlos überteuert, denn die Reeder mögen nicht recht an diese Rückeroberungsaktie glauben. Effekt: Mehrere an Unterfinanzierung gescheiterte Versuche. Staatsbankrott, den auch die Erfindung der Mehrwertsteuer (damals: „Verkaufssteuer" – nur 4%!) nicht aufhalten kann. Verfall aller Aktienwerte. Untergang des schönen Reiches. Mittelalter. Grunz.
Die heutige Finanzkrise verläuft auf den ersten Blick gegensätzlich: Die Vandalen wandern erst, seit man ihnen die Hypotheken gekündigt hat, und es sind die privaten Banken, die pleite sind. Die Staatsregierungen dagegen, die bis vor kurzem nicht mehr genug Bares hatten, um Arbeitslosen ein Leben in Würde zu garantieren, finden plötzlich unter jedem Ministersessel ein paar hundert vergessene Milliarden, die sie den Banken gerne zur Verfügung stellen. Und wo die Römer privatisierten, wird heute verstaatlicht. Man muss aber schon FOCUS-blöd sein, dass einem dazu das Wort „Sozialismus" einfällt. Der Sozialismus verstaatlicht idealerweise Besitz und Gewinne, hier geht es um die Verstaatlichung von Schulden und Verlusten. Dennoch überbieten sich die Finanzminister mit domina-strengen Mienen, um ihren Wählern zu suggerieren, eine Bestrafung habe stattgefunden. Dabei erhalten die zockenden Banker – abgesehen von ein paar Bauernopfern – jetzt quasi Zugriff auf das komplette Staatsvermögen. Höchstens, dass nun dem Finanzroulette ein paar neue Regularien aufgepfropft werden, die man aber mit Sicherheit irgendwie aushebeln kann. Diesbezüglich kam kürzlich ein überaus weiser Kommentar aus einer Ecke, die für weise Kommentare ungefähr so bekannt ist, wie Guantanamo für Menschenrechte. Bei einer dieser Fernsehtalkrunden war es (Anne Illner oder Maybrit Will – wer weiß das schon?), als ausgerechnet der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel sinngemäß sprach: „Natürlich braucht es Beschränkungen im globalen Finanzverkehr. Aber es ist doch nicht Aufgabe der Banker, dafür zu sorgen, sondern Aufgabe des Staates. Aufgabe der Banker ist es, dagegen zu kämpfen. Sie haben ihren Teil getan, der Staat hat versagt." Treffender kann man es nicht formulieren.
Was nun geschieht? Revolution? Ende des Kapitalismus? Wohl kaum. Noch mal Hans-Olaf: „Dies ist eine Krise, keine Katastrophe." Schlimmstenfalls erschießen sich ein paar Aktionäre, es kommt zu Rezession und Inflation, ein Haufen Arbeitsplätze geht verloren und die Arbeitslosen werden sich nicht nur im Winter warm anziehen müssen. Schließlich haben Chemnitzer Professoren kürzlich errechnet, dass sich auch von 132 Euro im Monat gut leben lässt. Und gegenfinanzieren muss man ja irgendwie. Rom aber geht nicht an einem Tag unter. Das dauerte auch damals noch gut fünfzig Jahre. Und Nutznießer waren nicht die Vandalen, die nur ein paar blauäugige Nordafrikaner hinterlassen haben, sondern die bis dahin vergleichsweise unauffälligen Franken. Diesbezüglich fand ich es amüsant zu lesen, dass China seinen Bankern plötzlich genau die Zockereien erlaubt, die unseren gerade verboten werden. Klar, wo jetzt alles so billig zu haben ist...
Wie auch immer: Mir kann die Krise nichts anhaben. Ich bin mit all meinem heimlich angesparten Flaschenpfand gleich zur nächsten Autobahnraststätte getrampt und immer wieder durch die Kloschranke gegangen. Jetzt hab ich 1.000 Wertbons zu je 50 Cent. Und wenn die Inflation kommt, starte ich eine grandiose Schwarzmarktkarriere mit Namenstassen und Wackeldackeln! Oder wie der Römer sagt: Videant consules ne quid res publica detrimenti capiat.

Markus Liske

TERMINE

Berlin

Fr. 7. Nov., 20.00 Uhr
Entwederoder,
Oderberger Str. 15
FAU-Stammtisch
Treffen für Beschäftigte in der Kultur- und Medienbranche. Alle, die sich mal mit KollegInnen austauschen, sich gegenseitig oder die FAU kennenlernen möchten, sind herzlich eingeladen.

Bremen

Sa. 15. Nov., 20.00 Uhr
Naturfreundejugendhaus,
Buchtstrasse 14/15
10 Jahre FAU-Bremen
Konzert mit "44 Leningrad"

Frankfurt a.M.

Do. 6. Nov., 19.30 Uhr
FAU, Mühlgasse 13
Info: „Keine Arbeit ohne Lohn!"
Vortrag und Diskussion mit einem Aktivisten der FAU Berlin zu Formen und Hintergründen der unbezahlten Lohnarbeit.

Do. 4. Dez., 20.00 Uhr
FAU, Mühlgasse 13
Film: „Als die Deutschen vom Himmel fielen"
Der Film von Olga Schell erzählt vom Widerstand der Bevölkerung Kretas gegen die deutschen Truppen, die 1941 Kreta besetzten. Mit dem an den Dreharbeiten beteiligten Übersetzer Ralf Dreis.

Freiburg

Fr. 12. Dez., 20.00 Uhr
Strandcafe, Adlerstr.12
Info: „Leiharbeit"
Vortrag und Diskussion über Leiharbeit, die Bedeutung der DGB-Tarifverträge und Handlungsmöglichkeiten gegen den modernen Sklavenmarkt.

Gorleben

Sa. 8. Nov., 13.00 Uhr
Castoralarm!
Großdemo in Gorleben. Atomanlagen stilllegen! Sofort!

Hannover

Fr. 7. Nov., 20.00 Uhr
UJZ Kornstrasse, Kornstrasse 28-30
Info: „Novemberrevolution und revolutionäre Nachkriegskrise in Hannover"
Vortrag und Diskussion mit einem Aktivisten der FAU Hannover.
Infos: www.fau.org/hannover

Münster

Mi. 26. Nov., 20.30 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Buchvorstellung: "Die neuen Streiks"
Präsentation des im Unrast-Verlag neu erschienenen Buches mit Herausgeber Torsten Bewernitz

Endgültiger Abschied vom 8-Stunden-Tag

Die 65-Stunden-Woche rückt näher. Welche Perspektiven gibt es?

Die Arbeits- und Sozialminister der EU haben sich im Juni auf eine neue europäische Arbeitszeit- und Leiharbeitsrichtlinie geeinigt. Noch vor Ende des Jahres soll diese Richtlinie dem EU-Parlament zum Beschluss vorgelegt werden. Hintergrund der Maßnahme ist die Forderung der Unternehmer, die bisherige Grenze der maximalen Arbeitszeit zu erhöhen und EU-weit Arbeitszeiten von 60-65 Stunden und mehr zu ermöglichen. In Deutschland gilt derzeit laut Arbeitszeitgesetz i.d.R. eine maximale Arbeitszeit von durchschnittlich 48 Stunden pro Woche.

Ein Kernpunkt der Richtlinie betrifft den Bereitschaftsdienst, bei dem zwischen „aktiver" und „inaktiver" Zeit unterschieden werden soll. Der „aktive" Teil der Bereitschaften, bei denen es am Arbeitsplatz auch zum Einsatzfall kommt, wird auf die Arbeitszeit angerechnet, der „inaktive", bei dem kein Notfall eintritt, jedoch nicht. Damit sollen zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofes ausgehebelt werden, der Arbeitszeit als die Zeit definiert hatte, in der Beschäftigte am Arbeitsplatz verfügbar sein müssen.

Außerdem soll die sog. „Opt-out-Regelung" neu festgelegt werden. Diese Vorschrift bestimmt, dass durch individuelle Vereinbarungen oder Tarifverträge die maximale Wochenarbeitszeit von 48 auf 60 Stunden ausgedehnt werden darf. In einem Referenzzeitraum von drei Monaten kann die wöchentliche Arbeitszeit für den einzelnen Arbeitnehmer so auf 60 Stunden steigen. Wenn ein Teil der Arbeitszeit aus Bereitschaftsdiensten besteht, sind sogar 65 Stunden zulässig. Tarifverträge können künftig sogar noch längere Arbeitszeiten ermöglichen. (Für Ausführlicheres zur 65-Stundenwoche siehe „Geknechtetes Leben", DA Nr. 189)

Verdi und die „Christen" lauern schon

Während die Bosse die angeblich freiwillige „Opt-out-Regelung" durch Druck auf einzelne Beschäftigte erzwingen können, benötigen sie für den Bereich der Bereitschaftsdienste die Kollaboration von Gewerkschaften. Ohne Gewerkschaften, die bereit sind, ihre Mitglieder und die unorganisierten Beschäftigten der Branche durch entsprechende Tarifverträge zu verkaufen, hätten es die Bosse schwer.

Auf positive gesetzliche Regelungen durch die CDU/SPD-Regierung brauchen wir nicht zu hoffen, ebenso wenig auf die Anerkennung der „inaktiven" Bereitschaft als Arbeitszeit durch die „Sozialpartner". Wenn es nicht zu einer Kampagne kommt, die die EU-Richtlinie verhindert, bleibt noch die Möglichkeit, Tarifverträge abzuschließen, die festlegen, dass jede Stunde, in der Beschäftigte am Arbeitsplatz zur Verfügung stehen müssen, als reguläre Arbeitszeit gewertet und bezahlt werden muss. Leider heißt die vorherrschende Gewerkschaft in vielen der betroffenen Branchen Verdi, und die hat bei der Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der Leiharbeitsindustrie mitunter schon die christlichen Pseudo-Gewerkschaften übertroffen.

Die Lage sieht also nicht sehr erfreulich aus, sie lässt sich aber durchaus verbessern, wenn die Beschäftigten eines Betriebes, z.B. einer Feuerwache oder einer Klinik, sich nicht



bei Verdi organisieren, sondern sich z.B. einem FAU-Syndikat anschließen. Mit etwas Mut und einer Basisgewerkschaft, in der die Mitglieder selbst entscheiden, was sie wollen, können die geplanten Verschlechterungen im Betrieb bekämpft und vielleicht auch durch einen eigenen Kontrakt bzw. einen Haus- oder Firmentarifvertrag verhindert werden.

„Man kann Arbeiter mieten, um Arbeiter zu töten"

(Jay Gould, Finanzmann 1905)

Auch ohne neue Grausamkeiten ist die heutige Arbeitsrealität nicht auszuhalten. Seit Jahren steigt der Druck ins Maßlose: immer effizienter und schneller arbeiten, Dauerstress, Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, Konkurrenzdruck, Überforderung durch Leistungsmenge, Arbeitstempo oder Arbeitsinhalte, Steigerung der Produktivität um jeden Preis, Weiterbildung in der Freizeit, unbezahlte Arbeit... Es ist eine Orgie der sozialen Gewalt, der viele von uns täglich ausgesetzt sind. Die Folgen der bisherigen Arbeitsbedingungen – auch ohne 65-Stunden-Woche und neue Verschlechterungen – haben längst das Maß des Erträglichen überschritten.

Selbstmord durch Druck und Leistungsterror am Arbeitsplatz ist ein Tabuthema in den Medien, obwohl täglich Selbstmorde in unmittelbarem Zusammenhang mit der Arbeit begangen werden. In Japan gibt es dagegen einen feststehenden Begriff dafür: „Karoshi" – Tod durch Überarbeiten. Japanische Rechtsanwälte schätzen die Zahl der Tode durch Überarbeiten auf bis zu 10.000 pro Jahr. In Deutschland nehmen sich pro Jahr mehr als 11.000 Menschen das Leben. Wie viele dieser Selbstmorde durch Arbeit verursacht werden, wird statistisch nicht erfasst.

Unser Nachbarland Frankreich, in dem vergleichbare Arbeitsbedingungen herrschen, befindet sich bei diesem traurigen Thema weltweit unter den Top 5. Seit Ende der 90er stieg die Zahl der Selbstmorde am Arbeitsplatz in Frankreich. Der Wirtschafts- und Sozialrat geht tiefstapelnd davon aus, dass jährlich 300 bis 400 Selbstmorde zumindest teilweise auf als unerträglich empfundene Arbeitsbedingungen zurückzuführen sind.

Travail suicidal

Im Jahr 2007 haben sich innerhalb von drei Monaten sechs Mitarbeiter des Autoherstellers Peugeot-Citroën das Leben genommen. Fünf von ihnen waren in Mülhausen beschäftigt, zwei brachten sich dort am Arbeitsplatz um. Seit sich ein weiterer Arbeiter zur Mittagszeit im Lagerraum des Montagewerkes erhängt hat, konnte die Geschäftsleitung nicht mehr mit „persönlichen Problemen" argumentieren. Wie andere Unternehmen versucht auch Peugeot-Citroën, effizienter und schneller zu produzieren. Die Steigerung der Produktivität um jeden Preis ist das Interesse. Jeden Monat werden Stellen gestrichen. Wer öfter krank ist, bekommt einen Brief von der Geschäftsleitung, in dem die Kündigung angedroht wird: „Ihre Abwesenheit stört die Einheit unserer Fabrik", heißt es in diesen Briefen, „wir fordern sie auf, ihr Verhalten zu ändern."

Im gleichen Jahr begingen auch drei Mitarbeiter von Renault in einem kurzen Zeitraum Selbstmord. Die Männer hatten unter massivem Druck am Arbeitsplatz gelitten, besonders seit ein Sanierungsprogramm auf Kosten der Beschäftigten durchgepeitscht wurde. Ein Suizidopfer sprang aus dem fünften Stock eines Werkes, ein anderes ertränkte sich in einem nahen See.

Die Beispiele von KollegInnen, die durch Arbeit in den Tod getrieben werden, ließen sich fortsetzen. Viel höher ist aber die Anzahl unter uns, die nicht Selbstmord begeht, aber unter schlimmen Krankheiten leidet.

Auch ohne die EU-Richtlinie müssen wir schon jetzt mehr arbeiten, als erträglich ist. Das Interesse der Unternehmer nach Steigerung der Produktivität um jeden Preis macht nicht Halt vor unserer Gesundheit. Dem Thema psychische Erkrankungen durch Arbeit ist daher die gegenüberliegende Seite gewidmet.

KC (FAU-Frankfurt a.M.)

Kein Recht für Arme

Klagewelle führt zur Einschränkung von Rechtsberatung

Viele Menschen wehren sich gegen falsche Hartz-IV-Bescheide und klagen dagegen. Drei Jahre nach dem Start von Hartz IV werden die Gerichte von einer wahren Klagewelle überrollt. Die KlägerInnen gewinnen fast die Hälfte der Prozesse. Anstatt dafür zu sorgen, dass die Behörden korrekte Bescheide verfassen, soll die Möglichkeit für Betroffene, ihr Recht einzuklagen, nun eingeschränkt werden. Sozialverbände und Selbsthilfegruppen schätzen, dass bis zu zwei Drittel aller Bescheide fehlerhaft sind und nur ein Teil von den Behörden ohne Klage geändert wird.

Das Beratungshilfegesetz stellt bisher sicher, dass Bedürftige bei rechtlichen Problemen professionelle Hilfe bekommen. Vor einer Bewilligung prüft das zuständige Amtsgericht die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Antragstellers. Der Bundesrat hat nun einen Gesetzesentwurf zur Verschlechterung des Beratungshilferechts beschlossen. Dieser wird die Unterstützung durch Rechtsanwälte künftig erschweren.

Als Abschreckung soll die Eigenbeteiligung der Ratsuchenden von 10 auf 30 Euro angehoben werden, wenn ein Anwalt die Betroffenen nicht nur berät, sondern auch vertritt. Zusätzlich will der Bundesrat die Voraussetzungen für die Beratungshilfe genauer geprüft wissen. Die beteiligten Landesregierungen behaupten, die Voraussetzungen der Beratungshilfe würden nicht ausreichend geprüft und daher zu schnell bejaht. Die enorme Erfolgsquote der Kläger führt diese Behauptungen allerdings ad absurdum und zeigt, dass die „Reform" der Beratungshilfe nichts anderes ist, als der Versuch, den Armen ihr Recht zu verwehren.

Hintergrund der angestrebten Einschränkung der Beratungsmöglichkeiten ist die Klageflut seit Einführung der Hartz-IV-Gesetze. Die Zahl der ALG II-Verfahren gegen falsche Bescheide vor den Sozialgerichten stieg allein in der ersten Jahreshälfte 2008 um 36,2% auf 61.970 Fälle, wodurch die Kosten für die Beratungshilfe, die von den Bundesländern bezahlt wird, enorm wuchs.

KC

Arbeit ohne Ende

Der 8-Stunden-Tag existiert häufig nur noch auf dem Papier

Schon heute ist entgegen gesetzlicher Regelungen ein „Arbeiten ohne Ende" Realität. Zu unterscheiden ist zwischen vereinbarter persönlicher Arbeitszeit, der betrieblichen und der tatsächlich geleisteten Arbeit. Zudem ist noch einmal zu unterscheiden zwischen erfassten und nicht erfassten sowie bezahlten und unbezahlten Stunden.

Bei den erfassten, aber unbezahlten Arbeitszeiten handelt es sich in der Regel um Verfallstunden aus Gleitzeitguthaben. Das heißt, es wurden mehr Stunden gearbeitet, als die Betriebsvereinbarungen erlauben. Das ist rechtlich zwar umstritten aber üblich.

Hierzu ein Auszug aus dem relativ bekannten Daimler-Urteil des Arbeitsgerichtes Stuttgart vom 11. Juli 2002: „Werden maximal übertragbare Gleitzeitguthaben vereinbart, so kann der Betriebsrat vom Arbeitgeber grundsätzlich verlangen, dass er keine Arbeitsleistungen entgegennimmt, die über die Gleitzeithöchstgrenze hinausgehen." Dennoch sind die Annahme und der Verfall von Arbeitsstunden und somit unbezahlt geleistete Arbeit, insbesondere im Angestelltenbereich, bereits die Regel.

Auch die gesetzlich vorgeschriebene maximale tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden wird in den Angestellten-Silos geschickt umgangen. Wer seine Arbeit nicht schafft, zieht sein Zeiterfassungskärtchen durchs Terminal und kehrt an den Arbeitsplatz zurück. Zwar ist auch hier der Arbeitgeber verpflichtet, gegenüber dem Betriebsrat die „heimliche" Arbeitsannahme mitzuteilen (BetrVG § 87Abs. 2 u. 3), doch die Lücke zwischen Recht und Realität ist groß.

Um das System der Ausbeutung ohne Bezahlung zu perfektionieren, existiert u.a. das Modell der „Vertrauensarbeitszeit". Hier wird erst gar nicht mehr „abgestochen", sondern jede und jeder arbeitet bis zum Erreichen der vorgegebenen Ziele. In diesem Fall sind es Zielvereinbarungen, die zur Anwesenheit im Betrieb zwingen. Diese haben es in sich und führen häufig fast zur Daueranwesenheit im Betrieb. Auch hier versagt oft die Kontrolle der Betriebsräte, und in Betrieben ohne Betriebsrat sind hohe Arbeitszeiten ein noch geringeres Thema.

Ein anderes Modell sind Arbeitszeitkonten. Bei hoher Produktionsauslastung wird das Konto mit Arbeitszeit aufgefüllt, um dann bei Flauten wieder abgebaut zu werden. Aktuell ist Opel ein gutes Beispiel. Das unternehmerische Risiko wird so auf die Beschäftigten verlagert.

Bei all diesen Modellen ist von Überstundenbezahlung schon lange nicht mehr die Rede. Es sei denn, die Betriebsräte waren wachsam und haben Überstundenvergütungen in Betriebsvereinbarungen geregelt. Da immer mehr Betriebe Insolvenz anmelden und somit die Stunden auf den Arbeitszeitkonten verfallen, sprich nicht bezahlt werden, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf gebastelt, der die Beschäftigten schützen soll. Doch selbst der DGB kritisiert den Entwurf als unzureichend, da diese Regelung nur für Konten gelten soll, auf denen sich mehr als drei Monatsgehälter angesammelt haben und die älter als 27 Monate sind.

Wir sehen, „Arbeiten ohne Ende" ist heute schon möglich. Die von der EU geplante Einführung der 65-Stunden-Richtlinie wird diese Tatsache in Zukunft legalisieren und fällt insbesondere den Menschen in den Rükken, die individuell, kollektiv oder mit Hilfe eines Betriebsrates die Einhaltung der derzeitigen gesetzlichen Arbeitszeitregelungen im Betrieb durchgesetzt haben.

Thersites

Zahlen, bitte!

Diesmal bohren wir die ganz dicken Bretter:



Börsenverlust in den letzten 12 Monaten: 26.000 Milliarden $

Rückgang der Marktkapitalisierung an allen Börsen laut FAZ, 9. 10. 2008, „Eine gigantische Geldvernichtung"



Jährlicher Verlust durch Urwaldrodung: 2.000-5.000 Milliarden $

Unter Einbeziehung des Wegfalls natürlicher Dienstleistungen der Wälder wie Trinkwasserproduktion, Luftreinigung und CO2-Aufnahme. TEEB-Studie, im Auftrag der EU-Kommission



Jährlich nötig zur Bekämpfung des Welthungers: 25 Milliarden $

Diese Summe würde ausreichen, um Anbauflächen und Nahrungsmittelproduktion in Mangelgebieten bereitzustellen. Jacques Diouf, Generalsekretär der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft, FAO



Nötige Planeten im Jahr 2030: 2

Der Living Planet Report 2008 des WWF berücksichtigt mehr Faktoren denn je, um den „Fußabdruck" der Menschheit mit den vorhandenen Reserven zu vergleichen. Die Menschheit verbraucht bereits seit einigen Jahren mehr Ressourcen, als das Ökosystem erzeugt. Das funktioniert nur auf Kosten der immer schneller schwindenden Substanz. Wirtschaftlich betrachtet führt das zu steigenden Preisen und sinkendem Investitionswert – also zu einer Situation, die in der kapitalistischen Ideologie nicht existieren kann.



Vermögensverteilung in Deutschland:

50% der Bevölkerung haben 0,1% des Vermögens
40% der Bevölkerung haben 41,2% des Vermögens
10% der Bevölkerung haben 58,7% des Vermögens

DIW (Fricke und Grabka), 2007



Was ist Burnout?

Burnout ist in erster Linie ein umgangssprachlich inzwischen gut eingeführter Begriff, der den Prozess des „Ausbrennens" beschreibt. Dieser verläuft in einer Art Erschöpfungsspirale, deren Stufen verschiedene, zum Teil depressionsähnliche Symptome aufweisen. Am Ende gleichen die Symptome eines Burnouts denen einer Depression, so dass viele Fachleute Burnout nicht als eigenständiges Krankheitsbild verstehen, sondern lediglich als eine Spielart der Depression.

Symptome des Ausbrennens

Phase 1: Diese Phase ist geprägt durch emotionale Erschöpfung. Betroffene sind frustriert im Beruf. Sie verlieren zunehmend die Fähigkeit des Regenerierens, so dass die Erschöpfung immer weiter zunimmt. Schlafstörungen, häufiges Grübeln und physische Schmerzen (z.B. Rückenschmerzen oder Tinnitus) können auftreten.

Phase 2: Diese Phase ist insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass Arbeit und Arbeitsplatz eine immer größere Rolle im Leben der Betroffen einnehmen. Erkrankte berichten über eine erhöhte Reiz- bzw. Kränkbarkeit, die mitunter zu aggressiven Ausbrüchen führt. Stressbedingte Konzentrations- und Gedächtnisprobleme, ein erhöhtes zeitliches Arbeitsvolumen, um die Arbeit noch zu schaffen, sozialer Rückzug und eine zunehmende Gefühllosigkeit gegenüber Mitmenschen sind Folgeerscheinungen der Fokussierung auf die Arbeit.

Phase 3: In dieser Phase sinken die Arbeitsleistungen. Freudlosigkeit, Interesselosigkeit und Motivationsverlust machen sich breit. Starke Stimmungsschwankungen bzw. Niedergeschlagenheit prägen das Gefühlsleben. Die Umwelt nimmt häufig erst in dieser Phase wahr, dass mit ihrem Gegenüber etwas nicht stimmt. Soziale Folgen, wie z.B. Verlust des Partners oder Arbeitsplatzes, sind häufige Begleiterscheinungen. Selbstmordgedanken und starke Depressionen stehen am Ende der Erschöpfungsspirale. Zahlreiche, z.T. gefährliche körperliche Symptome begleiten diese letzte Phase einer Burnout-Erkrankung. Herz- und Magen-Darm-Beschwerden, Atemstörungen, Kopf- und Gelenkschmerzen sind nur einige davon.

Sabine Muller

Quellen:
- Hans-Peter Unger & Carola Kleinschmidt, *Bevor der Job krank macht*, München 2006.
- www.brainguide.de

Fortsetzung von Seite 1

Wissens immer kürzer wird. Die durch die Logik des Marktes vorgegebene Notwendigkeit immer höherer Gewinne in den Konzernen führt zu einem verschärften Ökonomisierungs- und Flexibilisierungsdruck, der eins zu eins an die Beschäftigten weitergegeben wird. Knapp bemessene Personaldecken, die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und in der Folge gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen sind das Resultat dieser perversen Höher-Schneller-Weiter-Logik.

Als Hauptursachen für die Entstehung eines Burnouts sowie anderer psychischer Erkrankungen gelten: Leistungsdruck, Hektik, mangelnde Wertschätzung durch Vorgesetzte und KollegInnen, eine durch die Massenentlassungen des vergangenen Jahrzehntes begründete Angst vor Arbeitslosigkeit, ständige Restrukturierungen, eine hohe Arbeitslast, häufig kombiniert mit einem geringen Entscheidungsspielraum der einzelnen Beschäftigten und eine aus Effizienzgründen starke Segmentierung von Arbeitsabläufen, die den Einsatz der Bandbreite persönlicher Fähigkeiten nicht mehr abfragt.

Hinzu kommt die Tatsache, dass Erwerbslose als Folge der Flexibilisierung von Arbeitszeiten zunehmend besonders belastenden Arbeitszeitregelungen ausgesetzt sind. Laut der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin schafft in Deutschland bereits jeder vierte zumindest gelegentlich in Schichtarbeit, knapp 70% sind mindestens hin und wieder von Samstagsarbeit betroffen und für ca. 40% endet der Arbeitsalltag auch an Sonn- und Feiertagen nicht immer. Von Nachtdiensten ist jeder Fünfte zumindest zeitweise betroffen.

Nicht wir, sondern diese Welt ist krank!

Wollte man die Zunahme psychischer Erkrankungen aufgrund von Lohnarbeit tatsächlich verhindern, müsste Arbeit in einer Art und Weise organisiert werden, die kaum zu einem kapitalistischen System passt, welches Menschen auf Kostenfaktoren reduziert. Das Problem an der Wurzel packen hieße: Kapitalismus abschaffen! Kein Wunder also, dass empfohlene Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung psychischer Erkrankungen mehrheitlich auf das einzelne Individuum abzielen. Stressmanagement, Entspannungsübungen, Yoga und Meditation sind nur einige der empfohlenen Maßnahmen, um die eigene Verwertbarkeit zu sichern und dem permanenten Leistungsdruck am Arbeitsplatz gewachsen zu sein.

Selbst der Begriff „Burnout" ist symptomatisch für diese Zeit. Immerhin impliziert er, dass Betroffene etwas geleistet haben, bevor sie krank wurden. Er ist damit im Vergleich zum Begriff der Depression weit weniger stigmatisierend. Dennoch ist gerade im Bezug auf Burnout und andere psychische Symptome eine extrem hohe Dunkelziffer in den Betrieben anzunehmen. Zu groß ist häufig die Angst, mit einer derartigen Erkrankung offensiv umzugehen, zu groß die Angst, aufs berufliche Abstellgleis zu geraten und beim nächsten Restrukturierungsprozess ausgemustert zu werden.

Hinzu kommt die realistische Annahme, die Krankheit könnte eher als persönliches Versagen denn als Folge zunehmend krankmachender Arbeitsbedingungen gewertet werden. Dabei wäre gerade ein kollektiver und offensiver Umgang mit derartigen Leiden der erste Schritt, um die verantwortlichen Firmenchefs, Konzernbosse und Aufsichtsräte unter Zugzwang zu bringen. Ein entstigmatisierender und offensiver Umgang in Verbindung mit gesundheitspolitischen Forderungen könnte immerhin dazu führen, dass künftig sowohl Burnout als auch andere seelische Leiden als Berufskrankheit anerkannt werden. Das Risiko für Arbeitgeber, sich gehäuft mit Schadensersatz- und Schmerzensgeldklagen konfrontiert zu sehen und zudem möglicherweise öffentlich einen Reputationsschaden zu erleiden, würde damit vermutlich steigen. Denn Arbeitgeber haften für absehbare und billigend in Kauf genommene Gesundheitsschäden, wenn sie keine geeigneten Schutzmaßnahmen ergreifen.

Karsten Schulz

Quellen:
- Institut Arbeit und Technik (Hg.), *IAT–Report* 2006, Gelsenkirchen 2006.
- Hans-Peter Unger & Carola Kleinschmidt, *Bevor der Job krank macht*, München 2006.
- AiB Verlag (Hg.), *Arbeitsrecht im Betrieb*, Nr. 9/2008.

Arbeitsplatzgefährdungsbeurteilung ...

(k)ein Instrument zur Abhilfe krankmachender Arbeitsbedingungen?



Ende der 1980er wurde in der Europäischen Union durch verschiedene Richtlinien u.a. die Grundlage für einen europaweiten Arbeits- und Gesundheitsschutz gelegt. In Deutschland war diese Entwicklung zu Recht von der Befürchtung begleitet, das Arbeitsschutzniveau könnte in der Folge auf die europaweit niedrigeren Standards abgesenkt werden. So wurden z.B. viele für den Arbeitsschutz positive und konkrete Bestimmungen gestrichen und durch Rahmenvorschriften ersetzt, die dem Arbeitgeber einen größeren Handlungsspielraum gewähren. Erklärte Absicht der neuen Arbeitsschutzphilosophie war es, die Eigenverantwortung der betrieblichen Akteure zu stärken. Damit öffnete der Gesetzgeber einerseits Tür und Tor, betrieblichen Gesundheitsschutz noch stärker unter den Leitsatz der Kostensenkung zu stellen. Anderseits wurden im Bezug auf Arbeits- und Gesundheitsschutz nach heftigen juristischen Auseinandersetzungen die Einflussmöglichkeiten der sog. Interessensvertretungen gestärkt.



Ein Beispiel hierfür stellt das Instrument der Arbeitplatzgefährdungsbeurteilung dar. Sie ist im § 5 des Arbeitsschutzgesetzes geregelt und verpflichtet Unternehmen unabhängig von der Betriebsgröße, die durch jeden Arbeitsplatz ausgehenden gesundheitlichen Gefährdungen zu beurteilen und erforderliche Schutzmaßnahmen abzuleiten. Hierzu zählt neben den klassischen Bereichen, wie z.B. dem Umgang mit Gefahrenstoffen, auch die Gestaltung von Arbeitsabläufen und Arbeitszeit. Die durch den Gesetzgeber vorgenommene Aufzählung ist nicht abschließend. Dies ermöglicht bei der Durchführung der Analyse auch die Erfassung psychosozialer Belastungen. Da der Gesetzgeber lediglich festschreibt, dass eine Gefährdungsbeurteilung durchzuführen ist, nicht jedoch wie, ergeben sich unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen in Betrieben mit Betriebsrat und in solchen, in denen kein Betriebsrat existiert.

Gefährdungsbeurteilung ohne Betriebsrat

Im August diesen Jahres entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG), dass Lohnarbeitende die Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung zur Untersuchung gesundheitlicher Gefahren verlangen und nötigenfalls auch einklagen können. Klingt gut – ist es aber nicht, denn im gleichen Urteil entschied das BAG, dass die Kriterien und Methoden für die Durchführung einer Gefährdungsanalyse nicht einklagbar sind, da dem Arbeitgeber ein Beurteilungs- und Handlungsspielraum zusteht, wie er die Gefährdungsbeurteilung konkret durchführen will (9 AZR 1117/06).

Etwas widersprüchlich ist ein anderes Urteil des BAG, nach dem in Ausnahmefällen Lohnarbeitende sehr wohl konkrete Maßnahmen vom Arbeitgeber verlangen können (in dem Fall ging es um die Entlassung eines Mobbers), obwohl es auch bei Mobbing grundsätzlich im Ermessen des Arbeitgebers liegt, welche Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahrenlage ergriffen werden und welche nicht.

...und mit Betriebsrat

Etwas besser könnte die Lage in Betrieben mit Interessensvertretung aussehen. Zumindest bestehen hier verschiedene individuelle, aber auch kollektive Möglichkeiten, einen Betriebsrat soweit unter Druck zu setzen, dass er von seinem Mitbestimmungs- bzw. Initiativrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 7 Gebrauch machen muss. Demnach kann jeder Betriebsrat von sich aus zu jeder Zeit aktiv werden, Maßnahmen zur Umsetzung einer gesetzlichen oder berufsgenossenschaftlichen Regelung verlangen und sie ggf. über den Rechtsweg einklagen. Dies bezieht sich auch auf die Durchführung einer Gefahrenanalyse und die Aufnahme einzelner Untersuchungskriterien dafür. So kann ein Betriebsrat z.B. verlangen, dass im Rahmen einer Gefährdungsanalyse eine Befragung unter den Beschäftigten durchgeführt wird, die auch auf psychosoziale Risiken abzielt. Sollte eine derartige Befragung potentielle Gesundheitsgefährdungen ans Tageslicht bringen, ist der Arbeitgeber dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe in die Wege zu leiten und diese auf Ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Die Realität in deutschen Betrieben sieht freilich anders aus.

Erhebliche Defizite bei der Umsetzung des Arbeitsschutzes

So bescheinigen verschiedene Untersuchungen über die Umsetzung und Qualität von Gefährdungsbeurteilungen seit dem Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes 1996 insgesamt erhebliche Defizite. Eine 2002 durchgeführte Untersuchung in hessischen Betrieben ergab unter anderem, dass 42% aller Betriebe keine Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung vorgenommen hatten, 17% hatten immerhin damit begonnen und 21% gaben eine vollständige Umsetzung an. Insbesondere in Kleinbetrieben fehlte die Umsetzung bei 61% der Betriebe komplett, so das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Besondere Mängel bei der Umsetzung der Gefährdungsbeurteilung zeigen sich bis heute bezüglich der Berücksichtigung psychischer Belastungen. Sie findet trotz der erheblichen Zunahme psychosozial bedingter Krankheiten nur in 16% der Betriebe statt.

Peter Schulz

Quelle:
- AiB Verlag (Hg.), *Arbeitsrecht im Betrieb*, Nr. 9/2008.

Mehr als nur Recycling

Die FAU gibt sich neue Statuten – für einen Anarchosyndikalismus mit Zukunft

Es riecht nach der sprichwörtlich deutschen Vereinsmeierei: Delegierte an langen Tischen, die Augen gerichtet auf die Projektion an der Wand, feilschen um Punkt und Komma, um die eine Formulierung oder die andere. So verbrachten zahlreiche FAU-Mitglieder ihre Zeit, über zwei Jahre hinweg. Hier aber versammelten sich nicht Schreibtischhengste zum nächsten bürokratischen Coup. Hier ging es darum, aus vergangenen Auseinandersetzungen zu lernen und den notwendigen Kämpfen der Zukunft eine Grundlage zu geben. Denn es reicht nicht, mit der Losung „Streik, Boykott und Sabotage“ nur demonstrieren zu gehen.

Tradition und Erneuerung

Angefangen hatte alles auf dem FAU-Kongress 2006, als drei verschiedene Ortsgruppen die Änderung der Statuten (Satzung) beantragt hatten. Unabhängig voneinander zeigte sich in mehreren Orten die Unzufriedenheit mit den gültigen Statuten. Statt nun ein stumpfes Abstimmungsprozedere durchzuziehen, einigten sich die GewerkschafterInnen auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe und gaben der Konsensfindung den Vorzug.
Einig war man sich im Ziel: Die vorhandenen Widersprüche in den Statuten sollten ausgeräumt und die Effektivität der Entscheidungsfindung verbessert werden. Im Mittelpunkt der Überlegungen stand folglich die Handlungsfähigkeit der FAU als Gewerkschaft.

Dezentraler, transparenter, schlagkräftiger

Auf dem FAU-Kongress 2008 war das Ergebnis dieser Überlegungen Gegenstand lebendiger Debatten. Den bisherigen Gepflogenheiten in der FAU entsprechend, wurde über den Statuten-Entwurf im Referendum entschieden. Das Ergebnis Ende August: Mit zwei Dritteln Mehrheit angenommen. Die FAU ist seither auch offiziell eine Föderation, ein Verbund anarchosyndikalistischer Gewerkschaften. Die bestehenden Ortsgruppen und Syndikate sind nun nicht nur real, sondern auch formell eigenständige Organisationen.

Vom Umfang her doppelt so stark, erfassen die neuen Statuten nun die Realität einer FAU, die auf Wachstum aus ist, präziser und handfester. Die aktuelle Satzung konkretisiert die Basisorientierung der FAU und in der FAU, indem sie Transparenz schafft: Erstmals werden für eine Reihe von Entscheidungen die verantwortlichen Ebenen benannt. Außerdem wurden – dem Prinzip des Föderalismus, des Aufbaus von unten nach oben gemäß – den Regional- und Lokalföderationen wichtige Kompetenzen und Aufgaben übertragen. Das betrifft etwa die Verwaltung von Geldern, die Förderung von Informationsmaterialien und Veranstaltungen sowie die Koordinierung von Arbeitskämpfen. Mustersatzungen für die eigenständigen Syndikate und Lokalföderationen runden den Rahmen ab.

Standards setzen

Ergänzend zu den Statuten gibt es interne Richtlinien zur Geschäftskommission und zur Finanzordnung der FAU. Ebenfalls in den Richtlinien sind Qualitätskriterien zur Vorbereitung und Durchführung von Arbeitskämpfen sowie von Delegiertentreffen formuliert. Unumstritten waren diese Richtlinien nicht, sie wurden in einigen Ortsgruppen aufgefasst als Eingriff der Föderation in Angelegenheiten der Lokalorganisationen. Es handelt sich jedoch, insbes. in Sachen Arbeitskampf, um Anforderungen, denen sich jedes Syndikat notwendigerweise stellen muss. Organisatorisch hat sich die FAU mit den Statuten und Richtlinien eine wichtige Grundlage geschaffen, um über die eigenen Reihen hinaus Standards zu setzen. FAU-Mitglieder haben damit einen Gradmesser für gewissenhaftes Engagement und Neumitglieder finden darin einen übersichtlichen Leitfaden. Die Statuten haben somit einige Hindernisse für das Wachstum der anarchosyndikalistischen Gewerkschaften in Deutschland aus dem Weg geräumt.

Nun liegt das ganze Augenmerk auf den lokalen Anstrengungen zum Gewerkschaftsaufbau vor Ort. Denn Gegenwart und Zukunft der FAU entscheiden sich nicht auf dem Kongress, sondern in der Zeit dazwischen.

André Eisenstein

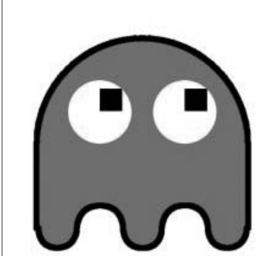
Die Statuten im Netz: www.fau.org/statuten

eArbeitskampf im Web-Business

Individualisierte Arbeit und solidarischer Widerstand sind kein Widerspruch. FAU Berlin unterstützt gefeuerte IT-ArbeiterInnen.

„Panfu ist eine freundliche, virtuelle Welt, in der Kinder Onlinespiele spielen, Spaß haben, spielend Englisch lernen und Freundschaften schließen können“ – so stellt die Berliner Firma Young Internet GmbH ihr virtuelles Online-Spiel vor. Was Kinder und auch ihre Eltern ebenso lernen können, ist, wie Kapitalismus funktioniert. Die Oberfläche ist freundlich und bunt, aber im Hintergrund arbeiten Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen ohne Vertrag und werden, falls sie nicht mehr rentabel erscheinen, von einer Minute auf die andere vor die Tür gesetzt.

Das junge Unternehmen ging Ende 2007 mit seinem Spiel „Panfu“ online. Schon vier Monate später waren nach Firmenangaben über eine Million User registriert. Täglich sollen 10.000 Neumitglieder hinzukommen. „Panfu“ gibt es auch in Frankreich, Spanien, Großbritannien, Polen, den Niederlanden und in Skandinavien.



Ende August wurden 19 MitarbeiterInnen, die die skandinavischen Seiten betreuten, per E-Mail informiert, dass sie mit einer Frist von drei Tagen gekündigt seien. Als Grund wurden zu wenige Neuregistrierungen auf den von ihnen betreuten Seiten angegeben. Die Chefs Moritz Hohl und Kay Kühne wussten scheinbar über das hiesige Arbeitsrecht nicht Bescheid und dachten sich, wenn sie den über ganz Europa in Homeoffices verteilt arbeitenden MitarbeiterInnen schon keine schriftlichen Arbeitsverträge geben, könnten sie diese auch einfach so wieder vor die Tür setzen.

Anarchosyndikalistische Gegenwehr ist aber nun mal flexibel und kann schnell reagieren. Mit Unterstützung der IT-Sektion der FAU Berlin und durch entschlossenes, vor allem aber geschlossenes Auftreten der Gefeuerten ist es binnen zwei Wochen gelungen, das Gehalt bis einschließlich September ausgehändigt zu bekommen. Viele der 19 Entlassenen waren in 400-Euro-Minijobs angestellt und extra dafür nach Deutschland gekommen. Von heute auf morgen völlig ohne Geld dazustehen, hätte für viele einen zu großen Einbruch bedeutet.

Interessant in diesem Arbeitskampf war sicher die Organisationsform. Individualisierte Arbeitsverhältnisse sorgen in Gewerkschaften schon länger für Kopfzerbrechen. Wie sind Menschen zu organisieren, die sich an verschiedenen Orten befinden, sich nie gesehen haben und sich nur über E-Mails oder Chats kennen? Einen Masterplan gibt es sicher nicht, da sich der Arbeitskampf immer an der jeweiligen Situation und vor allem an der Arbeitsform orientieren muss. In der Young Internet GmbH arbeiten fast alle MitarbeiterInnen von zu Hause aus. Es gibt einen Schichtplan, einen/eine KoordinatorIn für eine Gruppe und eine ständige Onlinekorrespondenz. Die KoordinatorInnen kümmern sich um das Verteilen der Aufgaben, die sie vom eigentlichen Firmensitz in Berlin gestellt bekommen. Die Chefs in Berlin kümmern sich nicht darum, wie Aufgaben bearbeitet werden, dafür sind die KoordinatorInnen und die MitarbeiterInnen selbst verantwortlich.

Im Arbeitskampf lässt sich aber genau diese Form der Arbeit ebenso erfolgreich einsetzen. Reale Treffen zwischen den um ihren Lohn Kämpfenden gab es zwar, die hauptsächliche Arbeit spielte sich aber über das Internet ab. Gemeinsam wurden die Aufgaben verteilt (z.B. Forderungen formulieren, Kampagne vorbereiten und ehem. KollegInnen informieren). Ergebnisse von Diskussionen und Aufgaben wurden von dem/der KoordinatorIn zusammengefasst. Diese Methode funktionierte sehr schnell und brachte schließlich das erwünschte Ergebnis. Die Menschen organisierten sich in der gleichen Weise, in der sie es gewohnt waren, täglich zu arbeiten.

Für eine Gewerkschaft hat dieser Weg, sich zu organisieren, Vorbildcharakter. Versuche mit virtuellen Betriebsgruppen könnten in einigen Branchen für Erfolge sorgen.

Sektion IT der FAU Berlin

Fortsetzung von Seite 1

unsere Realität hat. B. Traven brachte dies bereits 1929 auf den Punkt: „Hinter all diesem Wirrwarr sitzt nichts anderes als die gestörte Einbildung ... Es ist ebensoviel Kohle auf Erden wie vorher. Die Eisenbahnen und Schiffe sind alle noch unversehrt. Und Hunderttausende sind willig, zu arbeiten und zu produzieren. Kein Ingenieur hat die Fähigkeit verloren, neue Maschinen zu konstruieren. Das Getreide steht auf den Feldern und reift wie immer. Nichts hat sich am irdischen Reichtum geändert. Nur darum, weil sich der Besitz einzelner zu verändern droht, bricht eine Katastrophe herein.“

Diese Massensuggestion funktioniert heute noch wie damals. Kein Wunder, dass Wirtschaftsexperten nun ständig vom „gestörten Vertrauen“ reden, der „Spiegel“ neunmalklug über „die Angst vor der Angst“ philosophiert und die Medien den Ball mit Krisen-News flach halten, um Panik zu vermeiden. Und auch das verlangt keine großen analytischen Kenntnisse. Jede Blase basiert auf primitiver Suggestion: Gleich einem Herdentrieb entsteht ein Zwang, an der Blase mitzumachen. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, künstlich den Wert der Firma für Aktionäre zu maximieren. Der Anleger, der nicht mitmacht, dem könnten satte Gewinne entgehen. Erst reden die Unternehmer vom Hype, dann die Medien und irgendwann alle. Bis sich der Hausmeister von nebenan über Aktieninvestitionen Gedanken macht. Dann kommt der Crash, die Panik, der Sog ... wir kennen die Folgen zu genüge. Es spricht für die Primitivität dieses Wirtschaftssystems, dass solch eine esoterische Kategorie wie „Vertrauen“ so zentral für seine Funktionsfähigkeit ist.

Krise und Klassenkampf

Es mag für einige verlockend sein, einen Zusammenbruch des Marktes herbeizusehnen. Doch es gibt nichts daran zu jubilieren, wie es manche Krisentheoretiker tun, die nun innerlich frohlocken, weil sie in kapitalistischen Krisen das Morgenrot sehen. Jedwede emanzipatorische Praxis muss der konkreten Verelendung entgegensteuern und nicht im Mantel der Theorie einen Vorteil in ihr suchen. Insofern – und das führt uns zum Anfangsgedanken zurück – erweist sich auch das abstrakte analytische Wissen über solche ökonomischen Abläufe für die Beseitigung des Kapitalismus weitestgehend als irrelevant. Sicherlich, manch linker Politiker wird sich mit seinem profunden ökonomischen Wissen Glaubwürdigkeit verschaffen können, und manche Linke sich in ihrer Kapitalismuskritik bestätigt sehen. Massen aber schreiten nicht zur Tat, weil sie die Gesetze des Kapitals studiert haben, sondern weil sie deren Wirkungen zu spüren bekommen.

Es ist ein Gemeinplatz, dass der Kapitalismus die Widersprüche hervorbringt, die zu seiner Beseitigung führen (können). Die Frage ist nur, ob man dabei das Abstrakte oder das Konkrete im Blick hat. Weder wird sich der Kapitalismus ganz von selbst – quasi durch die unsichtbare Hand der Geschichte – zum Sozialismus transformieren, noch wird die Politik marxistische Ökonomen für ihr weises Wissen als Erretter feiern und entsprechend die Gesellschaft umgestalten. Es sind allein die aus den Widersprüchen entspringenden Klassenkämpfe, die die Veränderung herbeiführen können. Auf diesem Feld fällt die Entscheidung, dort wird gesät und geerntet. Ob stabiler oder instabiler Kapitalismus – es ist an uns, diese Kämpfe Tag um Tag zu führen, um so gut wie möglich aufgestellt zu sein. Denn nichts geschieht automatisch. Dort, wo es zum Krach kommt, können freigesetzte Potentiale sich auch gefährlich entwickeln. Eine Krise ohne eine vitale und bewusste Arbeiterbewegung ist eher eine Chance für die Reaktion als für den Fortschritt. Eine Bewegung, die das ignoriert, wird von den Ereignissen überrollt und muss mit ansehen, wie die Geschichte einen dunklen Weg nimmt.

Holger Marcks

Laborpedia – Mithilfe beim „Arbeitskampf-Wiki“

Laborpedia ist ein freies, auf Wiki-Software basierendes Wissensportal rund um das Thema Lohnarbeit sowie zu Widerstands- und Organisationsformen. Mit dem Wiki wollen wir eine möglichst große Sammlung an hilfreichem Material zur Selbstorganisierung bereitstellen. Neben Organisationstipps sammeln wir auch Informationen über verschiedene Firmen, Branchen und Berichte über Erfahrungen im Arbeitskampf. Die Idee dabei ist, für künftige Arbeitskämpfe Strategien und Informationen bereitzustellen.

Mit Laborpedia wollen wir LohnarbeiterInnen eine Möglichkeit bieten, sich unabhängig von Gewerkschaften und deren Funktionären zu organisieren und eigene Erfahrungen auch weitergeben zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, sind wir auf externe Hilfe angewiesen. Wenn Du von relevanten Situationen weißt oder selbst Erfahrungen gemacht hast, teile uns diese bitte per mail (info@faubern.ch) oder über das neue Meldeformular für Arbeitskämpfe auf unserer Homepage (www.faubern.ch) mit. Sobald genügend Inhalt gesammelt ist, wird Laborpedia aufgeschaltet.

FAU Bern

Alternativen zum Tarifvertrag

In Schweden konnte die Gewerkschaft SAC mit der Registermethode übertarifliche Löhne im Billiglohnbereich durchsetzen. Vorreiter sind die ArbeiterInnen ohne legale Papiere, von denen sich mittlerweile mehr als 1.000 dem Register angeschlossen haben.

Die Anzahl von Arbeitsverhältnissen, die durch miserable Entlohnung, massive Überstunden, brutale Zeitflexibilität und ein hohes Maß an Unsicherheit gekennzeichnet sind, hat sich in den letzten Jahren massiv ausgeweitet. Das war eine der Entwicklungen, die durch die sog. Hartz-Gesetze ganz gezielt in Gang gesetzt oder beschleunigt wurden. Arbeitshetze und Existenzängste werden für immer mehr zu alltäglichen Begleitern beim Versuch, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Deshalb wird es immer entscheidender, gewerkschaftliche Strategien zu finden, mit denen wir diese Entwicklung zunächst stoppen und die ihr in einem zweiten Schritt das Genick brechen könnten. Ein interessantes Beispiel, die in Schweden praktizierte „Register-Methode", stellen wir in diesem Artikel vor.

Wenn in der BRD von geregelten Löhnen und Arbeitsbedingungen die Rede ist, denkt man unweigerlich an Tarifverträge, denn deren Aushandlung ist die Art und Weise, wie Gewerkschaften hierzulande ihren Einfluß geltend machen. Tarifverträge gibt es sogar für weite Bereiche der Niedriglohnsektoren bzw. diejenigen Bereiche, in denen die Flexibilisierung am weitesten fortgeschritten ist. In der Zeitarbeitsbranche beispielsweise – einem der klassischen Niedriglohnbereiche – gibt es gleich mehrere mehr oder weniger flächendeckende Tarifverträge. Einen Teil hat die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit (ver.di und IG Metall) ausgehandelt, den anderen die gelben Phantomgewerkschaften des Christlichen Gewerkschaftsbundes. Mit tariflichen Stundenlöhnen ab fünfeinhalb Euro kann man alle getrost als gewerkschaftlich abgesegnete Freibriefe zur Ausbeutung auf Armutsniveau bezeichnen. Kein Wunder, denn es geht bei diesen Verträgen ausschließlich darum, die Claims gewerkschaftlicher Einflußnahme in diesem rasch wachsenden Sektor abzustecken und von den Bossen als tarifwilliger Verhandlungspartner anerkannt zu werden, und das um nahezu jeden Preis. Ausgetragen wird der Kampf um die Finanzierung weiterer Funktionärsstellen auf dem Rücken der Beschäftigten, denn diese verlieren durch diese Tarifverträge ihr Anrecht auf das gesetzlich garantierte „Equal Pay", also den Anspruch darauf, als Zeitarbeiterin den gleichen Lohn wie die festangestellten KollegInnen zu erhalten.

Zwangsjacke Tarifvertrag

Das kollektive Arbeitsrecht in der BRD ist voll und ganz auf das Aushandeln von Tarifverträgen ausgerichtet. Streiks und Arbeitskämpfe dürfen nur zum Ende eines Tarifvertrages stattfinden, ansonsten sind sie durch die „Friedenspflicht" untersagt. Dieses Verfahren garantiert den großen Gewerkschaften Einfluß und den Erhalt ihrer Apparate und dem Kapital nahezu ungestörte Ausbeutungsbedingungen. Schlechte Zeiten also für kleine Gewerkschaften, deren Stärke nicht in professionellen Apparaten, sondern bei ihren kämpferischen Mitgliedern liegt, die keine Lust haben, sich in die Zwangsjacke von Friedenspflichten stecken zu lassen?



Foto: Peter Forsberg

Register statt Tarif

Wie ArbeiterInnen auch mit kleinen, aber entschlossenen und kämpferischen Gewerkschaften erfolgreich agieren können, zeigt ein aktuelles Beispiel aus Schweden. Dort hat die syndikalistische Gewerkschaft SAC in den letzten beiden Jahren eine Taktik entwickelt, mit der sie eine Vielzahl von Konflikten im Bereich der prekären Arbeit gewonnen hat und z.B. für ArbeiterInnen ohne legale Aufenthaltspapiere bis zu 30% höhere Löhne durchsetzen konnte, als der Tarifvertrag der sozialdemokratischen Gewerkschaft LO vorsieht.

Der Fall «Lilla Karachi»

Die Arbeitsbedingungen in Kneipen und Restaurants sind häufig ebenso miserabel wie die Löhne in der Branche – egal ob mit oder ohne Tarif. Das ist nicht nur in der BRD so, sondern auch anderswo. Und ebenso wie hierzulande arbeiten etwa auch in Schweden viele MigrantInnen ohne Papiere als billige und austauschbare Arbeitskräfte in der Gastronomie. Als im April 2007 das Stockholmer «Lilla Karachi» den papierlosen Arbeiter Muhammad Riaz feuerte und ihm ausstehenden Lohn verweigerte, rechnete die Geschäftsführung des in Politikerkreisen beliebten Nobelrestaurants mit ebensowenig Aufsehen wie in all den Fällen zuvor. Schließlich nehmen die sozialdemokratischen Gewerkschaften keine Papierlosen auf und helfen diesen auch nicht bei Arbeitskämpfen. Bei Muhammad lag der Fall allerdings ein wenig anders. Er ist, so wie viele andere papierlose ArbeiterInnen auch, Mitglied der syndikalistischen «Sveriges Arbetares Centralorganisation» (SAC). Im Dezember 2007 forderte die Gewerkschaft die Geschäftsleitung zu Verhandlungen über den ausstehenden Lohn auf, was diese jedoch mit dem Hinweis ablehnte, Muhammad habe nie für sie gearbeitet. Darauf verkündete die SAC die Blockade der Firma bis zur Auszahlung des ausstehenden Lohns. Zeitgleich wurde mit dem Verteilen großer Mengen Flugblätter im Stadtteil und mit der Organisation von Streikposten begonnen. «Lilla Karachi» befindet sich ganz in der Nähe des schwedischen Parlaments, deshalb verkehren dort viele Abgeordnete aller Parteien. So war es kein Wunder, dass binnen kurzem in den schwedischen Tageszeitungen von „Mafiamethoden" die Rede war. Gemeint war damit nicht das Management sondern die Gewerkschaft, der man vorwarf, sie setze Unternehmen „auf die schwarze Liste". Rechte Politiker schlugen sich demonstrativ im Restaurant den Bauch voll, um ihre Solidarität gegen die Beschäftigten und die SAC zu bekunden.

Es half nichts: Wenige Tage später brach der Widerstand der Geschäftsführung zusammen, nachdem immer mehr Informationen über Schwarzarbeit und unerträgliche Arbeitsbedingungen für papierlose ArbeiterInnen die Runde machten. Der Boss zahlte sämtliche ausstehenden Löhne nach, die Blockade hatte ihren Zweck erreicht.

Der Kampf der Papierlosen

Der Erfolg bei «Lilla Karachi» hatte eine Vorgeschichte und er war erst der Anfang einer der interessanten Selbstorganisierungen der letzten Zeit. Im Juni 2006 hatten Papierlose zusammen mit der SAC eine sehr erfolgreiche Demo unter dem Motto «Die Arbeiterklasse hat keine Nation!» durchgeführt. Seit Oktober 2007 organisiert die Stockholmer Lokalorganisation der SAC regelmäßige Treffen für papierlose ArbeiterInnen. Diese haben ein Register – sozusagen eine «Schwarz-rote Liste» – angelegt, in der Firmen verzeichnet sind, die papierlose ArbeiterInnen beschäftigen, ihnen aber keine akzeptablen Löhne zahlen. In einen anderen Teil des Registers werden ArbeiterInnen aufgenommen, die sich mit ihrer Aufnahme verpflichten, nicht unterhalb eines bestimmten Lohnniveaus zu arbeiten.

Strategie gegen die «McJobs»

Innerhalb kürzester Zeit traten mehr als 500 ArbeiterInnen dem Register bei und die SAC begann, einen Erfolg nach dem anderen zu erzielen: Nur wenige Wochen nach «Lilla Karachi» wurde McDonalds nach einer Blockade gezwungen, die Lohnforderungen der SAC zu erfüllen. Die Methode ist in Schweden also nicht nur bei Kleinbetrieben erfolgreich. Die syndikalistische Blockadestrategie ist vielmehr genau gegen die Firmen wirksam, an denen sich die traditionellen Gewerkschaften die Zähne ausbeißen – dort wo die Produktion hochflexibel ist und meistens an Subunternehmen ausgelagert wird.

In Fällen, in denen solche Unternehmen sich weigern, die im Register festgesetzten Löhne zu zahlen, richtet die SAC ihre Aktionen kurzerhand gegen deren Auftraggeber und zwingt diese dazu, Druck auf ihre Subunternehmer auszuüben. Auf diese Weise konnte die SAC selbst die Zeitarbeitsfirma Manpower zum Einlenken bewegen. Ein anderes Beispiel schildert Torfi Magnusson von der SAC: „Wir befanden uns in einem Konflikt mit einer Reinigungsfirma, wo viele ArbeiterInnen ohne Papiere beschäftigt sind. Wir informierten die Firma, dass wir sie wegen Nichteinhaltung der vom Register geforderten Löhne blockieren werden, aber sie haben sich einen Dreck darum geschert. Also sind wir geradewegs zu der großen Hotelkette gegangen, die diese Reinigungsfirma angeheuert hat. Wir haben ihnen mitgeteilt, dass wir die Arbeit der Reinigungsfirma blockieren werden und zwar in ihren Hotels. Die haben stinksauer darüber, dass sie in den Konflikt mit hineingezogen werden, bei der Reinigungsfirma angerufen. Es war ein Sonntag, innerhalb von sechs Stunden hatten wir eine Einigung."

Diese Erfolge sprechen sich herum: Im Oktober 2008 zählte das Register bereits 1.000 ArbeiterInnen, die meisten von ihnen papierlose MigrantInnen. Bis zum Sommer 2009 sollen es mindestens 1.500 sein.

Der Feind schläft nicht

Die Erfolge der Registerkämpfe haben in Schweden einige Besorgnis bei den Unternehmerverbänden hervorgerufen. So wird der Ruf nach der Politik immer lauter, diese solle per Gesetz gegen Arbeitskampfformen vorgehen, die nicht den gewohnten zahmen Ritualen entsprechen. Mancherorts beginnt die schwedische Polizei das Arbeitsrecht zu beugen, um die Blockaden als gewöhnliche Versammlungen behandeln und räumen zu können. Genutzt hat dies bislang wenig.

Zur Nachahmung empfohlen

In Schweden ist das Register eine scharfe Waffe, die bereits bis in die 1940er Jahre hinein mit Erfolg von der SAC angewandt wurde, bevor sie durch die „moderneren" Tarifverträge der sozialdemokratischen, auf Ausgleich bedachten Gewerkschaften ersetzt wurde. Bevor jetzt aber auch hierzulande die Register aus dem Boden sprießen, möchten wir eines zu bedenken geben: Was wir in diesem Artikel geschildert haben, kann nicht einfach eins zu eins auf die Situation in der BRD übertragen werden. Die Bedingungen, die zur Entwicklung der Register-Methode geführt und die sie zu einem aktuell sehr erfolgreichen Kampfinstrument gemacht haben, sind Ergebnis der Freiräume und Einschränkungen, die das Arbeitsrecht in Schweden kennzeichnen. Diese unterscheiden sich an einigen zentralen Punkten von den Bedingungen, mit denen wir hier konfrontiert sind. Das gilt insbesondere dort, wo es um die Bedingungen von ArbeiterInnen ohne Papiere geht. Dennoch zeigen die Registerkämpfe Möglichkeiten auf, die auch wir diskutieren sollten und bei denen wir nach Wegen suchen könnten, sie auf die Situation in der BRD anzuwenden. Zumindest aber machen sie Lust darauf, nach eigenen Taktiken zu suchen, mit denen sich die tarifliche Zwangsjacke abstreifen läßt. Wir werden uns bemühen, in den nächsten Ausgaben der DA weiteres und ausführlicheres Material für eine solche Diskussion zur Verfügung zu stellen. Auf dem Weg dahin können wir aber alle LeserInnen schon einmal dazu auffordern, den ersten Schritt zu tun, der vor allen anderen steht: Nicht jammern, sondern organisieren!

robot

Bausteine der schwedischen Registermethode

- Jede Lokalorganisationen der SAC (LS) führt ein Register der Löhne, die in einem bestimmten Sektor durchgesetzt werden konnten. Der jeweils höchste wird zum Richtwert des Registers, das ständig aktualisiert wird.
- Die LS setzt anhand des Registers einen Preis für die Arbeit fest.
- Die Firma akzeptiert den Preis.
- Die LS versorgt die Firmen mit Arbeitskräften. Die Freiheit des Unternehmens, anzustellen oder zu entlassen, wird damit eingeschränkt.
- Die LS verteilt Jobs u. a. danach, wer am längsten arbeitslos ist oder auf den schwarzen Listen des schwedischen Unternehmerverbandes steht. Mit dem Register wird das Monopol der staatlichen Arbeitsvermittlung umgangen.
- Diejenigen, die über das Register angestellt werden, wählen ihre VorarbeiterInnen selbst. Der Boss verliert damit das Recht, zu führen und die Arbeit zu verteilen.
- Entweder wird eine Arbeit zu dem Preis ausgeführt, den die LS bzw. die ArbeiterInnen bestimmen, oder gar nicht. Verhandlungen über den Preis oder die Auswahl der ArbeiterInnen gibt es nicht.
- Falls eine Firma die Bedingungen der LS nicht akzeptiert, bekommt das Unternehmen Sanktionen zu spüren. Diese reichen vom Abzug der ArbeiterInnen durch die Gewerkschaft (»Entvölkerung«), über den öffentlichen Aufruf, in dieser Firma nicht zu arbeiten, bis hin zur Blockade.

Arme Bevölkerung, boomende Wirtschaft

Ein Blick auf die Entstehung und Entwicklung neoliberaler Ideen

Angesichts der derzeitigen Finanzkrise werden immer alte und auch neue Diskussionen über das bestehende Wirtschaftssystem geführt. So stehen u.a. Fragestellungen nach dem Selbstzweck wirtschaftlicher Tätigkeit im Vordergrund. Diese Diskussionen mögen zwar ein Problem erörtern, sie lassen aber gewiss die Wurzeln des Problems aus. Dass kapitalistisches Versagen nicht auf das Handeln weniger Menschen zurückzuführen ist, sondern vielmehr die logische Konsequenz aus dem Wirtschaftssystem selbst ist, soll der folgende Artikel an einigen Beispielen mit einem kleiner Einführung in die Theorie zeigen.

Aus alt mach neu

Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise von 1929 erkannten die betroffenen Staaten, dass sich Markt und Wirtschaft eben nicht, wie von den liberalen Denkern prophezeit, selbst regulieren. Der britische Ökonom John M. Keynes(1) machte sich Gedanken, wie durch staatliches, gesamtwirtschaftlich orientiertes Handeln das Versagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems verhindert oder wenigstens gemildert werden könnte.

Keynes behauptete: Der gesamtwirtschaftliche Ablauf müsse staatlich geplant werden. „Wir können die Wünschbarkeit und sogar die Notwendigkeit von Planung akzeptieren, ohne Kommunist, Sozialist oder Faschist zu sein.“ Keynes Theorie der antizyklischen Fiskalpolitik sah den Staat als wichtigen Regler der Wirtschaft. In Zeiten eines Aufschwunges greift der Staat hemmend auf den Marktmechanismus ein, indem er die Geldmenge reduziere und so einer Inflation vorbeuge. Während er in Zeiten der Rezession, also im Abschwung, als Konsument am Markt auftritt, um die Nachfrage zu steigern.

Die 1930er und 40er waren von stärkerem Staatsinterventionismus, Protektionismus und zentraler Wirtschaftslenkung geprägt. Kritik an Keynes und der bestehenden Wirtschaftsordnung kam v.a. aus den Reihen der klassischen Liberalen. Sie forderten eine Rückbesinnung auf die Ideen des Liberalismus, die sie nun konsequenter weiterdenken wollten. Diese „Neoliberalen“ sahen die Weltwirtschaftskrise nicht als Produkt der „freien Märkte“, sondern vielmehr als Produkt von falschen Eingriffen des Staates.

Aus ihrer Sicht bestehe die Gefahr darin, dass ein ungeregelter Markt dazu tendieren könne, durch Monopolbildung den Wettbewerb aufzuheben. Er würde dadurch seine eigene Grundlage zerstören. Die Aufgabe des Staates bestehe also allein darin, durch Wettbewerbspolitik für funktionsfähige Märkte zu sorgen und Monopolen vorzubeugen. Andere staatliche Eingriffe wie Subventionen oder Schutzzölle seien marktverzerrend und werden strikt abgelehnt.

Im Wesentlichen gab es zwei Strömungen. Zum einen die „Chicagoer Schule“, deren Gründer Frank Knight und dessen Schüler Henry Simons und Milton Friedman(2) waren. Zum anderen die „Freiburger Schule“, deren bekanntester Vertreter zunächst Walter Euken(3) war. Der Begriff des Ordoliberalismus(4) stammt aus dieser Denkrichtung.

Der Ordoliberalismus sieht den Staat als Instrument der Wirtschaft, der vor allem folgende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schaffen soll: Durch Kartell- und Wettbewerbsgesetzen die Bildung von Monopolen verhindern, um so ein Versagen des Marktes vorzubeugen. Er soll für Markttransparenz und den freien Zugang zu Märkten sowie für eine Preisniveaustabilität sorgen. Da die Idealvorstellung des vollständigen Wettbewerbs am Markt aus ordoliberaler Sicht nicht möglich ist, weicht diese der Vorstellung des funktionsfähigen Wettbewerbs. Marktungleichgewichte können in einer dynamischen Wirtschaft aufgrund von Innovationen hingenommen werden. Allerdings steht dahinter die Erwartung, dass diese Ungleichgewichte durch darauf folgenden Wettbewerb wieder abgebaut werden.

Milton Friedman

Ähnlich den Theorien des Ordoliberalismus sahen auch die Denker der „Chicagoer Schule“ das Funktionieren des Marktes in seiner Freiheit. Allerdings sahen sie jegliche Einmischung des Staates als unwirksam oder gar schädlich an. Milton Friedman sprach sich gegen eine Wettbewerbspolitik des Staates aus. Zwar ergäben sich aus der Bildung von Monopolen negative Effekte, aber könnten diese auch als Anreiz für verstärkten Wettbewerb dienen.

Chile: kapitalistisches Versuchslabor

Erste Erfahrungen mit den neoliberalen Leitideen der Chicagoer Schule machte das damals totalitär geführte Chile. Unter dem Diktator Pinochet wurde das chilenische Wirtschaftssystem auf Betreiben der „Chicago Boys“(5) nach liberalen marktwirtschaftlichen Aspekten umgebaut. Die chilenische Wirtschaft wurde dereguliert. Eine umfassende Privatisierung der Infrastruktur, des Bildungswesens und der Gesundheitsversorgung sowie der Abbau des Sozialsystems waren die Folge dieser Politik.

Chile konzentrierte sich verstärkt auf den Außenhandel. So wurden die Außenzölle von durchschnittlich 94% auf 10% gesenkt. Des Weiteren wurde der Peso stark aufgewertet. Eine Deindustrialisierung des Landes verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit war die Folge. Entgegen aller Erwartungen stieg die Inflation in Chile aber dennoch stark an.

1982/83 brach aufgrund dieser Politik eine schwere Krise aus. Grund dafür waren zum einen die enorm verschuldeten Banken. Diese hatten sich dank des freigegebenen Kapitalmarktes zu hohen variablen Zinsen im Ausland verschuldet und das Kapital im Inland weiter verliehen. Mit steigenden Zinsen und einer Abwertung des Peso gerieten die Banken in Zahlungsschwierigkeiten und wurden so in eine starke Finanzkrise geworfen. Ausgelöst durch die Bankenkrise geriet auch die chilenische Volkswirtschaft in eine tiefe Rezession. 1982 brach die Wirtschaftsleistung Chiles stark ein. Ein Drittel der Bevölkerung war unterernährt, die Arbeitslosenquote lag bei 30%; 50% der Chilenen lebten unter oder an der Armutsgrenze.

Ronald Reagan

„Cut Back Washington“(6)

Mit dem Wahlsieg der konservativen Partei 1979 in England kam eine Frau an die Macht, die es verstand, die neoliberalen Ideen umzusetzen und den wohlfahrtstaatlichen Idealen ein Ende zu bereiten. Premierministerin Thatcher(7) sah es nicht als Aufgabe des Staates Lohn-, Einkommens- oder Konjunkturpolitik zu betreiben. Sie setzte sich für Privatisierungen oder zumindest Teilprivatisierungen des öffentlichen Sektors und Reprivatisierungen von Staatsbetrieben wie der British Telecom ein.

Der Staat zog sich beinahe aus fast allen Bereichen der Gesellschaftspolitik zurück, um der Privatwirtschaft ihren Weg zu bereiten. Das Ziel dieser Politik war es, die britische Wirtschaft von nicht wettbewerbsfähigen Strukturen zu befreien und den einzelnen Briten zu mehr Eigeninitiative bzgl. seiner wirtschaftlichen Situation herauszufordern.

Man besann sich auf eine neue Denkweise. So wurden Arbeitslosigkeit, größere Armut, Obdachlosigkeit und eine ungerechte Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums nicht mehr als gesellschaftliches Problem gesehen, sondern als individuelle Einzelschicksale, aus deren Fängen sich nur die Betroffen selber befreien könnten. Der Maßstab für soziale Leistungen war nicht länger der Bedarf, sondern vielmehr deren Finanzierbarkeit.

Was in England der Thatcherismus war, war in den USA die sog. Reaganomics. Reaganomics bezeichnet die US-amerikanische wirtschaftspolitische Strategie unter Ronald Reagan(8), der in den achtziger Jahren ebenfalls eine angebotsorientierte Politik(9) wie in England betrieb. Reagans Wirtschaftsförderungsprogramm beinhaltete eine drastische Senkung des Spitzensteuersatzes von 70 auf 25%. Die Strategie war, amerikanische Unternehmen zu mehr Produktion anzureizen und so letztendlich ein höheres Steuereinkommen zu erzielen. Außerdem wollte man, wie in England, durch Privatisierung die Wirtschaft von behördlicher Regulierung und Vorschriftendichte befreien. Das US-Budgetdefizit wollte man mit diversen Einsparungen, v.a. im Bereich der Sozialleistungen, kompensieren. Aber anders als in England gelang es der Regierung nicht, den Haushalt auszugleichen. Grund dafür war u.a. die steigende Rüstungspolitik, die das Defizit immer weiter ansteigen ließ.

Was beide Regierungen gemein hatten, war die Konsequenz, mit der sie ihre wirtschaftspolitischen Strategien umsetzten. Was unter Thatcher für einen ausgeglichenen Haushalt bei steigender Armut sorgte, war unter Reagan eine Politik der steigenden Armut bei steigender Verschuldung. Bei seinem Amtseintritt 1980 betrug die Staatsverschuldung der USA 930 Mrd. Dollar. Unter Reagan schnellte sie Ende 1988 auf 2,6 Bio. Dollar. Amerika wandelte sich vom größten Gläubiger der Welt zum größten Schuldner der Welt. Die unter Reagan vorgenommene Ausweitung des Freihandels, u.a. durch das US-Kanadische Freihandelsabkommen, und die Beseitigung anderer ökonomischer Beschränkungen ließen zwar Aktienkurse enorm steigen und senkten die Inflation. Allerdings kam dies der amerikanischen Volkswirtschaft mit erheblichen Budget- und Außenhandelsdefiziten teuer zu stehen.



Ronald Reagan und Margret Thatcher

Schmerzliche Erfahrungen

Auch Neuseeland machte, nachdem es sich, durch eine Wirtschaftskrise ausgelöst, neu orientieren musste, schmerzliche Erfahrungen mit dem Neoliberalismus. Wichtigster Handelspartner des Agrarstaates war bis zu seinem Eintritt in die EWG das Vereinte Königreich England, in das Neuseeland die Hälfte seiner, meist landwirtschaftlichen Güter exportierte. Als England 1973 der EWG beitrat, unterlag es dem europäischen Protektionismus. Das bedeute für Neuseeland den Verlust eines starken Handelspartners. Hinzu kam noch im selben Jahr die weltweite Ölkrise. Beide Einflüsse katapultierten das Land in eine tiefe Wirtschaftskrise.

Darauf schloss sich Neuseeland dem neoliberalen Leitbild an. Unter dem Finanzminister Roger Douglas, dessen Politik in Anlehnung an den US-Neoliberalismus Rogernomics genannt wird, entwickelte sich Neuseeland zu der am stärksten deregulierten und privatisierten Volkswirtschaft der Welt. Man überließ die Wirtschaft den Kräften des freien Marktes. Subventionen für die Landwirtschaft und andere Bereiche wurden gestrichen. Der gesamte Warenverkehr wurde liberalisiert und auf ein Mitspracherecht bei den Löhnen, Zinsen und Preisen für Dienstleistungen wurde verzichtet. Durch eine Sparpolitik konnte zwar das Haushaltsdefizit ausgeglichen und die Inflation von 18 auf 3,9% reduziert werden. Auf der anderen Seite aber brachte sie auch eine Welle der Arbeitslosigkeit (15%) und eine steigenden Armut mit sich.

In den 80ern und 90ern wurden beinahe alle Staatsbetriebe privatisiert. Weil die neuen Unternehmen aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte Neuseelands keinen Grund sahen, ihre Netze, gerade im Bereich Schienenverkehr und Stromversorgung, auszubauen, folgte nach dem anfänglichen Boom eine tiefe Rezession. Als dann 1998 im Norden des Landes für mehr als 60 Tage die Stromversorgung zusammenbrach, wurden ehem. Staatsbetriebe wieder verstaatlicht. 2008 wurde die in den 90ern an die australische Firma Toll Holdings verkaufte Bahn für umgerechnet 366 Mio. Euro zurückgekauft. Eine schmerzliche Erfahrung für Neuseeland, wenn man bedenkt, dass das Land 1993 beim Verkauf umgerechnet 202 Mio. Euro bekam.

Neoliberalismus verschärft soziale Ungerechtigkeit

Entgegen mancher Behauptungen erzeugt der Neoliberalismus weniger Wachstum, als er soziale Ungerechtigkeit schafft. Übergibt man das Kapital den freien Kräften des Marktes, wird es mit all seiner Härte und zerstörerischen Kraft auf die Menschen einschlagen. Die „unsichtbare Hand“(10) ist deshalb unsichtbar, weil sie gar nicht existiert. Die Einmischung des Staates in bestimmte wirtschaftliche Abläufe ist deshalb verpönt, weil Institutionen wie der IWF oder die WTO am Einfluss gewonnen haben, bürokratische Einrichtungen, die nur einen Zweck verfolgen: selbst das indirekte wirtschaftliche Mitspracherecht der Weltbevölkerung auszulöschen und den multinationalen Konzernen den Weg für die Plünderung unserer Existenzgrundlagen zu bereiten.

Wenn man auf die vier angesprochenen Länder schaut, dann konnten sie alle einen Inflationsrückgang und sinkende Staatsausgaben, mit Ausnahme Chile, verbuchen. Es liegt auf der Hand, dass dies nichts mit der neoliberalen Politik zu tun hat, sondern eher mit der Tatsache, dass der Staat sich der Verantwortung entzieht und die Menschen eher hungern lässt als sozial abzusichern. Da scheint es auch klar, warum als Konsequenz auch die Inflation zurückging: Wenn die Geldmenge in der Bevölkerung sinkt, nimmt auch ihre Kaufkraft ab; weniger Geld ist im Umlauf und es kommt zu keinem Überangebot der Geldmenge – ergo auch zu keiner Inflation. Im Umkehrschluss heißt das, dass sinkende Inflation ein Zeichen für negatives Wirtschaftswachstum ist.

Benjamin Simmon

Für weitere Einblicke in die neoliberale Privatisierungspolitik siehe „Der freie Fall der Kräfte“ auf S. 12-13.

Anmerkungen

(1) Ökonom, Politiker und Mathematiker (1883-1946), Namensgeber für den Keynesianismus.

(2) US-amerikanischer Ökonom und führender Vertreter neoliberaler Ideen (1912-2006). 1976 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaft. Neben Keynes wird er als der einflussreichste Ökonom des 20. Jahrhunderts bezeichnet.

(3) Deutscher Ökonom und Begründer des Ordoliberalismus (1891-1950).

(4) Der Begriff wurde 1950 in Anlehnung an die Zeitschrift ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft geprägt.

(5) Die „Chicago Boys“ sind eine Gruppe chilenischer Wirtschaftswissenschaftler, die in den 1970ern an der University of Chicago bei Prof. Milton Friedman studiert haben.

(6) Motto, unter dem Ronald Reagan sein Programm des Sozialabbaus rechtfertigte.

(7) Brit. Premierministerin von 1979-1990, von 1975-1990 Vorsitzende der Conservative Party

(8) Von 1981-89 40. Präsident der USA (1911-2004).

(9) Bei einer angebotsorientierten Politik stehen die Produzenten und die Frage, wie man ihre Produktionsbedingungen verbessern kann, im Fordergrund (Mikroökonomie).

(10) Der Begriff wurde von dem Philosophen Adam Smith in seinem Werk „Die Entstehung des Wohlstands der Nationen“ geprägt. Danach würden Märkte, wie von einer unsichtbaren Hand gesteuert, sich ständig selbst regulieren, und jeder Marktteilnehmer „fördert einen Zweck, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat.“

Schritt für Schritt

Die Lage der AnarchosyndikalistInnen in Portugal

Wie viele andere Länder auch befindet sich Portugal aktuell in einer ökonomischen Krise. Diese Situation ist in Portugal allerdings nichts neues. Das Modell von niedrig qualifizierten ArbeiterInnen mit geringen Löhnen wurde hier über Jahrzehnte aufrechterhalten, denn es versprach hohe Profite. Im Zuge der ökonomischen Globalisierung kollabierte dieses veraltete Modell. In der Folge verschlechterten sich die Lebensbedingungen der ArbeiterInnen weiter, die traditionellen Industrien, bspw. die Textil- und die Schuhindustrie, wurden abgewickelt und hinterließen eine breite Erwerbslosigkeit. In den letzten Jahren nahm die soziale Ungleichheit weiter zu, der gesellschaftliche Reichtum konzentrierte sich immer mehr in der Hand von Wenigen. Heute sind prekäre und schlecht bezahlte Arbeitsbedingungen die Realität für die Mehrheit der portugiesischen Lohnabhängigen.

Die portugiesische Gesellschaft zeichnete sich bis vor kurzem durch eine lang anhaltende Abstinenz von öffentlich ausgetragenen sozialen Konflikten aus. Erst in letzter Zeit hat sich dies geändert. So gab es einige Großdemonstrationen, z.B. anlässlich der Proteste gegen das Treffen der EU-Arbeitsminister 2007, als in Lissabon 200.000 Menschen auf die Straße gingen. In den letzten Monaten gab es außerdem breite Proteste von LehrerInnen gegen Reformen im Bildungsbereich. Sie gipfelten in einer Demonstration von 100.000 Menschen in Lissabon. Diese Bewegung verlief sich allerdings in den bürokratischen Strukturen der beiden großen Gewerkschaften. Sie sind es, die nach wie vor die portugiesische Arbeiterbewegung kontrollieren. Die „Confederação Geral dos Trabalhadores Portugueses" (CGT-P) ist die größte dieser Gewerkschaften, sie wird traditionell von der kommunistischen Partei dominiert. Es folgt die „União Geral de Trabalhadores" (UGT), welche von der sozialistischen Partei, die aktuell die Regierung stellt, beeinflusst wird.

Die Zeichen für eine umfassende soziale Krise in Portugal verdichten sich, während der Staat fortlaufend die Repressionsorgane verstärkt. In diesem Kontext kommt es auch hin und wieder zu Arbeitskämpfen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie nur schwach oder gar nicht von den großen Gewerkschaftsapparaten beeinflusst werden. Diese agieren in erster Linie in den Sektoren, in denen sie traditionell stark verankert sind. Dort versuchen sie sämtliche Konflikte zu kontrollieren und unterbinden sektorenübergreifende Solidarität.

...gegen Goliath

Die portugiesische Sektion der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (AIT-SP) ist eine kleine Organisation, die sich in erster Linie mit Solidaritätsaktivitäten und dem Verbreiten der anarchosyndikalistischen Idee in Portugal befasst. Unser Ziel ist es, über die Entfaltung von Klassenkämpfen und emanzipativen Konflikten die Grundlagen für die Gründung einer anarchosyndikalistischen Föderation zu schaffen. Aktuell haben wir die meisten Mitglieder in Lissabon, eine kleine Gruppe in Porto und einige einzelne Mitglieder in verschiedenen Teilen des Landes. Alle zwei Monate geben wir ein Bulletin heraus, um Informationen über Konflikte zu verbreiten, Basisinformationen über eine libertäre ArbeiterInnenorganisation bereit zu stellen und unsere Positionen zu verbreiten.

Die AIT-SP organisierte in diesem Jahr eine Kampagne gegen staatliche Repressionen, die sich gegen kämpfende ArbeiterInnen und soziale Bewegungen richteten. Aktuell führen wir eine Kampagne gegen die sozialen Ungleichheiten in der Bevölkerung durch, welche durch die abgehobenen Debatten über die Finanzkrise eher verdeckt als aufgezeigt werden.

In Porto unterstützt die AIT-SP zudem migrantische ArbeiterInnen. Ein Genosse steht dort derzeit vor Gericht, weil er den „guten Ruf" der Ausländerbehörde beschädigt haben soll. Der Anlass sind Presseveröffentlichungen und eine Demonstration im Juni 2006, die auf den Selbstmord eines pakistanischen Arbeiters aufmerksam machten, der illegal in Portugal lebte und von den Behörden massiv unter Druck gesetzt worden war.

Wir glauben nicht, dass die AIT-SP in den nächsten Jahren eine Massenorganisation werden wird. Nichtsdestotrotz registrieren wir, dass sich die Perspektiven zur Entfaltung von Klassenkämpfen in den letzten Jahren verbessert haben. Themenfelder, in denen sich für uns Perspektiven eröffnen, sind bspw. die Organisation von prekär Beschäftigten, die in der Regel nicht in den bürokratischen Gewerkschaften organisiert sind, sowie die Unterstützung von MigrantInnen, die in diesen Kreisen ebenfalls keine Lobby haben. Dabei müssen wir uns auf unsere eigene Realität als Lohnabhängige beziehen und sie mit der Realität der anderen, in Form von direkter Solidarität, verknüpfen. In dieser Beziehung sammeln die Mitglieder der AIT-SP aus Porto momentan einige Erfahrungen: Jüngst kamen sie in Kontakt mit den ArbeiterInnen von Fidar, einer Textilfabrik im Norden Portugals. Diese blockierten für zwei Monate ihre Fabrik, nachdem der Boss den Laden dicht machte und die ArbeiterInnen vor die Tür setzte, ohne ihnen die ausstehenden Löhne und Abfindungen zu zahlen, was in Portugal keine unübliche Praxis ist. Durch die Blockade wollten sie verhindern, dass die Maschinen abtransportiert werden.

Sehr wichtig ist uns zudem der Ausbau der Koordination mit unseren Schwestergewerkschaften. Die internationalen Aktionstage gegen das Rote Kreuz, Lionbridge und Starbucks können nur der Anfang einer ansteigenden Dynamik der Aktivitäten innerhalb der IAA gewesen sein. Europaweite Kampagnen gegen das Gesetz zur 65-Stunden-Woche und gegen die unmenschlichen EU-Migrationsgesetze sollten der nächste Schritt sein.

Raul (AIT-SP)
Übersetzung: Robert Ortmann



Mitglieder der AIT-SP am 1.Mai 2008 in Lissabon



Demonstration gegen die menschenfeindliche Praxis der Behörden gegen MigrantInnen im Juni 2006 in Porto.

8.500 kolumbianische Zuckerrohrbauern im Streik

Am 15. Sept. legten 8.500 ArbeiterInnen von 13 Zuckerrohrplantagen der kolumbianischen Region Cauca die Arbeit nieder. Acht Plantagen wurden besetzt. Sie fordern einen Lohn, der das Überleben ermöglicht, und direkte Arbeitsverträge mit den Plantagenbesitzern. In Kolumbien werden ArbeiterInnen seit der Liberalisierung des Arbeitsmarktes über sog. Kooperativen angestellt, die rund die Hälfte des Lohnes zur Zahlung von Lohnnebenkosten einbehalten. Übrig bleiben nur durchschnittlich 72 Euro bei körperlich extrem harter Arbeit und zwölfstündigen Schichten. Die Regierung reagierte auf den Streik mit der Entsendung der Armee in die Region. 30 Streikende wurden verletzt. Außerdem ist die Nahrungsversorgung in der Region nicht mehr sicher gestellt, weil die ArbeiterInnen kein Geld erhalten und auf Unterstützung der Bevölkerung angewiesen sind, welche schon zuvor kaum genug zum Leben hatte. Während die Streikenden immerhin noch sporadisch versorgt werden, hungern ihre Familien. (DC)

Kontakt zur AIT-SP:
Post Office Box: Apartado 50029 / 1701 - 001 Lisboa / Portugal
E-mail: aitport@yahoo.com
Website:
http://ait-sp.blogspot.com

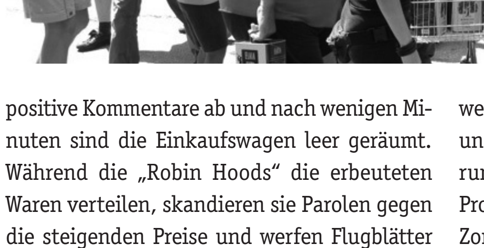
Direkte Aktion gegen kapitalistische Zumutungen

Supermarktenteignungen in Griechenland stoßen auf Sympathie in der Bevölkerung

Die enorme Teuerung bewegt nicht erst in den letzten Wochen die Gemüter in Griechenland. Seit Monaten ist sie das politische Thema und Hauptstreitpunkt zwischen der konservativen Regierung unter Kóstas Karamanlís und den Oppositionsparteien. So lagen die Preise im August um durchschnittlich 4,6% (EU-Mittel 3,6%) über denen von August letzten Jahres. Die Teuerung bei Lebensmitteln liegt hierbei vielfach noch deutlich über der Inflationsrate. Wohl auch deshalb sind Banküberfälle, trotz des hohen Risikos, gefasst zu werden, noch immer nichts Ungewöhnliches in Athen. Seit einigen Monaten wird nun eine weitere Form der Enteignung – oder besser: der Wiederaneignung gesellschaftlichen Reichtums – immer populärer.

Anfang Oktober war es wieder so weit, diesmal in der nordgriechischen Metropole Thessaloniki. Ungefähr zwanzig vermummte Personen stürmten gegen Mittag einen Supermarkt, verließen ihn kurz darauf mit vollen Einkaufswagen, ohne zu bezahlen, und verschenkten die erbeuteten Lebensmittel an die AnwohnerInnen. Vor allem in Athen hatten in den letzten Monaten wiederholt unbewaffnete Vermummte Supermärkte gestürmt, Lebensmittel ins Freie geschleppt und an die Bevölkerung verteilt. Die „Robin Hoods der Supermärkte" oder „Supermarkt-Phantome", wie sie von den Medien getauft wurden, protestierten auf diese Art gegen die galoppierenden Preissteigerungen.

Erstmalig hatten die „Robin Hoods" am 31. Mai zugeschlagen. Seitdem gab es jeweils bei großen Supermärkten eine ganze Reihe solcher Enteignungsaktionen. Diese laufen im Wesentlichen immer gleich ab. Zwanzig bis dreißig Leute, teilweise vermummt, dringen in den Supermarkt ein, füllen Einkaufswagen und Rucksäcke mit Nudeln, Reis, Öl, Milch und anderen Grundnahrungsmitteln und verteilen sie an die Leute, die draußen am Einkaufen sind. Wenn die Polizei kommt, sind sowohl die erbeuteten Lebensmittel als auch die AktivistInnen längst verschwunden. Nach der Aktion in Thessaloniki zitierte ein Rundfunksender den Polizeisprecher damit, dass „sie nie Geld gestohlen oder jemandem verletzt haben. Sie bitten die Leute nur ruhig zu bleiben."



Zornige Konsumenten

Dass die AktivistInnen bisher immer unbehelligt flüchten konnten, liegt auch an den gut gewählten Orten ihrer Aktionen. Die werden immer in Arbeiter- und Migrantenvierteln durchgeführt, und zwar an den Tagen der wöchentlich stattfindenden Straßenmärkte, auf denen immer extrem viel Publikumsverkehr ist. Diese sog. Volksmärkte sind Gemüse- und Kleinartikelmärkte in den einzelnen Stadtteilen und sehr populär in Griechenland. Die Stimmung dort ist auch ein Barometer für die Stimmung in der Bevölkerung, aktuell für die Unzufriedenheit der Leute wegen der Teuerung, den Sozialkürzungen und den sinkenden Reallöhnen. Angesichts dessen kommen die Enteignungsaktionen gegen die Supermarktkonzerne unerwartet gut an. Die Leute geben positive Kommentare ab und nach wenigen Minuten sind die Einkaufswagen leer geräumt. Während die „Robin Hoods" die erbeuteten Waren verteilen, skandieren sie Parolen gegen die steigenden Preise und werfen Flugblätter in die Luft:

„In letzter Zeit sind wir Zeugen eines Phänomens, das Bestandteil der Taktik der Kapitalisten ist. Unter dem Vorwand, der freie Markt erfordere es, werden Grundnahrungsmittel zu extrem hohen Preisen verkauft. Es ist derselbe freie Markt, der uns zwingt, unser halbes Leben für 600 Euro im Monat in den Kerkern der Lohnsklaverei zu verschwenden. Hier produzierte Lebensmittel kosten in Griechenland doppelt so viel wie in anderen europäischen Ländern. Die Regierung spricht von einzelnen Spekulanten und versucht mit lächerlichen Tricks den sozialen Zorn zu beschwichtigen. Die politischen Parteien und die Medien klagen den unkontrollierten Kapitalismus an, fordern die Isolierung von Spekulanten und heben die Bedeutung des Konsumbewusstseins durch den Boykott teurer Produkte hervor. Da wir uns weigern, das Spiel mitzuspielen, ergreifen wir unsere eigenen Maßnahmen gegen die Teuerung. Enteignung aller von uns produzierten Produkte! Alles ist geklaut, alles gehört uns! Zornige Konsumenten."

Weil die Preissteigerungen über Monate ein zentrales Thema der Massenmedien waren, haben die „Supermarkt-Phantome" auch dort ziemlichen Widerhall gefunden. Da es sich um AnarchistInnen handelt, die in bürgerlichen Medien zumeist als „Krawallmacher" verleumdet werden, wird mit einer gewissen Verlegenheit über die gelungenen Enteignungen berichtet. Denn inzwischen ist Sendern und Zeitungen klar, dass solche Aktionen auf große Sympathie ihres Publikums stoßen. Folgerichtig hat der Präsident der Supermarkt-Vereinigung TV-Sendern im Sommer mit Strafanzeige gedroht, sollten sie erneut über die Aktionen berichten. Geteilt wird die Befürchtung der Polizei, dass die Berichterstattung zur Nachahmung anregen könnte.

Ralf Dreis (Lokalföderation Rhein/Main)

Prinzip der Selbstverwaltung

Syndikalistische Perspektiven in Mexiko und hier. Ein kleiner Vergleich.

Mit diesem Artikel schließen wir die vierteilige Reihe über die Bedingungen, unter denen Klassenkämpfe in Mexiko stattfinden.(1) Zum Abschluss wollen wir der Frage nachgehen, was wir hier in Mitteleuropa von den Kämpfen in Mexiko lernen können. Wo liegen gemeinsame Möglichkeiten, wo Unterschiede in den Bedingungen des Klassenkampfes?

Palette der Gewerkschaften

Das mexikanische Gewerkschaftssystem beruht auf vollkommen anderen Voraussetzungen als das deutsche. Mexiko hat drei gleichermaßen konservative und an eine dieselbe Partei gebundene Dachverbände, deren Einfluss auf die ca. 9.000 angeschlossenen Betriebsgewerkschaften, die eher die Aufgaben hiesiger Betriebsräte übernehmen, oft massiv überschätzt wird. Wir dagegen sind in der Regel mit einem einzigen, weitestgehend an die Sozialdemokratie angelehnten Einheitsverband konfrontiert, dessen politischer Einfluss auf die lokalen Untergliederungen aber wesentlich stärker ist. Die meisten unabhängigen Gewerkschaften Mexikos agieren im Wesentlichen der DGB-Praxis ähnlich. Dass eine Gewerkschaft unabhängig ist, muss dabei nicht zwangsläufig heißen, dass sie die bessere Wahl für die ArbeiterInnen ist. Die mexikanische Gewerkschaftsforscherin Cirila Quintero Ramírez unterscheidet daher auch in unabhängige und sich unterordnende Gewerkschaften statt in korporatistische(2) und unabhängige. Zweite agieren im Sinne des Kapitals, fungieren also letztendlich als gelbe Gewerkschaften wie hierzulande AUB, CGB u.ä.

Auf verschiedene Weisen und in verschiedener Intensität sind die meisten mexikanischen wie die deutschen Gewerkschaften korporatistisch; sei es durch eine Arbeitsgemeinschaft mit regierenden Parteien, mit dem Kapital oder mit beiden. Im Unterschied zur Situation in Deutschland war der Korporatismus in Mexiko bis 2000, so lange die PRI regierte, Staatsdoktrin, auch wenn diese bereits seit den frühen 1980ern an Einfluss verlor. Dennoch gilt für beide Staaten: Die meisten Gewerkschaften stehen einer großen Partei nahe und fast alle agieren im Sinne einer „Sozialpartnerschaft". Mit dem Ende der Alleinherrschaft der PRI haben sich die korporatistischen Gewerkschaften im Rahmen eines „Neokorporatismus" neue politische Bündnispartner gesucht; auch der unabhängige Dachverband UNT steht der PRD nahe.

Für ArbeiterInnen, die den unerbittlichen Klassenkampf als solchen ansehen und sich an Selbstverwaltung und innergewerkschaftlicher Demokratie orientieren, sind die meisten dieser Gewerkschaften keine Wahl. Dem ist hier wie dort eine Syndikalisierung (im Sinne einer Orientierung auf den proletarischen Alltag) entgegenzusetzen. Mexikanische Gewerkschaften sind immer dann am stärksten, wenn sie sich auf ihren Betrieb und ihre Region konzentrieren. Gewerkschaftliche Arbeit in einem anarchosyndikalistischen Sinne leisten deswegen am ehesten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie z.B. das CETLAC in Ciudad Juarez, das CAT in Puebla oder das CFO entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze. Die Praxis dieser NGOs kommt der Idee des Anarchosyndikalismus am nächsten. Den Titel „Gewerkschaft" bekämen sie in Mexiko aber erst, wenn sie von staatlichen Gremien anerkannt und die Funktion der Betriebsgewerkschaften ausüben würden, also zwangsläufig korporatistisch werden müssten.

Das Syndikat ist nicht die Mafia

Im Verständnis der mexikanischen Bevölkerung sind die Begriffe „Gewerkschaft" (sindicalismo) – was vor allem mit mafiösen Funktionärsapparaten verbunden wird – und „Arbeiterselbstverwaltung" weit voneinander entfernt. Es ist kein Wunder, dass an den Arbeitertreffen der von der EZLN initiierten „Anderen Kampagne"(3) keine Gewerkschaften und nur vereinzelt GewerkschaferInnen teilnehmen. Der Haken besteht darin, dass die Basis der EZLN in erster Linie aus Kleinbauern -bäuerinnen besteht, weniger aus ArbeiterInnen; die Inhalte der EZLN-Organisierung bieten Letzteren nur wenige Perspektiven. Denn, zugespitzt formuliert, das Konzept der EZLN sieht eine Nutzung der Arbeitermacht ihrer Basis nicht vor.(4) Doch immerhin orientiert sich die EZLN an den Interessen ihrer Basis, und dieses Prinzip wäre auf proletarische Organisationen zu übertragen.

In Deutschland wiederum ist es so, dass der Begriff „Gewerkschaft" zwar hauptsächlich mit dem korporatistischen DGB-Konzept verbunden wird, von dem nicht wenige enttäuscht sind, doch im Gegensatz zu Mexiko ist der Begriff nicht so diskreditiert. Wie in Mexiko, so erscheint auch hier die Organisierung der von den korporatistischen Gewerkschaften Enttäuschten in selbstverwalteten Strukturen notwendig. Hier gilt es, neue Perspektiven zu eröffnen – insbesondere in den organisatorisch unerschlossenen Bereichen. Was in Mexiko die Maquiladoras sind, sind hier die CallCenter und Leiharbeitsklitschen.
Eben diese Bereiche sind es aber, in denen die Arbeitermacht recht gering ist. Strategische Bündnisse sind notwendig, selbst wenn sie nicht in den eigenen Ideologie-Kosmos passen. Das Rechtssystem und die politische Schicht müssen im Sinne der arbeitenden Klasse weitestgehend genutzt werden. Konsumentenmacht und Medienmacht – das zeigen z.B. die Aktionen gegen den Kaffeeriesen Starbucks – sind zwar nicht gleich Arbeitermacht, werden aber gerade dort strategisch benötigt, wo letztere gering ist. Nicht im politischen Sinne, sondern basierend auf der gemeinsamen Erfahrung der Ausbeutung ist hier eine internationale Solidarität erst aufzubauen.

Eine syndikalistische Alternative zum DGB muss auch die Formierung von Genossenschaften fördern. Solidarische Ökonomie ist möglich und vor allem oftmals für die eigene ökonomische Existenz notwendig. In Folge von Hartz IV sind Genossenschaftsgründungen auch in der BRD im Kommen. Die FAT macht in Mexiko einen gemeinsamen Dachverband von Genossenschaften, Gewerkschaften und Vereinen im Sinne des Syndikalismus vor. Diese Praxis, die nicht nur dem real existierenden Proletariat eine Perspektive bietet, sondern auch denjenigen, die einen Weg heraus gefunden haben – oder gefunden zu haben meinen – muss sich etablieren. Es gilt, die Idee des gemeinsamen Eigentums an Produktionsmitteln wieder modern zu machen – hier wie in Mexiko.

Torsten Bewernitz

Anmerkungen

(1) Die ersten drei Teile finden sich in der DA, Nrn. 187-189.
(2) Korporatismus bezeichnet ein System der Interessenvermittlung zwischen ArbeiterInnen und Bossen mit dem Staat, das nicht durch Konkurrenz/Konflikt, sondern durch Aushandlungsmechanismen geprägt ist. Im Interesse der Nationalökonomie („Standort") soll so möglichst reibungslos eine Einigung bei Interessengegensätzen erzielt werden. Voraussetzung dafür ist ein Repräsentationsmonopol der vertretenen Verbände, die die Verhandlungsergebnisse gegenüber ihren Mitgliedern von oben durchsetzen. Vorbild für den klassischen Korporatismus war der italienische Faschismus.
(3) In der „Anderen Kampagne", welche die EZLN im Juni 2005 angestoßen hatte, sind über 1.000 Organisationen zusammengeschlossen, um "von unten und für unten" eine neue, antikapitalistische Verfassung für Mexiko zu erarbeiten. Die außerparlamentarische Mobilisierung hat den hohen Anspruch, in einem mehrjährigen Prozess alle marginalisierten Gesellschaftssektoren zu vernetzen und mit dem kapitalistischen System "Schluss zu machen".
(4) Die *wildcat* (Nr. 82, S. 9) kritisierte z.B. kürzlich eine zu wenig an den Erfahrungen mit ländlicher und urbaner Lohnarbeit orientierten Politik der EZLN, die stattdessen das Bündnis mit politischen Bewegungen suche.

Kooperative Ausbeutung

Arbeitskämpfe im polnischen Werk der baskischen Kooperative Fagor



Demonstration gegen Fagor in Wroclaw

Die ArbeiterInnen von FagorMastercook im polnischen Wroclaw befinden sich seit Juni dieses Jahres in einem immer weiter eskalierenden Konflikt gegen den spanischen Haushaltselektronik-Multi Fagor. Der Arbeitskampf wird hauptsächlich von der klassenkämpferischen Gewerkschaft WZZ Sierpień 80 (August '80) getragen, die seit Gründung der Betriebsgruppe im Jahr 2007 Gehaltserhöhungen fordert, denn die Löhne für ProduktionsarbeiterInnen liegen mit 1.200 Zloty (ca. 360 Euro) monatlich nur knapp über dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, organisierte die Gewerkschaft im Juni einen Warnstreik, an dem sich über 90% der Belegschaft beteiligten. Die Betriebsleitung reagierte darauf mit massiven Repressionen. Über 20 Beschäftigte wurden entlassen – dabei handelte es sich ausschließlich um Mitglieder der Sierpień80. Die Verbliebenen werden seitdem massiv eingeschüchtert und müssen unter ständiger Bewachung von Vorarbeitern arbeiten. Kleinste Nachlässigkeiten führten bereits in zwei Fällen zu Kündigungen.

Um weiterem Aufbegehren zuvorzukommen, hat die Leitung des Werks zur Kontrolle der ArbeiterInnen den berüchtigten privaten Sicherheitsdienst Impel angeheuert, der seitdem die Produktionsanlagen bewacht. Die ArbeiterInnen müssen sich vor Betreten der Fabrik einer Leibesvisitation unterziehen und werden auch während der Arbeit von patrouillierenden Impel-WachschützerInnen überwacht. Bei einer Demonstration von ArbeiterInnen und UnterstützerInnen im Juli wurde der Wachschutz schließlich mit schusssicheren Westen und mit Gummigeschossgewehren ausgerüstet, so dass die Fabrik endgültig einem militärischen Sperrgebiet glich. Inzwischen ist Sierpień80 auch vor Gericht gezogen, um gegen die Kündigungen Widerspruch einzulegen. Ein baldiges Urteil ist allerdings nicht zu erwarten.

Soziales Image im Baskenland...

Mit dieser Vorgehensweise wäre Fagor unter den multinationalen Konzernen, zu denen das Unternehmen als eines der europaweit größten seiner Branche gehört, keine Ausnahme. Allerdings ist Fagor Teil der Mondragón Corporación Cooperativa (MCC), des weltweit größten Verbandes von Kooperativen, innerhalb derer etwa 95.000 Menschen arbeiten. Neben Fagor gehören zur MCC Banken, Versicherungsunternehmen, die Supermarktkette Eroski sowie über 250 andere Betriebe verschiedenster Branchen. Die ArbeiterInnen der Mitgliedsunternehmen der MCC müssen laut spanischem Recht zu mindestens 75% KooperativistInnen sein, also Anteile an der Firma besitzen. Das gilt allerdings nicht für die Subunternehmen im Ausland, wie z.B. FagorMastercook, das für den osteuropäischen Markt produziert.

Fagor, das Pionierunternehmen der MCC, hat sich innerhalb der 50 Jahre Firmengeschichte von einer kleinen Werkstatt für Heizöfen zu einem multinationalen Konzern entwickelt. Die kooperative Struktur wurde beibehalten, und obwohl heute nur noch ca. 80% der Fagor-ArbeiterInnen KooperativistInnen sind, gilt Fagor in Sachen Arbeitsbedingungen als Musterbetrieb. So wirbt Fagor damit, 2003 von der Zeitschrift „Fortune" zu einer der 10 arbeitnehmerfreundlichsten Firmen gewählt worden zu sein und proklamiert „Unterordnung des Kapitals unter die Arbeit" als Firmenprinzip.
Und tatsächlich gelten die Arbeitsbedingungen im baskischen Stammwerk als vorbildlich, die Löhne sind nicht nur für KooperativistInnen vergleichsweise hoch, Fagor bietet auch weitere freiwillige Leistungen, wie kostenlose Busse zu den Werkshallen und kostenlose ärztliche Notfallversorgung direkt in der Fabrik. Die KooperativistInnen können dort auf regelmäßigen Vollversammlungen auch Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen.

...und Gewinnmaximierung in Polen

Doch diese sozialen Standards gelten für die Belegschaft des Stammwerks in Arrasate – nicht aber für die ArbeiterInnen in den ausländischen Tochterunternehmen, Joint Ventures und Produktionsstandorten von Fagor in China, Marokko oder eben in Polen. Außerhalb der baskischen korporativen Idylle gelten die Spielregeln des globalisierten Kapitalismus, die die polnischen ArbeiterInnen zu spüren bekommen. Konsequenter Weise nutzt Fagor in Wroclaw die Vorteile der Produktion in einer Freihandelszone und führt die dank Umsatz- und Vermögenssteuerfreiheit sowie Subventionen des polnischen Staates und der EU erhöhten Gewinne nach Spanien ab. Da die KooperativistInnen von Fagor, also ein Großteil der ArbeiterInnen im Baskenland, durch jährliche Ausschüttungen am Gewinn beteiligt werden, sind es auch sie, die von den unmenschlichen Arbeitsverhältnissen in Polen profitieren.

Währenddessen kämpft die Sierpień80 in Polen weiterhin für die Wiedereinstellung der gefeuerten KollegInnen, wenn auch momentan hauptsächlich auf juristischer Ebene. Ein weiterer Ansatzpunkt ist die internationale Vernetzung. So haben sich die französische Gewerkschaft Solidaire-Unitaire-Démocratique (SUD), die bei Fagor-Brandt, einem weiteren Subunternehmen von Fagor in Lyon, aktiv ist, und die baskisch-linksnationalistische Gewerkschaft Langile Abertzaleen Batzordeak (LAB) solidarisch erklärt und Kontakt mit der Sierpień80 aufgenommen. Allerdings ist ironischerweise ein nicht unbeträchtlicher Teil der Fagor-KooperativistInnen im Baskenland in der LAB organisiert, die sich zwar offiziell mit der Sierpień80 solidarisiert, aber bisher nicht die Möglichkeit der Mitbestimmung bei Fagor in Betracht gezogen hat, um die Lage ihrer KollegInnen in Wroclaw zu verbessern.

Daniel Colm (FAU Berlin)

Glossar

AUB - Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Betriebsräte
CAT – Centro de Apoyo des Trabajadores
CFO – Comité Fronterizo de Obrer@s
CETLAC – Centro de Estudios y Taller Laboral
CGB - Christlicher Gewerkschaftsbund
DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund
EZLN - Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung
FAT - Frente Autentico de Trabajo
PRD – Partido de la Revolución Democrática
PRI - Partido Revolucionario Institucional
UNT – Unión Nacional de Trabajadores

„Ein klares Beispiel für die Propaganda der Tat“

Ein Interview mit Anarchosyndikalisten aus Sevilla

Interessierten BeobachterInnen der syndikalistischen Bewegung dürfte nicht entgangen sein, dass sich die Confederación Nacional del Trabajo (CNT) in Sevilla in den letzten Jahren recht umtriebig zeigte. Immer wieder war von erfolgreich beendeten Konflikten zu hören. Auch die FAU bekam einige Male die Gelegenheit, die Kämpfe der andalusischen GenossInnen zu unterstützen, z.B. im Rahmen der Kampagne gegen die deutsche Supermarktkette „Plus“ vor zwei Jahren oder zuletzt anlässlich des internationalen Aktionstages gegen Starbucks. So mangelte es nicht an Gründen, sich die Entwicklung vor Ort etwas genauer anzuschauen und ein Interview zu führen. Gesprächspartner waren José Antonio, Organisationssekretär der Lokalföderation; Antonio Moragues jun., der die Verantwortung für die Kassen trägt, und Beltrán Roca Martinez, Autor der Broschüre „Renaissance des Anarcho-Syndikalismus“(1) und Sekretär für „Gewerkschaftliche Aktion“ der CNT Sevilla.

• Wir wollen zuerst mit euch über die Entwicklung der CNT hier in Sevilla in den letzten Jahren reden. Ihr seid eine Gewerkschaft, die sehr schnell gewachsen ist. Erklärt uns doch mal, wie es dazu kommen konnte?

Sarry: Die Voraussetzung für das Wachstum war, dass wir Selbstkritik geübt haben, dass wir nicht mehr abwarten wollten, bis ArbeiterInnen zur Gewerkschaft kommen, sondern dass wir selbst ArbeiterInnen aufsuchten. Im Fall des Konfliktes beim öffentlichen Reinigungsdienst von Tomares(2) sind wir z.B. direkt zu ihnen gegangen, haben uns als CNT vorgestellt und unsere Vorgehensweise erklärt. Die Streikenden hatten sich in der Kathedrale eingeschlossen und waren in den Hungerstreik getreten. Der Hungerstreik war das erste Mittel, das sie in diesem Arbeitskampf einsetzten. Wir sagten ihnen direkt, es wäre das Beste, wenn sie aus der Kathedrale heraus kämen und sich der Gewerkschaft anschließen. Wir erklärten unsere Vorstellungen von einem gut geführten Arbeitskampf. Ein Teil der Arbeiter trat der CNT bei. Von da an waren wir direkt in den Konflikt involviert und gewannen ihn. Auf diese Art und Weise wächst die CNT Sevilla.

Antonio: Ich denke, dass die CNT Sevilla ein klares Beispiel für die Propaganda der Tat ist. Wir haben hier einen hohen Level an Aktivismus erreicht. Wir haben keine ökonomischen Mittel, um eine landesweite Kampagne loszutreten, in der wir unsere Ideen verbreiten und unsere Funktionsweise erklären können. Die einzige Möglichkeit, unsere Gewerkschaft bekannter zu machen, ist unser täglicher Kampf. Immer mehr Leute bekommen mit, was passiert, wie z.B. bei dem Konflikt bei Casal (einem Reisebusunternehmen), wo wir zur Demo gingen. Auf dieser war die Unión General de Trabajadores (UGT), die den Streik ausgerufen hatte. Die Verantwortlichen der UGT kamen auf die Demo, ließen ein Foto von sich machen und waren nach fünf Minuten wieder verschwunden. Das war ihre ganze „Unterstützung“. Als die ArbeiterInnen sahen, dass wir bis zum Ende blieben, als wir ihnen unsere Kontaktadresse gaben, unsere Hilfe anboten und sie auf einer Versammlung unterstützten, haben sich viele der CNT angeschlossen. Das war kein Zufall. Sie haben gesehen, wie unsere Gewerkschaft funktioniert, und das hatte seine Wirkung.

Sarry: Was die Beitritte angeht, sahen die ArbeiterInnen, die früher kamen, die CNT als letzte Möglichkeit, nachdem sie von den Comisiones Obreras (CC.OO), der Confederación General del Trabajo (CGT), der UGT oder irgendeiner anderen reformistischen Gewerkschaft verarscht worden waren. Erst dann kamen sie zur CNT. So war es bis vor ca. vier Jahren. Dann erkannten immer mehr Menschen, dass die CNT in der Lage ist, mit Hilfe der direkten Aktion ihre Ziele zu erreichen. Jetzt kommen ArbeiterInnen direkt zur CNT, wenn sie entlassen, ihnen eine Strafe auferlegt oder ihre Gehälter nicht ausgezahlt werden. Das ist einer unserer größten Erfolge.

• Glaubt ihr, dass es in Sevilla Bedingungen gibt, die sich von denen in anderen Orten unterscheiden?

Antonio: Absolut nicht. Weder in Spanien, noch in Andalusien.

Sarry: Nein, wir haben lediglich gemerkt, dass sich die Leute eine ernsthafte Organisation wünschen. Sie haben die Nase voll von den Lügen und Manipulationen der anderen Organisationen. Du siehst, wenn du hier her kommst, dass wir uns den Arsch aufreißen, dass wir gemeinsam für eine Sache arbeiten. Wir denken, dass es eine Verantwortung ist, bei der CNT zu sein, sowohl individuell als auch kollektiv. Du musst zeigen, dass du AnarchosyndikalistIn bist, auch auf deiner Arbeit. Du sollst eine ernsthafte und bodenständige Person sein und nicht schweigen angesichts der Ungerechtigkeit. Auch in dieser Hinsicht befinden wir uns natürlich noch in einem Lernprozess.

Beltrán: Wenn wir so weit sind, dass wir anfangen über Kündigungen, über Betriebsgruppen, über die Arbeit der Leute zu reden – ich rede von Leuten mit Familie, mit Hypotheken, mit vielen Problemen – kann eine endlose und fruchtlose Diskussion über ein einfaches Plakat für diese oder jene Kampagne nicht mehr der richtige Weg sein. Die Organisation verlangt, dass alle ihre Verantwortung annehmen und erfüllen, denn sie muss handlungsfähig sein, wenn es darauf ankommt. Wir sind es, die ihre Praxis verändert haben. Das hat nicht mit den Bedingungen in Sevilla oder anderswo zu tun. Alle „Hippies“ sind weggegangen aus der CNT, weil sie diese Art von Organisation nicht verstanden haben. Sie sind hier und dort, in ihren besetzten Häusern, wir haben sehr gute Beziehungen zu ihnen, aber in der CNT sind sie nicht mehr.



Kundgebung des Syndikates "Öffentliche Dienste" der CNT Sevilla

• Warum organisieren sich Menschen heute in der CNT Sevilla? Und welche Aufgaben übernehmen neue Mitglieder in der Organisation?

Sarry: Einige Leute kommen aus ideologischen Gründen zur CNT. Aber die meisten GenossInnen sind wegen eines Arbeitskampfes gekommen. Sie haben auf praktische Art und Weise gesehen, dass sich die Gewerkschaft um sie kümmert. Viele lesen sich erst später, nach und nach, das Buch „Anarcosindcalismo básico“(3) durch. Man muss weder Kropotkin, noch Malatesta, noch Bakunin gelesen haben, sondern es ist meist die Propaganda der Tat, die zählt. Die meisten AktivistInnen kamen dazu, weil sie einen Konflikt hatten, von der CNT unterstützt wurden und gesehen haben, was wichtig ist und dass es funktioniert und Spaß macht. Nun bringen sie sich auch in andere Kämpfe ein. Bei den eher formellen Aufgaben, dem Papierkram, ist es allerdings noch schwierig, denn hier ist viel Spezialwissen gefordert und dieses eignen sich noch zu wenige an.

• Wie bewertet ihr die Situation für den Anarchosyndikalismus in Spanien generell? Gibt es auch in anderen spanischen Städten erfolgreiche Syndikate der CNT?

Antonio: So wie wir lernen auch andere Syndikate. Und das, was Sevilla angestoßen hat, übt auch Einfluss auf andere Föderationen aus. In der Provinz Cádiz gibt es z.B. das Hafenarbeitersyndikat von Puerto Santa María, das eine unglaubliche gewerkschaftliche Arbeit geleistet hat. Oder in Lebrija, einer kleinen Stadt in der Nähe von Sevilla, wo die CNT bis vor kurzem sieben Mitglieder hatte, sind es jetzt über achtzig. In dieser Stadt ist die CNT die einzige gewerkschaftliche Kraft. Es handelt sich um eine sehr kleine Stadt, wo sich alle kennen. Sie sagen, dass jeden Tag neue Leute eintreten.

Sarry: Sie haben einen Streik gegen den größten Caciquen (A.d.Red.: Bonzen) von Lebrija gewonnen. Er besitzt eine Firma, die Gips und Mörtel herstellt.



...während des Streikes der Betriebsgruppe "Instandsetzung"

Antonio: Das ist auf diesem Sektor die wichtigste und größte Firma in Andalusien und eine der größten in Europa. Es gab dort einen Streik, den die CNT unterstützte, und sie gewann gegen die Person, die bis dahin alles in der Stadt dominierte. Das hatte seine Auswirkungen. Kurzum: Was wir hier machen, passiert außerhalb von Sevilla auch, vielleicht in kleinerem Maßstab, aber nach und nach geht es voran.

• Es gab ja den weltweiten Aktionstag gegen Starbucks im Juli, der u.a. von euch angestoßen wurde. Welche weiteren Möglichkeiten und Perspektiven der Kooperation zwischen syndikalistischen Organisationen in einem globalen Rahmen seht ihr momentan?

Sarry: Wir denken, dass viele der Kämpfe, die wir hier führen, sich in globalen Strukturen bewegen. Bei einem Streik gegen eine mächtige international agierende Firma muss auch die Form der Solidarität international sein. Wie bei dem Konflikt in Tomares, wo der Gegner die Firma Ferrovial war, die Projekte und Zweigstellen in Deutschland und Argentinien hat. Der Konflikt wurde auch dank der internationalen Solidarität gewonnen. Es ist sehr wichtig, eine wirkliche Koordination zwischen den anarchosyndikalistischen Gewerkschaften dieser Welt zu organisieren. Momentan sind wir viel zu sehr damit beschäftigt, uns gegenseitig zu kritisieren. Wir müssen uns stattdessen koordinieren! Als wir vom Handelssyndikat der CNT Sevilla den globalen Aktionstag organisierten, taten wir dies nicht nur, um eine internationale Antwort auf den Angriff auf Mónica durch Starbucks zu geben, sondern auch, um dem Genossen Cole aus Grand Rapids unsere Solidarität zukommen zu lassen.(4) Wir haben den Eindruck, dass in der Internationalen ArbeiterInnen-Assoziation (IAA) diese internationale Koordination nicht existiert. Es passiert einfach nichts. Wir hielten es deshalb für sinnvoll, selbstständig zum Aktionstag aufzurufen, mit einer langen Vorlaufzeit, um allen rechtzeitig Bescheid zu geben. Für einen globalen Aktionstag ist es nicht notwendig, dass wir uns gegenseitig Küsschen geben. Wir brauchen ein gemeinsames Konzept, einen gemeinsamen Kampf zur Unterstützung aller ArbeiterInnen.

• Und wo habt ihr aktuell Konflikte oder gerade Konflikte beendet?

Sarry: Wo soll ich anfangen? (lacht)

• Vielleicht bei einem Konflikt, den du für besonders bedeutend hältst?

Sarry: Der wichtigste Kampf der m.E. gerade entsteht, ist der, der von der Genossin Miriam aus dem Bürgermeisteramt von San Juan de Aznalfarache getragen wird. Sie hat eine Betriebsgruppe gegründet und wird deswegen gerade vom sozialistischen Bürgermeister angegriffen. Sie wollen sie rausschmeißen, verweigern ihr ihren Lohn und haben ein Disziplinarverfahren eingeleitet, um sie feuern zu können. Das alles passiert, weil sie direkt das ganze Dorf mobilisiert hat, denn es wurde ein Bebauungsplan verabschiedet, der einen Großteil des alten Dorfes vernichten würde, um profitable Wohnblöcke zu bauen. Dies führte dazu, dass der Name der CNT dort momentan allgegenwärtig ist. Einfache Leute aus dem Dorf sehen, dass die CNT die Organisation ist, die sie unterstützt, und sie bewundern unsere Vorgehensweise. Es gab dort Demonstrationen mit mehr als 500 TeilnehmerInnen, die von der CNT organisiert wurden.



...an der Universidad Pablo de Olavide

• Was habt ihr als nächstes vor, wie geht es weiter?

Beltrán: Aktuell zwingt uns unser Wachstum dazu, einige notwendige Entscheidungen zu treffen. Die erste ist, dass wir mehr finanzielle Mittel benötigen. Gut, wir sind selbstverwaltet, aber eine Organisation benötigt ab einer bestimmten Größe eine Streikkasse, einen Rechtsanwalt, ein Lokal in einer bestimmten Größe, und mit den Mitgliedsbeiträgen allein kommt man nicht hin. Deshalb suchen wir nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten. Wir werden ein Experiment durchführen und Kneipenkooperativen gründen. Warum Kneipen? Weil Kneipen sehr viel Geld abwerfen und ArbeiterInnen, die Probleme haben, Arbeit zu finden, dort welche bekommen. Außerdem sind Kneipen nicht nur in Spanien soziale Räume. Es sind Orte, wo Leute reden, soziale Beziehungen eingehen und konspirieren. Es gibt einen klassischen Autor der Politikwissenschaft, Robert Michels(5), der sagt, dass die Revolutionen in den Kneipen gemacht wurden. Die politischen Organisationen, die gesiegt haben, sind die, die es geschafft haben, die Kneipen zu erobern. Das sieht man sehr gut an der baskischen Befreiungsbewegung hier, die die Herriko Tabernas (Volkskneipen) hat. Sie sind ihre wichtigste Finanzierungsquelle und der Ort des Kontaktes mit der Gesellschaft, wo sie soziale Netzwerke aufbauen, um gegen das, was sie den „spanischen Kolonialismus“ nennen, zu widerstehen. Eine ähnliche Sache werden wir in Sevilla versuchen. Wenn es funktioniert, werden wir es an mehr Orten verwirklichen können. Wenn nicht, werden wir uns einen anderen Weg suchen. Aber weil wir keine absoluten Wahrheiten und Antworten für alles haben, werden wir es probieren und machen und schauen wie dabei heraus kommt.

• Vielen Dank für das Interview.

Interview: Daniel Colm, Robert Ortmann; Übersetzung: Daniel Colm; Redaktionelle Bearbeitung: Robert Ortmann.

Anmerkungen

(1) „Renaissance des Anarchosyndikalismus. Eine Untersuchung am Beispiel der CNT Sevilla“, erschienen im Januar 2007 beim Syndikat-A Medienvertrieb.

(2) Dieser Streik bei der Straßenreinigung von Tomares, einer kleinen Stadt in der Nähe von Sevilla, wurde äußerst verbissen geführt. Er endete am 28.7.2003 mit einem Sieg der ArbeiterInnen. Für die AktivistInnen der CNT in Sevilla stellt dieser Konflikt den Wendepunkt in ihrer jüngeren Geschichte dar.

(3) Das Buch „Anarcosindcalismo básico“ wird von der CNT herausgegeben. Es beschreibt in einfachen Worten die Ideen des Anarchosyndikalismus, die Funktionsweise der CNT und ihre Geschichte.

(4) Cole und Mónica wurden von Starbucks aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten entlassen. Ihre Gewerkschaften, die Industrial Workers of the World (IWW) und die CNT, riefen aus diesem Anlass für den 5.7.2008 zu einem weltweiten Aktionstag gegen die gewerkschaftsfeindliche Praxis bei Starbucks auf. Es beteiligten sich unzählige GewerkschafterInnen und soziale AktivistInnen in Lateinamerika, Nordamerika, Europa und Australien (ausführliches siehe DA Nr. 189).

(5) Michels war ein Mitbegründer der modernen Politikwissenschaft und wurde berühmt für seine Kritik der oligarchischen Tendenzen im Parteienwesen, was ihn in Konsequenz zum revolutionären Syndikalismus führte. Für viele unverständlich ist seine spätere Hinwendung zum italienischen Faschismus.

Fakten zur CNT Sevilla

Die Lokalföderation Sevilla besteht aus fünf Syndikaten:

- Allgemeines Syndikat
- Handelssyndikat
- Reinigungssyndikat
- Transportsyndikat
- Syndikat „Öffentliche Dienste“

Die Gründung eines sechsten Syndikates (Bildung) wird vorbereitet.

In diesen Syndikaten organisieren sich ca. 500 Menschen in 35 Betriebsgruppen. Tendenz steigend.

Der freie Fall der Kräfte

Nicht erst die Finanzkrise offenbart das Scheitern der großen Erwartungen in den freien Markt. Ein Blick auf Privatisierung und Verstaatlichung gestern und heute.

Zu den ersten Notmaßnahmen, mit denen in zahlreichen Ländern versucht wird, mögliche Folgen der weltweiten Finanzkrise abzufedern, gehören Rückverstaatlichungen. Und es sind längst nicht mehr nur Banken und Versicherungen, die – mal mehr, mal weniger direkt – in staatliches Eigentum übergehen. Frankreichs Präsident Sarkozy erklärte nun, sich in Schlüsselindustrien einbringen zu wollen und schlug weitgehende Schritte in dieser Richtung für die EU vor. Dabei handelt es sich um eine Entwicklung, die in einigen anderen Staaten der Welt schon vor dem Börsencrash eingeleitet wurde, eine Rückwendung zu einem Staat, der in der Wirtschaft aktiv mitmischen muss. Damit scheint der Nimbus des Neoliberalismus gebrochen, Privatisierung und das freie Spiel der Marktkräfte seien die Eckpfeiler für Wirtschaftswachstum, Fortschritt und allgemeine Prosperität. Ob es wirklich zu grundlegenden Neuausrichtung in der Wirtschaftspolitik kommt, bleibt jedoch fraglich. Drei Jahrzehnte beharrlicher Marktextremismus lassen sich nicht einfach wegwischen.

Dabei ist es schon verwunderlich, wie es den neoliberalen Ökonomen in den letzten Jahrzehnten überhaupt gelingen konnte, ihr Konzept vom Allheilmittel des freien Marktes in der Wirtschaftsdebatte als alleingültiges Paradigma zu etablieren. Schließlich handelt es sich bei deren Erwartungen an den vollständig freien Markt nur um äußerst spekulative Annahmen, die auf kaum empirischen Erfahrungen beruhen. Die Privatwirtschaft war, global betrachtet, zu keiner Zeit der Geschichte hegemonial, und regional betrachtet war sie es, wenn überhaupt, nur sehr kurzzeitig, während die Resultate in der wirtschaftspolitischen Debatte stets als fragwürdig eingeschätzt wurde.



Zeichnung: Findus

Staatswirtschaft vor Keynes

Selbst in der Hochphase wirtschaftsliberaler Politik – eine äußerst kurze Epoche während der Frühindustrialisierung – „erwies sich das staatsfreie Ideal sehr schnell als unpraktikabel" und es entwickelte sich vielerorts eine „eigentümliche Mischung vorindustrieller-patriachalischer und liberaler Elemente".(1) Den schon damals spürbaren krisenhaften Tendenzen in der Ökonomie begegneten die Industriestaaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend mit protektionistischen Maßnahmen, die im geistigen Klima des Imperialismus staatliche und wirtschaftliche Interessen gleichsam zu bedienen schienen.

Parallel dazu entwickelten sich programmatische Forderungen in der Arbeiterbewegung nach Verstaatlichung, die im Westen aufgrund der Kräftekonstellationen bis zur Mitte des kommenden Jahrhunderts ungehört blieben.(2) Allerdings bildeten sich graduell in den meisten Industriestaaten aus anderen als sozialpolitischen Interessen staatswirtschaftliche Projekte heraus: In Großbritannien z.B. überführte man ab den 1860ern Versorgungs- und Transportunternehmen in kommunales, später in staatliches Eigentum; in Deutschland waren die Länder ohnehin Eigner von ehemals feudalistischem Vermögen (Eisen- und Stahlwerke, Minen und Banken), und zu Ende des 19. Jahrhunderts wurden dort schrittweise die Eisenbahnen in öffentliche Hand überführt. Die Kommunalisierung bzw. Verstaatlichung von Post-, Kommunikations-, Transport- und Versorgungsunternehmen stand zu damals in vielen Ländern auf der Tagesordnung. Diese Maßnahmen erfolgten dabei meist aus struktur- und fiskalpolitischen Motiven, später zunehmend auch aus militärpolitischen, als Verstaatlichungen auch zunehmend rüstungsrelevante Bereiche erfassten. Dass schließlich die Kriegsökonomien im Ersten Weltkrieg ganz massiv von staatlichen Eingriffen geprägt wurden, versteht sich von selbst.

Nach dem Krieg gab es dann zwar zahlreiche Liberalisierungen im internationalen Handel, der Staat blieb aber weiterhin Eigner typischer öffentlicher Sektoren, während regulative Maßnahmen weiterhin die Wirtschaftspolitik bestimmten.(3) Und auch die massiven wirtschaftlichen Auflagen und Reparationsforderungen der Nachkriegsordnung lassen sich kaum mit dem Prinzip eines freien Marktes vereinbaren. Alles in allem stand dem freien Markt stets ein bestimmtes staatswirtschaftliches Segment gegenüber und war Wirtschaftspolitik weitestgehend reguliert und nationalökonomisch ausgerichtet.

... und im Keynesianismus

Gemeinhin wird der Durchbruch des Keynesianismus(4) als Reaktion auf das „Versagen der freien Märkte", das in der Weltwirtschaftskrise evident wurde, angesehen. Dieses Bild ist in zweierlei Hinsicht irreführend. Zum einen waren, wie oben schon angedeutet, die Märkte keineswegs so frei, wie heute häufig angenommen. Zum anderen würde dies suggerieren, die keynesianistische Wende sei eine reine Vernunftangelegenheit gewesen. Vielmehr war der Keynesianismus ein Resultat der neuen globalpolitischen Kräftekonstellationen und – in machtpolitischer Hinsicht – eine notwendige Konzession. „Die Große Depression und der Krieg hatten sehr mächtige radikale demokratische Strömungen hervorgebracht, die vom antifaschistischen Widerstand bis zu den Gewerkschaften der Arbeiterbewegung reichten. Ihr Einfluss machte es notwendig, sozialdemokratische Politik zuzulassen."(5) Hier wurden nun die alten Forderungen der reformistischen Arbeiterbewegung eingelöst, die nicht die kapitalistische Ordnung in ihrem Grunde abschaffen wollte, sondern auf sozialen Ausgleich aus war.(6)

Gleichzeitig hatte der freie Markt im politischen Diskurs durchaus einen Imageschaden genommen. In den USA z.B. hatten die Regierungen seit Anfang des Jahrhunderts alle Hände voll zu tun, monopolistische Großkonzerne zu zerschlagen. Mit der Massenarbeitslosigkeit und -armut infolge der Weltwirtschaftskrise schienen nur massive staatliche Interventionen das System stabilisieren zu können. Die Erfolge des „New Deal"(7) schienen Keynes Theorien Recht zu geben. Tatsächlich pflegten damals viele Politiker eine gewisse Faszination für die staatliche gelenkte Wirtschaft in der Sowjetunion, aber auch für die staatswirtschaftlichen Elemente im faschistischen Italien und in Nazi-Deutschland. Keynes z.B. ging es darum, erfolgreiche wirtschaftliche Versatzstücke aus diesen Modellen für einen anderen politischen Kontext zu adaptieren.(8)

Neben konjunkturpolitischen Instrumenten, wirtschaftlichen Regulatoren und sozialstaatlichen Verteilungsmechanismen umfasste das keynesianistische Konzept so auch staatswirtschaftliche Elemente. Bestimmte für die Gesellschaft elementare Bereiche sollten nicht der Privatwirtschaft überlassen werden, und so wurden – zusätzlich zu den üblichen Sektoren – weitere Wirtschaftsbereiche verstaatlicht. Die Grundidee dahinter war, dass der Staat eine sichere Grundlage mit Infrastruktur für das Funktionieren der Wirtschaft bietet, als Großarbeitgeber Härten am Arbeitsmarkt abfedert und Gewinne aus der Beteiligung am Handel in den Haushalt fließen, die direkt oder indirekt sozialpolitische Verwendung finden.

Unternehmen Staat

Neben klassischen Kernbereichen staatlicher Betriebe, wie Polizei, Militär, Feuerwehr und Katastrophenschutz, Behörden, Ämtern und Gerichten, waren also schon früh in vielen Ländern weitere Bereiche staatlich. Dies betraf insbes. das Bildungs- und Gesundheitswesen, das zunehmend der Kirche entzogen wurde, ferner die Notenbank, über die viele Staaten in weitere nationale Banken ganz oder teilweise involviert waren. Darüberhinaus wurden in vielen Staaten weitere Bereiche ganz oder teilweise nicht dem freien Markt feilgeboten. Klassisch zählen dazu, wie schon angedeutet, Bereiche der allgemeinen Infrastrukturen, die von allen Unternehmen genutzt werden, so z.B. der Energiesektor, Verkehr, inkl. Eisenbahn, Luft- und Schifffahrt, und das Straßennetz, Post und Telekommunikation. Diese Bereiche werden häufig auch als „natürliche Monopole" bezeichnet, worunter in der Ökonomie eine Branche verstanden wird, in der nur ein einziges Unternehmen kostendeckend arbeiten bzw. die Qualität gewährleisten kann.(9)

Die weiteste Form staatlichen Unternehmertums ist das Engagement in der verarbeitenden Industrie. Besonders in für die Nationalökonomie maßgeblichen Schlüsselindustrien gab und gibt es Formen solcher staatlichen Eingriffe, die mit dem Siegeszug des Keynesianismus zur Normalität wurden. Diese reichen vom bloßen Protegieren bestimmter privater Unternehmen, die de jure unabhängig bleiben, faktisch aber durch eine begünstigende Politik in der Hand des Staates sind, über Aktienanteile mit unterschiedlich großen Firmenanteilen bis hin zu komplett staatlichen Unternehmen. Besonders in der Rüstungsindustrie kommen solche Modelle vor, und damit verbunden auch in der Flugzeug- und Schiffsproduktion und im Automobilbau (denn wer PKW baut, schraubt oft auch Panzer zusammen), sowie in solchen verarbeitenden Industrien, die an natürliche Monopole anknüpfen, wie z.B. die Ölraffinierung, den Bergbau usw.

Bis zum Ausbruch der neoliberalen Erweckungsbewegung kam praktisch kein Staat ohne starkes unternehmerisches Engagement aus. Der Keynesianismus war in den westlichen Ländern eine „heilige Kuh", selbst die Konservativen trugen diesen Konsens mit. Dabei stellen sich gewisse klassische Typen dar, die international von prägendem Vorbildcharakter für andere Nationalökonomien waren, so z.B. die USA, Großbritannien, Schweden und Japan.

Klassiker gelenkter Volkswirtschaft

Gerade die wirtschaftslenkende Politik in den USA, einschließlich staatlichen Eigentums, hatte erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Ausrichtung anderer Regierungen. Dabei wirkte der Staat nicht nur über die Notenbank in den Markt hinein, sondern war direkt und indirekt an den Schlüsselindustrien beteiligt, um die Binnenwirtschaft zu stützen und beschäftigungsfördernde Bedingungen zu forcieren. Diese Lenkungsmethoden gehen zurück auf den „New Deal" und waren derart ausgeprägt, dass die USA sogar Züge einer Zentralverwaltungswirtschaft aufwiesen. Erst mit dem Amtsantritt Ronald Reagans 1981 wurde diese Position infrage gestellt und eine Periode der Privatisierung eingeleitet.

Heute kaum noch vorstellbar, war Großbritannien ein Musterbeispiel der sozialen Marktwirtschaft und staatlichen Unternehmertums. Nicht nur natürliche Monopole wie Eisenbahn und Energie waren vollkommen staatlich, sondern auch Schlüsselindustrien wie etwa der Stahlsektor. Der Staat war der mit Abstand größte Arbeitgeber des Landes. Wichtig hierfür war das Zusammenspiel mit den mächtigen Gewerkschaftsverbänden, die einen eigenständigen politischen Faktor in der Gesellschaft darstellten. Während sie im Arbeitskampf mehr auf tradiertes bzw. erkämpftes Gewohnheitsrecht setzten, unterstützten sie den wirtschaftspolitischen Kurs, zumindest einige zentrale Branchen zu verstaatlichen bzw. in der Hand des Staates zu belassen.

Lange diente Verfechtern der Wohlfahrtsstaatsidee auch Schweden als Gegenmodell zu einer liberalen Wirtschaftspolitik. Hohe soziale Standards und Vollbeschäftigung bei gleichzeitigem modernen Wohlstand und einer demokratischen, tolerant gesinnten Gesellschaft wurden mit dem skandinavischen „Volksheim"(10) verbunden. Das schwedische Modell einer gelenkten Volkswirtschaft basierte tatsächlich weniger auf staatlichem Eigentum, denn auf einem gigantischen bürokratischen Staatsapparat, der für die Umsetzung einer kaum überschaubaren Fülle von Regelungen Sorge trug. Diese recht kostspielige Verwaltung sowie das komfortable staatliche Versicherungs- und Rentensystem wurden mit erschütternd hohen Steuern finanziert.

Ein ganz anderes Konzept wiederum liegt der japanischen Wirtschaftspolitik zugrunde. Hier muss penibel zwischen Sein und Schein unterschieden werden. De jure herrscht in

Anmerkungen

(1) Butterwege u.a., S. 23.
(2) Wobei die dtsch. Sozialdemokratie nach dem 1. WK durchaus in der Position dafür war, dies mit dem Verweis auf nicht vorhandene „Reife" der Wirtschaft unterließ.
(3) Das Institut für Sozialforschung, insbes. F. Pollock, verwies Ende der 20er/Anfang der 30er auf den staatskapitalistischen Charakter der Wirtschaftsordnung hin. Das Bild vom freien Unternehmertum wurde dabei als Chimäre entlarvt.
(4) Siehe dazu auch „Arme Bevölkerung, boomende Wirtschaft" auf S. 8
(5) N. Chomsky, „Triumph der Liberalisierung", FR, 11.10.08.
(6) Eine Hauptintention des Keynesianismus war, den Klassenkonflikt, dessen Existenz anerkannt wurde, zu institutionalisieren, um durch indirekte soziale Kontrolle des Kapitalismus Unzufriedenheiten abzufedern, die zu sozialistischen Revolutionen oder anderen politischen „Wirren" führen könnten. Der Aufstieg des NS z.B. wurde als Folge solcher Massenunzufriedenheiten betrachtet.
(7) Unter T. Roosevelt wurden in den 30ern mit massiven staatlichen Eingriffen die verheerenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise angegangen.
(8) Die Systemkonkurrenz war dennoch real, in gewisser Weise sogar Anlass für diesen „Mittelweg". Denn die politische Legitimität des Westblocks hing entscheidend davon ab, Erfolge in der sozialen Frage aufzuweisen. Symptomatisch hierfür: unter westlichen Arbeitnehmervertretungen galt lange Zeit der Osten als „dritter, unsichtbarer Verhandlungspartner".
(9) Zunehmend zählt man zu natürlichen Monopolen auch Bereiche, bei denen sich „natürlich" nicht im Sinne von „in der Natur der Sache", sondern von der biologischen und geologischen Natur herleitet, so z.B. Edelmetalle, Diamanten, Waldbestände, Fischvorkommen oder gar Wasser.
(10) Meint das Modell einer Idealgesellschaft, die einer gerechten Familie nachempfunden sei: die Bevölkerung als folgsame Kinder, der Staat als strenge, aber fürsorgliche Eltern.
(11) Bis etwa 1990 war der Neoliberalismus durchaus noch umstritten, mit dem Zusammenbruch der SU wurde dann eine bespiellose PR-Kampagne gestartet, die den Sieg des freien Marktes verkündete und endgültig zur neoliberalen Hegemonie führte.
(12) E. Hobsbawm verwies bereits 1999 auf die Einfältigkeit der neoliberalen Theorie: Die meisten der neoliberalen Ökonomen träumten von Deregulierung

Japan freie Marktwirtschaft, faktisch ein korporatistisches System mit sozialdemokratischen Elementen. Die Großkonzerne sind aufs engste mit- und ineinander verwoben und haben sich den Binnenmarkt so aufgeteilt, dass sie sich kaum Konkurrenz machen. Der Staat unterstützt diese Strukturen und arbeitet mit den Großkonzernen so intensiv zusammen, als seien es Staatsbetriebe. Sie sorgen für breiten sozialen Service, Arbeitsplätze sind beinahe unkündbar. Im Außenhandel protegiert Japan seine Unternehmer nach Kräften, u.a. mittels hohen Importzöllen für ausländische Produkte.

In Deutschland und Österreich waren neben den gewöhnlichen Sektoren natürlicher Monopole Schlüsselindustrien staatlich oder halbstaatlich, die z.T. auf Staatseigentum aus der NS-Zeit zurückgingen, so etwa VW in Deutschland oder VOEST (ehem. Hermann-Göring-Werke) in Österreich. In beiden Ländern wurden diese Staatsbetriebe nicht zuletzt dazu genutzt, durch großzügige Einstellungspolitik die Arbeitslosenquote niedrig zu halten.

In Frankreich spielte der Staat ebenfalls als Arbeitgeber eine wichtige Rolle, bisher allerdings in erster Linie über den breit gefächerten öffentlichen Sektor. Der Versuch, zumindest Bereiche wie Post und Telekom zu privatisieren, löste Mitte der 1990er eine enorme Protestwelle aus; bis heute konnten nur wenige Privatisierungen umgesetzt werden, 20% der französischen Beschäftigen arbeiten noch immer im öffentlichen Sektor.

Wunderwaffe Privatisierung

Mit der Energiekrise von 1973 setzte in den westlichen Industriestaaten ein Umdenken ein. Dabei war eigentlich nichts weiter passiert, als dass den führenden Eliten in Politik und Wirtschaft klar geworden war, dass Ressourcen nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Dass die Neoliberalen diese Situation für sich nutzen konnten, ist nicht nur auf die Interessen des Kapitals zurückzuführen, sondern ebenso auf die erneute Veränderung in den Kräfteverhältnissen und im wirtschaftspolitischen Diskurs. Ging der Keynesianismus noch von einem Klassenkonflikt aus, den es zu regulieren gelte, so führte das System der sozialen Marktwirtschaft paradoxerweise dazu, dass die Arbeitnehmervertretungen ihre Rolle als Konfliktakteure immer weniger wahrnahmen und so eine Verschiebung der Balance stattfand, die den Unternehmen offensive Perspektiven öffnete. Gleichzeitig hatten neoliberale Ökonomen über längere Zeit hinweg und systematisch daran gearbeitet, neoliberaler Theorie einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben, so dass sie sich als „Krisenideologie" etablieren konnte. So machte Thatchers Chefideologe, Keith Joseph, von Anfang an deutlich, dass es notwenig sei, einen „intellektuellen Guerillakrieg" zu führen, um die Diskurshegemonie zu erlangen. Und dieser Weg war erfolgreich.(11)

In den Folgejahren waren in einigen Ländern politische Kräfte an der Macht, die einen streng wirtschaftsliberalen Kurs einschlugen und in rigoroser Privatisierung bisher staatlicher Unternehmen ein regelrechtes Allheilmittel zur Sanierung verschuldeter Staatshaushalte sahen. Sie setzten ganz auf die Selbstregulierungsfähigkeit des Marktes, einschließlich eines rigorosen Einschnittes in die sozialen Systeme. Damit sollten Staatsausgaben gesenkt und die Eigeninitiative von Arbeitssuchenden angefacht werden. Davon versprach man sich einen Impuls für Wirtschaftswachstum und Modernisierung.

Das zentrale Argument der Neoliberalen ist dabei, dass der Staat nicht effizient wirtschaften könne, da dieser einen anderen Typus der Rationalität darstelle, der einer rentablen Betriebswirtschaft entgegenstehe. Die Rationalität privater Unternehmer dagegen sei vom individuellen Interesse der Gewinnmaximierung geleitet; im Wettbewerb führe dies zu Effizienz und Innovation, was volkswirtschaftlich wiederum zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung führe. Daher leitet sich das Paradigma ab, dass die Profite der Unternehmer im Interesse der Gesellschaft seien: die berüchtigte Theorie vom „Trickle-Down-Effekt". Behauptet wurde weiterhin, die KonsumentInnen profitierten durch den Wettbewerb und die SteuerzahlerInnen würden entlastet, da sie nicht mehr für ineffiziente Staatsunternehmen zu zahlen hätten. Keine einziges dieser Heilsversprechen sollte sich als wahr erweisen – ganz im Gegenteil.(12)

Dennoch sprangen alle auf den Zug auf. Nach ersten Experimenten in Südafrika und Chile führten Großbritannien und die USA in den 80ern massive Privatisierungsprogramme durch. Nach diesem Dammbruch folgten fast alle westlichen Staaten, der Neoliberalismus überspulte die Welt förmlich, der Keynesianismus wurde regelrecht weggespült.(13)

Zauberwort Globalisierung

Das Konzept vertraten keineswegs nur Konservative. In der ehem. britischen Kronkolonie Neuseeland fand die Hinwendung zu Wirtschaftsliberalismus und drastischer Privatisierung ohne Regierungswechsel statt. Es war die Labour Party, die 1984 die Parole ausgab, man müsse die Wirtschaft liberalisieren, um der Inflation und wachsenden Staatsverschuldung Herr und „fit" für den Weltmarkt zu werden. Zu diesem Konzept gehörte, soviel staatliches Eigentum wie nur möglich auf dem internationalen Parkett feilzubieten, also gezielt Eisenbahn, Energieversorgung und zivile Luftfahrt ausländischen Investoren anzubieten. Der Slogan, mit dem Regierungschef David Lange diesen Kurs benennen ließ, ist in die Geschichte eingegangen: Globalisierung.

In der BRD wurde die große Privatisierungswelle unter der Regierung Kohl seit 1982 betrieben. Hier betraf es v.a. die Post, die damals auch das Monopol über die Telekommunikation besaß und der weitaus größte Arbeitgeber des Landes war. Eine folgenschwere Zäsur stellte daneben die Privatisierung des Rundfunks dar, was gravierende kulturelle Auswirkungen nach sich zog. Schließlich wurden Staatsanteile an führenden Industrieunternehmen abgestoßen. Zum Angriff auf die sozialen Systeme wurde aber erst unter der Regierung Schröder mit der Agenda 2010 geblasen. Unter der großen Koalition wird jetzt der Privatisierungsprozess weiter vorangetrieben: nach der weitestgehend abgeschlossenen Öffnung des Energiemarktes steht die (Teil-)Privatisierung der Bahn auf dem Programm.

Ähnliche Prozesse vollzogen und vollziehen sich in den meisten anderen westlichen Ländern. So stellt in Frankreich der sog. Juppé-Plan seit 1995 den Versuch dar, weite Bereiche des öffentlichen Sektors wie Post und Bildung zu privatisieren. Auf dem Energiesektor hat hier teilweise eine Liberalisierung stattgefunden, allerdings tragen führende Energieunternehmen noch halbstaatlichen Charakter. Sogar dem schon erwähnten sozialstaatlichen Musterland Schweden widerfährt seit 1990 ein Kurs der Liberalisierung, der dort von den Sozialdemokraten eingeleitet wurde.



Zeichnung: Findus

Insgesamt gab es weltweit zwischen 1977 und 2004 über 4.000 größere Privatisierungen, die mehr als 1,35 Bio. US-Dollar einbrachten. Die Erlöse für den Staatshaushalt sind also relativ gering, wenn man bedenkt, was für einen Wert die veräußerten Unternehmen auf dem Markt haben und was mancher Unternehmer daran verdient.(14) Die neue Qualität der so entstandenen Privatwirtschaft besteht vor allem darin, dass nicht nur Bereiche privatisiert wurden, die einst mit dem Keynesianismus verstaatlicht wurden, sondern auch jene, die schon oder fast immer öffentlich waren. Das betraf nicht nur die natürlichen Monopole, sondern zunehmend die klassischen, nicht-ökonomischen Staatshoheitsbereiche wie Bildung, Gesundheit und partiell sogar Behörden, Militär, Polizei usw. Es sollte einfach alles vermarktwirtschaftlicht werden, bis hin zum Wasser.(15) Zu keiner Zeit der Geschichte war der freie Markt so entfesselt. Die Folgen sind aufgrund fehlender Erfahrungen unkalkulierbar.

Ernüchternde Bilanz

Die Bilanz der Privatisierung fällt ausnahmslos ernüchternd, ja erschreckend aus. Großbritannien ist unzweifelhaft ein völlig anderes Land geworden, besser geht es den meisten nicht. Ähnlich wie in den USA ist die Arbeitslosenquote phasenweise gesunken, gleichzeitig aber der Armutsanteil deutlich gestiegen,(16) d.h., es gibt immer mehr Jobs, von denen man nicht leben kann. Davon abgesehen tragen die direkten Folgen der Privatisierung schon zum Teil tragisch-komische Züge. Gerade in den klassischen Bereichen der natürlichen Monopole sind Qualität und Quantität der Leistung spürbar, ja dramatisch zurückgegangen. Viele unrentable Eisenbahnstrecken wurden stillgelegt, was einen erheblichen Rückgang der Mobilität zur Folge hat, was sich wiederum negativ auf das Wirtschaftsleben auswirkt. Gerade in Großbritannien kam es seit der Privatisierung der Bahn zu mehreren verheerenden Zugunglücken, die mittelbar und unmittelbar der Privatisierung geschuldet waren: Personalabbau auch und gerade in den Bereichen Sicherheit und Wartung, minder qualifizierte Mitarbeiter, Einsparungen bei Technik und Maschinen.

In einer aktuellen Fernsehreportage über Privatisierung in Neuseeland begrüßte ein Lokführer das Kamerateam, als dieses bei ihm mitfahren wollte, mit den sarkastischen Worten: „Willkommen in der dritten Welt!" Er übertrieb nicht. Seitdem Bahn und Schienennetz von australischen Investoren übernommen wurden, sind zwei Drittel aller Bahnlinien eingestellt, über die Hälfte der Mitarbeiter entlassen, nicht ein neuer Zug angeschafft und die Ticketpreise enorm verteuert worden. Die Waggons sind dreckig und verrottet, die Gleise rostig und marode und an vielen Stellen so notdürftig geflickt, das Expresszüge nur im Schritttempo darüberschleichen können, um nicht zu entgleisen.(17)

Am wohl tiefsten erschüttert von den Folgen rigoroser Privatisierungsmaßnahmen wurden die einstmals sozialistischen Staaten Osteuropas, allen voran Russland. Hier war es die Regierung Jelzin, die 1990 einen ganzen Tross US-amerikanischer Wirtschaftsberater hinzuzog, um die russische Wirtschaft von staatlicher Planung in den freien Markt überzuleiten. Dieser Beraterstab aus der Reagan´schen wirtschaftliberalen Schule riet dringend, alles so rasch und total zu privatisieren, wie nur irgend möglich. Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren brach die russische Wirtschaft praktisch völlig zusammen. Gehälter wurden monatelang nicht mehr ausgezahlt, und wenn doch, in Form von Lebensmittelkarten oder Naturalien.(18)

Ingesamt hat sich die Privatisierung für KonsumentInnen keineswegs, wie behauptet, ausgezahlt. In vielen Bereichen haben sich Oligopolstrukturen gebildet und die Preise wurden mächtig in die Höhe getrieben; gerade in der Grundversorgung gibt es katastrophale Ergebnisse. Auch die SteuerzahlerInnen wurden nicht entlastet. Viele Privatbetriebe sind nur lebensfähig, weil sie subventioniert oder ihnen Schulden erlassen werden. Gleichzeitig sind die kommunalen Haushalte durch das Ausbleiben von Einnahmen geradezu zusammengebrochen; ein Sparzwang ist allerorts die Folge. Alles in allem gab es eine noch nie dagewesene Umverteilung von unten nach oben. Nachdem sich die Unternehmer zu Spottpreisen das Tafelsilber einverleibt haben, ist es tatsächlich zu einer ernormen Wertschöpfung gekommen(19), nach unten „durchgesickert" ist davon aber nichts.(20) Obwohl auf der Welt proportional so viel produziert wird wie noch nie, war die Verteilung der Güter niemals ineffizienter.(21) Dramatisch ist auch die neue Form von Machtkonzentration, die durch Privatisierung und Globalisierung entstanden ist. Der ökonomische Bereich liegt nun fast vollständig in der Hand von Privaten, die keiner ernsthaften Kontrolle unterliegen und mit ihrer ökonomischen Macht auch an politischer Macht gewonnen haben.(22)

Comeback der Staatswirtschaft?

Aus naheliegenden Gründen bemühen sich viele Länder heute um eine Rückverstaatlichung besonders der natürlichen Monopole. In Neuseeland trieb dies eine der deutschen Linkspartei nicht unähnliche Abspaltung der Labour Party voran, die seit 1999 mit in der Regierung sitzt. Die gesamtwirtschaftliche Situation beginnt sich spürbar, wenn auch nur langsam, wieder zu entspannen. In Russland hat sich die wirtschaftliche Situation seit dem Amtsantritt Putins enorm verbessert; dank durchschnittlicher Wachstumsraten von 8-10% hat die russische Wirtschaft ihr Leistungsniveau von 1990 dieses Jahr fast wieder erreicht. Dabei verfolgt die Putin´sche Politik keineswegs klassische sozialdemokratische Strategien oder gar eine Rückwendung zur Planwirtschaft, sondern setzt vielmehr den Staat gezielt als Lenker und Mitunternehmer im Kapitalismus ein.(23) Auch in der BRD regten sich schon vor der Finanzkrise erste Bemühungen um Rückverstaatlichung. In einigen Bundesländern werden Modelle zum Rückerwerb von Energieunternehmen diskutiert. Berlin plant, die Wasserwerke zurückzukaufen, während in Hamburg die CDU-GAL-Koaltion ein eigenes Energieunternehmen gründen will. Durch die Finanzkrise gab es nun bereits diverse Rückverstaatlichungen; weitere sind im Gespräch.

Die Frage, ob nun der „starke" Staat zurückkehre, ist aber dennoch falsch gestellt. Auch der „von der neoliberalen Ideologie geforderte »schlanke Staat« ist ein starker Staat".(24) Er wurde nicht abgebaut, sondern lediglich seine Rolle als Anwalt des Kapitals zurückdefiniert. Auch im Keynesianimus wurde die wirtschaftliche Betätigung des Staates weniger als Alternative zum Kapitalismus, sondern als dessen Schutz verstanden. Man hatte die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus anerkannt und folgerte, dass zu seinem langfristigen Überleben staatliche Eingriffe notwendig seien. Insofern setzte auch der Keynesianismus nur einen ordnungspolitischen Rahmen zur Sicherung des Kapitalismus, einen Rahmen, mit dem sich die Unternehmer mehr oder weniger arrangieren konnten.

Doch dadurch, dass der Staat stärker auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet aktiv wurde, erweiterte er seine Rolle um die eines Versorgers im Allgemeinwohle. Damit schuf er sich eine neue Legitimation und verlor für die Arbeiterklasse einen großen Teil seiner „Gegnerhaftigkeit". Mit der Zerschlagung dieser sozialen Komponente durch den Neoliberalismus eröffneten sich zwar neuen Perspektiven für das Kapital, diese können aber notwendigerweise nur kurzfristig sein. Die langfristige Stabilität des Kapitalismus ist, wie wir in an der Finanzkrise unweigerlich feststellen können, vom Eingreifen des Staates abhängig. Um in dieser Hinsicht handlungsfähig zu sein, muss er den Radius seiner unternehmerischen Tätigkeit wieder erweitern. Ob dies indirekt zu einer Renaissance des Sozialen im Staat führt, ist jedoch mehr als fraglich. Im Gegensatz zum klassischen Keynesianismus leugnet die vorherrschende Ideologie die soziale Frage. Eine eventuelle keynesianistische Politik der Zukunft wird sich sicherlich ganz auf wirtschaftspolitische und nicht auf sozialpolitische Erwägungen stützen. So oder so, die soziale Marktwirtschaft ist und bleibt Geschichte.

Holger Marcks & Matthias Seiffert

Literatur:

• C. Butterwege u.a., *Sozialstaat und neoliberale Hegemonie*, Berlin 1998.

• FAU Münster (Hg.), *Globalisierung und Widerstand*, o.A.

• S. Hall u.a., *Tod des Neoliberalismus – Es lebe die Sozialdemokratie?*, Hamburg 1999.

• J. Huffschmid, *Die Privatisierung der Welt*, Hamburg 2004.

• F. Mayer, *Vom Niedergang des unternehmerisch tätigen Staates*, Wiesbaden 2006.

• M. Reimon u.a., *Schwarzbuch Privatisierung. Was opfern wir dem freien Markt?*, Wien 2003.

„aus einer Vorliebe für abstrakte technische Eleganz in Verbindung mit einem kompletten Mangel an Gespür dafür, was ihre Vorschläge für das wirkliche Leben bedeuteten. Sie betreiben Ökonomie ohne politische, soziale oder jede andere nicht-mathematische Dimension"; in: Hall u.a., S. 10.

(13) Siehe dazu auch „Arme Bevölkerung, boomende Wirtschaft" auf S. 8

(14) Deutlich wird das nun dort, wo bereits rückverstaatlicht wird: ein gigantisches Verlustgeschäft.

(15) Das Ende der Fahnenstange liegt wohl ziemlich hoch, privatisierungstechnisch ist noch so einiges möglich. Zukunftsvisionen aus den 90ern gingen z.B. von komplett privatisierten Polizei- und Militärapparaten und der Kommerzialisierung von Luft- und Wasser aus. Außerdem denken sich neoliberale Phantasten immer neue Dreistigkeiten aus. Wo Privatisierung offensichtlich deplatziert ist, betreibt man dann einfach „Privatisierung light", z.B. in Form von Public Private Partnerships (PPP), wo privates Kapital für öffentliche Aufgaben mobilisiert werden soll (z.B. durch Betreibermodelle im Autobahnbereich).

(16) In GB z.B. lebte 1980 1% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, 1993 waren es 21%.

(17) „Das Comeback der Politik in Neuseeland", WDR 2008.

(18) In wenigen Bereichen war selbst die Regierung Jelzin vor Privatisierung zurückgeschreckt. Der staatliche Wohnungsbau wurde z.B. nicht an Investoren verkauft, so dass die subventionierten Mieten erschwinglich blieben.

(19) Das Welt-BSP hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt.

(20) 1960 verdienten die reichsten 20% der Menschheit 30mal so viel wie die ärmsten 20%. Heute beträgt die Differenz mehr als das 80-fache. Das reichste 1% hat soviel wie die ärmeren 2,7 Mrd. Menschen.

(21) Nach dem Welternährungsbericht könnte die Landwirtschaft zwölf Mrd. Menschen normal ernähren. Dennoch sterben täglich 100.000 Menschen an Hunger, 856 Mio. sind permanent unterernährt.

(22) Die 500 größten Unternehmen kontrollierten 2005 zusammen 52% des Welt-BSP. Chomsky spricht diesbezgl. von einem „virtuellen Parlament". Damit wird der polit. Einfluss transnationaler Konzerne charakterisiert, der darauf gründet, dass sie die Politik eines Landes beurteilen und ggf. seine Wirtschaft (z.B. durch Produktionsverlagerungen) ruinieren können.

(23) Umgesetzt wird dies a) mit einer rigorosen Steuerpolitik und b) mittels direkter bzw. indirekter Kontrolle über Großunternehmen. Besonders im Energiesektor hat Putin eine Rückverstaatlichung vorangetrieben.

(24) FAU Münster, S. 48.

DA-Musikecke

solidariTÄT!
Soli-Sampler für russische AntifaschistInnen mit 21 Bands der verschiedensten Musikrichtungen für schlappe 7,- Euro. Mit großem Booklet über die Situation in Russland. www.csb-gt.de

JEUNESSE APATRIDE – Larmes aux Poings
Die KanadierInnen haben ihre bisher beste Scheibe rausgebracht. Politischer Streetpunk mit Saxophone und Hymnen zum mitsingen. Super Teil! www.jeunesseapatride.org

BRIGADA FLORES MAGON
Die anarchosyndikalistische Streetpunk-Band aus Paris hat sich aufgelöst. Zwei Bandmitglieder sind ausgestiegen.

JEUNE SEIGNEUR – Tonerre de Brest
Aus Brest in Frankreich kommen die Redskins von Jeune Seignur und haben ihre erste Scheibe rausgebracht. Hört mal auf ihrer Homepage rein: http://jeune.seigneur.free.fr

ROGUE STEADY ORCHESTRA - Ein Drittel Angst, zwei Drittel Wut
Die aktuelle Scheibe der neun Göttinger ist eine Mischung aus Ska, Reggea und Punk mit politischen Texten. www.schurkenska.net

REDSKA - Le mi pregioni
Italienische Ska-Punk-Band. Musik zum Feiern mit politischer Aussage. Sie sind auch ab und an mal bei uns auf Tour. www.redska.com

FREIBOITER – Riot Radio
Die antifaschistische Streetpunk-Band aus Stuttgart mit ihrer neuen Scheibe. Eine Mischung aus Rock´n Roll, Punk, Hardcore und Oi mit sozialkritischen Texten. www.freiboiter-stuttgart.de

ARGIES - Quien despierta
Die argentinische Punkrock-Band ist mit ihrer mittlerweile 9. Scheibe auf Tour. Geht mal zu einem ihrer Konzerte! www.argies.net

Termine:
Fire and Flames / Antifa Weekend & Festival am 7. und 8. November in Göttingen Infos: www.fireandflames.com und www.ali.antifa.de

Siempre Antifascista / Festival, Demo und Konferenz am 14.-16. November in Berlin Infos: http://siempre.red-skins.de

Neun Wochen aus der Ewigkeit des Arbeitslebens

Ein Film mit und über die Beschäftigten der Kieler HDW, der größten Werft Deutschlands

„Das ist schon ein Film für Ingenieure“, räumt Regisseur Fredo Wulf nach der Hamburg-Premiere seines Films „Katze Gut“ im Altonaer Lichtmess-Kino ein. Er spielt auf das technische Kauderwelsch an, das die arbeitsbezogene Kommunikation seiner Hauptakteure wesentlich bestimmt. Ihnen, den Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich täglich mit der monströsen Apparatur des Werftbetriebes auseinandersetzen müssen, wollte Wulf so nahe wie möglich kommen, unmittelbar und ungefiltert. „Ich bin gar kein Freund des Kommentars aus dem Off“, sagt er – und so bleibt ein Großteil der meist mit ernster Miene und sorgenvoller Stimme gesprochenen Gespräche aus der Welt der Werftarbeiter für so manchen Betrachter unverständlich. Doch der Film spricht auch noch eine andere, eigene Sprache.

„Katze Gut“, das bedeutet, dass der Arbeitsvorgang an dem riesigen Werftkran gut läuft. Diesen Kran kennen alle Menschen in Kiel, da er so hoch ist, dass er fast überall in der Stadt zu sehen ist. Er ist das Herzstück der HDW, das wichtigste Arbeitsgerät, und die Bestie, mit der die Protagonisten des Films täglich ringen müssen. Denn die „Krupp“ – so der Name des Krans, als ob er das Primat der Ökonomie und Technik über den Menschen noch verdeutlichen soll – muss innerhalb von neun Wochen runderneuert werden. Das hat die Werftleitung beschlossen, und in den Vorbereitungskonferenzen nickt die Arbeitsleitung eifrig den engen Zeitplan ab – auch wenn danach gegenüber der Kamera zugegeben wird, dass dies für die Kollegen und Kolleginnen eine erhebliche Zumutung ist. Und auch der Betriebsrat stimmt zwar in die allgemeine Ablehnung des Vorhabens ein, sieht sich aber gegenüber den Entscheidungen der Spitze machtlos. Lediglich in dem kleinen Pausenraum machen die Beschäftigten ihrem Ärger Luft, die hier jeden Tag von unzähligen Zigaretten in einen grauen Nebel verwandelt wird.



Ein Wahrzeichen des industriellen Kiels: Die „Krupp“

Verlorene Arbeitskämpfe haben ihre Spuren hinterlassen. Ein Betriebsratsmitglied berichtet schon fast traumatisiert von der letzten Massenentlassung: die lange Zeit des Wartens, des Verhandelns – und irgendwann die Listen derjenigen, deren jahrelange Existenz mit einem Mal zu Nichte gemacht wurde. Auch wenn er natürlich das Beste rausholen wollte für die Kollegen und Kolleginnen – als Teilnehmer an den Verhandlungen scheint er sich irgendwie schuldig zu fühlen. Über 30.000 Menschen haben einmal an der HDW gearbeitet; heute sind es etwas mehr als 1.000 Beschäftigte, und von denen hat niemand die Sicherheit, nicht auf der nächsten Liste zu stehen. Solch ein Zustand könne verrückt machen, sagt einer, den es das letzte Mal erwischt hat. Er arbeitet nun für eine Zeitarbeitsfirma und kehrt für die Wartungsarbeiten an der „Krupp“ für ein paar Wochen an seinen ehemaligen Arbeitsplatz zurück. Die Entlassung sei eine Erleichterung für ihn gewesen: „Nun weiß ich, woran ich bin“. Angesichts der oft viele kilometerlangen Anfahrtswege, kaum vorhandener Arbeitsrechte und mangelhafter Versicherung, also den üblichen Begleitumständen der Zeitarbeit, spricht diese Aussage Bände über das Gefühl, der Willkür der Unternehmensrationalität ausgeliefert zu sein.

Es ist fraglich, ob alle noch Festangestellten der HDW sich so mit einer Entlassung arrangieren könnten. Hoch oben an den Hebeln der „Krupp“ formuliert einer von ihnen die Ambivalenz seiner Gefühle gegenüber seinem jahrzehntelangen Arbeitsplatz. Das ständige frühe Aufstehen, die kurzen Ferien, die immer weniger zum Leben ausreichende Bezahlung lassen es ihm schwer fallen, ein positives Bild von seinem Arbeitsplatz zu zeichnen. Und doch könnte er sich ein anderes Leben, ein Leben ohne die Werft, kaum noch vorstellen. Warum das so ist, kann er nur schwer begründen. „Vielleicht wegen der Kollegen… Die würde ich schon vermissen.“

Wie ein Kollege habe er sich nach einer gewissen Zeit auch gefühlt, sagt Fredo Wulf an diesem Abend im Lichtmess. Bevor er mit der Kamera anrückte, hatte er die Angestellten bereits drei Monate lang begleitet, in der Kantine, bei der Arbeit, im verrauchten Pausenraum. Dem Film ist das anzumerken. Auch den Zuschauern werden zumindest einige der Arbeitenden immer vertrauter, genauso wie ihre eigentlich so unwirkliche Arbeitswelt. Die riesigen Stahlseile und übergroßen Schrauben, die behäbigen Maschinen, die blinkenden Lichter und natürlich der riesige Kran verschwimmen zu einer Menge der Alltäglichkeit, wandeln sich zu Objekten der Arbeitsroutine. „Normal“ kann diese so eigene Welt für Außenstehende jedoch immer noch nicht wirken, diese Welt, die für einige aus dem Film nun schon seit über 30 Jahren ein wesentlicher Bestandteil ihrer Identität geworden ist. Letztendlich trägt auch diese für viele unverständliche Fachsprache der Arbeiter und Arbeiterinnen auf der HDW dazu bei, eine besondere Eigenschaft von (Lohn-)Arbeit in der bestehenden Gesellschaft zu veranschaulichen: Den Widerspruch zwischen Entfremdung und Seinsbildung.

Marcus Munzlinger & Karoline Rother

Erhältlich ist der Film „Katze Gut“ unter www.fredo-wulf.de

Weltmeister wie wir

Oder: Wie der Aufschwung nach Deutschland kam

Markus Liske, Kolumnist, Satiriker und Erzähler beim „Singenden Tresen“, hat die dritte Sammlung seiner Kolumnen und Gedichte veröffentlicht. Sie ist beim Verlag Edition AV erschienen und kostet ca. 15 Euro. ISBN 978-3-86841-008-2

Was passiert mit einem kritischen Verstand, der im Rhythmus der Nachrichtensendungen tickt, der täglich drei bis vier Zeitungen konsumiert und dazu noch mehrere Wochenzeitungen und Magazine? Das Ganze eingebettet in ein Leben zwischen Hartz IV und prekären Arbeitsverhältnissen? Ein Selbstversuch ist zum Glück nicht nötig, um das herauszufinden: Es wird in Markus Liskes neuem Band „Weltmeister wie wir“ genau beschrieben.

Wie schon in den ersten beiden Büchern hat Liske hier die Kolumnen und andere kurze Texte zusammengestellt, die er in den letzten Jahren für die DA, Titanic, den „Singenden Tresen“ und andere schrieb. Neu ist, dass die Texte sich diesmal an Leser in einer fernen Zukunft richten. Daher hat Liske seine Kolumnen mit Fußnoten ergänzt, in denen Namen und Begriffe erläutert werden, die uns heute geläufig sind, bald aber vergessen sein werden, beispielsweise: „'Globalisierung' – Wirtschaftsprozess zu Beginn des 21. Jahrhunderts, bei dem die menschliche Arbeitskraft kontinuierlich billiger, alle Waren kontinuierlich teurer wurden. Ziel der Globalisierung war es, sogenannten Global Players Geld für lustige Glücksspiele zur Verfügung zu stellen.“

Liske behandelt jedoch nicht nur weltbewegende Themen. Er schreibt auch über DHL-Packstationen, die Diddl-Maus, Linksradikale, das Landleben und Alpträume mit Wolfgang Schäuble. Das ist meistens lustig und immer krass. Geschont wird dabei niemand, auch Liske selbst nicht. Nur über Conny, die literarische Entsprechung zu Liskes Lebensgefährtin Manja Präkels, fällt kein böses Wort.

Liske hilft dem Gedächtnis auf die Sprünge. In seinen Geschichten stecken so präzise Beobachtungen, dass sich frisch verdrängte Stimmungen und Medienevents erbarmungslos plastisch wieder ins Bewusstsein wuchten. Der lakonische Tonfall und die überraschenden Schlussfolgerungen versöhnen zwar nicht mit der ganzen Verarsche, die unser Leben dominiert, aber sie reizen zum Lachen, und das tut gut.

Auch dieses Buch wartet wie gewohnt mit drastischen Vergleichen auf; dabei geht Liske so nah wie möglich an die Grenze des guten Geschmacks und schreibt stilsicher an ihr ent-



lang. Immerhin hat er diesmal das erste Mal, seit ich Liske lese, an einer Stelle diese Grenze übertreten: Dass Betreiber von Wasserpfeifencafés durch die Rauchergesetze faktisch Berufsverbot haben, ist nicht, wie Liske schreibt, der größte Eingriff in die Gewerbefreiheit seit der Arisierung. Viel schlimmer ist doch wohl das generelle Gewerbeverbot, dem viele Immigranten unterliegen. Außerdem: Nazivergleiche! Was Liske da wohl geritten hat?

Ansonsten ist das Buch durchgängig in beneidenswert gutem Stil geschrieben. Das macht auch die etwas schwächeren Geschichten zum Lesevergnügen, z.B. die von dem gescheiterten WM-Maskottchen Goleo auf der Suche nach dem Glück.

Wer nicht genug bekommen kann, darf jetzt auch der „Heiligen Liskistischen Kirche der letzten Tage des Neoliberalismus“ beitreten. Deren 10 Gebote würden tatsächlich die Welt zu einem angenehmeren Ort machen. Auszüge:

1. Du sollst keine Steuern zahlen, denn Steuern sind des Teufels.
5. Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Weib, es sei denn, es begehrt Dich auch. Dann ist das Pech für den Nächsten.
9. Du brauchst gar nicht zu arbeiten, wenn Dir ein besserer Zeitvertreib einfällt.
10. Halte Dich fern von Männern, die mit komischen Hüten, komischen Bärten oder in Kleidern daherkommen, denn sie huldigen falschen Göttern und hassen die Menschen.

Für alle Freundinnen und Freunde gesellschaftskritischen Humors der härteren Gangart ist „Weltmeister wie wir“ die passende Winterlektüre – mit Liske macht das Resümieren der jüngeren Vergangenheit Spaß.

Martin Hauptmann

Auf zu neuen Ufern

Ein Gespräch mit Ramsey Kanaan über alte und neue Projekte, die Gettoisierung von Protest und die Möglichkeiten kritischer Presse

Für viele in der anarchistischen Szene ist AK Press ohne Ramsey Kanaan kaum noch vorstellbar, und über deinen Abschied kursieren so manche Gerüchte. Könntest du uns da Aufklärung geben?

Als ich AK in den 90ern als Arbeiterkooperative aufbaute, lief alles nach dem Prinzip: „Eine Person – eine Stimme". Über die letzten paar Jahre musste ich nun feststellen, mich in einer Minderheitenposition zu befinden, sowohl was den internen Entscheidungsfindungsprozess anbelangt als auch die Orientierung von AK – als Verlag, Vertrieb und Propagandamittel – in einer sich schnell verändernden Medienwelt. Auch wenn ich meine, dass AK weiterhin eine essentielle Rolle innerhalb der anarchistischen und progressiven Veröffentlichungen und Vertriebe spielt, so ist der Fokus doch bedenklich schmaler, als er meiner Meinung nach sein könnte. Mein neustes Veröffentlichungsprojekt ist geprägt von einem sehr viel weiter gefassten Ansatz gegenüber Literatur und anderen Medien – wie etwa Fiktion, Dokumentarfilmen, Kunst und Kultur – sowie verschiedenen Wegen, dieses Material auf ein breiteres Publikum zu verteilen.

Dein neues Projekt ist PM Press. Wir sind sehr neugierig. Wer und was ist PM Press? Was können wir erwarten? Würdest du es als anarchistische Presse bezeichnen?

PM Press ist eine aufregende neue, radikale Multimedia-Veröffentlichung, mit der Absicht engagierte, gut gemachte, provokative und aufschlussreiche Ideen, Debatten, Literatur, Geschichte, Musik, Politik, Kunst, Aktivismus und Kultur an die Massen zu bringen. PM setzt sich aus einigen AK-Getreuen und einem Haufen anderer erfahrener Schwergewichtler aus den Bereichen Verlag, Politik und Aktivismus zusammen. Ihr könnt Bücher und weiteres gedrucktes Material, CDs, DVDs, digitale Medien, stylische Bekleidung und vieles mehr erwarten. Es handelt sich um eine marxistische Presse. Es ist eine revolutionäre Presse. Aber es ist eine Presse mit dem Durchblick, dem Hirn und dem Knowhow, um Ideen einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren: Akademikern und Aktivisten, Intellektuellen und Banausen. Sie ist populär und populistisch.

Wo innerhalb der Welt der radikalen Veröffentlichungen würdest du PM Press einordnen? Also gibt es eine bestimmte Lücke, die du füllen willst, ein bestimmtes Publikum, das du erreichen willst? Oder ist es eher deine Motivation, das Material zu veröffentlichen, das du veröffentlichen willst, und dieses dann seinen eigenen Platz und seine eigene Öffentlichkeit finden zu lassen?

Zunächst bin ich unsicher, ob ich PM innerhalb der Welt der radikalen Veröffentlichungen ansiedeln würde, da es sowohl der Linken dienen und sie stärken soll, aber dabei auch über das traditionelle Klientel der Linken hinausreichen soll. Es ist wirklich wichtig, stichhaltige, aufschlussreiche Arbeiten anzubieten, die die Grenzen der radikalen Ideen erweitern. Genau an diesem kritischen Moment, in dem die Linke sich im Rückzug befindet, ist es entscheidend, ein Forum für Debatten anzubieten, um auszuloten, wohin wir gehen, wie wir dort ankommen könnten, und wie wir Veränderung tatsächlich herbeiführen können. Ebenfalls ist es von großer Bedeutung, dass radikale Ideen auch weit außerhalb der Aktivisten- und Akademikerghettos, in denen sie ständig kursieren, aufgehen. Politische literarische Fiktion, Musik und Kultur sind Möglichkeiten, radikale Ideen auf ein Publikum zu verteilen, das dafür



Ob Ramsey Kanaans neues Projekt an den Einfluss von AK anknüpfen kann, wird sich zeigen

typischerweise eigentlich unempfänglich ist. Während sich das Medium, mit welchem sich die Leute Informationen beschaffen, verändert, entsteht eine enorme Möglichkeit für uns, sich in diesen neuen Formaten zu engagieren, ob nun online, über downloadbare Videos, digitale Veröffentlichungen usw.

Ich finde es ebenfalls erwähnenswert, dass PM auch eine Pamphletreihe startet. Die meisten Herausgebenden scheinen die Pamphlete kleinen DIY-Kollektiven zu überlassen, ich denke mal größtenteils deshalb, weil mit Pamphleten nicht viel Geld zu machen ist. Was motiviert dich, trotzdem Pamphlete herauszubringen?

Es ist war, mit Pamphleten ist kein Geld zu machen. Allerdings sind Pamphlete historisch gesehen der Kanal für radikale Ideen und Polemiken. Wie Magazine bieten sie eine wichtige – und zugängliche – Methode, mundgerechte Einführungen eines weiten Feldes von Ideen, Debatten und Belangen zu verbreiten. Genauso stellen sie eine Möglichkeit dar, neue Arbeiten hervorzuheben und unbekannten/ weniger bekannten AutorInnen ein Forum zu bieten, ohne dabei eine enorme finanzielle Investition tätigen zu müssen, weder aus Sicht der Herausgebenden, noch aus Sicht der Lesenden. Ich denke, dass sie in Form von gedruckten, digitalen oder Audio-Formaten immer noch diese wichtigen Funktionen erfüllen. Neue Schreibende, Lesende, Denkende und Teilhabende zu erschließen und zu erhalten, ist nicht bloß eine notwendige revolutionäre Funktion. Ein engagiertes Publikum aufzubauen ist ebenso ein Weg, einem Projekt Stabilität zu verschaffen, finanziell und auf andere Weise…

Letztes Jahr kam es dazu, dass du vor dem Class Forum in Malmö gesprochen hast. Welche Erfahrungen hast du aus Schweden mitgenommen?

Ich hatte eine großartige Zeit auf der Konferenz. Ich war sehr beeindruckt von dem organisatorischen Level, dem politischen Fundament der Konferenz, der Qualität der Konversationen und Debatten, und der Genderzusammensetzung der OrganisatorInnen und TeilnehmerInnen! Ich glaube, es war das erste Mal, dass ich an einem politischen Event teilgenommen habe, bei dem die überwältigende Mehrheit Frauen waren. Ich war nur für ein Wochenende in Schweden (mein erster Besuch dort), aber ich wäre glücklich, dort noch einmal hinzukommen.

In Ordnung, vielen Dank, und alles Gute für PM Press!

Übernommen von „Brand";
Übersetzung: Mamunz

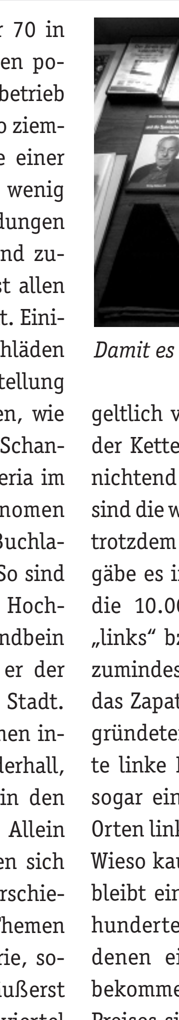
Das Interview musste leider stark gekürzt werden.

Ramsey Kanaan ist ein vor allem in den USA und dem Vereinigten Königreich innerhalb der anarchistischen Szene einflussreicher Sänger und Autor. Nach seiner ausgiebigen und wechselhaften musikalischen Tätigkeit in der britischen Anarcho-Punk-Szene avancierte der Sohn libanesischer/schottischer Eltern zu einem der weltweit produktivsten Verbreiter anarchistischer Literatur und Presse, einschließlich Adaptionen und Neuauflagen von anarchistischen Klassikern wie Kropotkin, Rocker oder Goldman. Zudem ist er Autor verschiedener Bücher. Das komplette Interview gibt es demnächst auf www.fau.org.

„Sich mit Büchern geistig auseinandersetzen, ist eine politische Beschäftigung"

In den 70ern waren sie Ausdruck und zentraler Bestandteil einer Bewegung, die es heute nicht mehr gibt – sie aber sind noch da: die alternativen Buchläden und Antiquariate

Eigentlich ist dies die Gegend der kreativen High Society der Stadt. Im Hamburger Stadtteil Ottensen gehören die Restaurants und Kneipen, die Kinos und Geschäfte den saturierten UnternehmerInnen, den piekfeinen Kunstschaffenden, den Fernsehsternchen und Boutique-BesitzerInnen. Wacker hält sich hier seit 1978 der Buchladen „Nautilus". An Stadtteilarbeit, so wie sie früher einmal im und um den Laden stattgefunden hat, ist heute allerdings nicht mehr zu denken. „Die Szene ist einfach weggebrochen." Peter, der sich mit der DA zu einem Gespräch über das Wesen der alternativen Buchläden getroffen hat, spricht von der sog. „undogmatischen Bewegung" der 70er und 80er Jahre. In ihr waren die Buchläden Orte des Austausches, Ausgangspunkt für politische Agitation, sowie Spiegel der eigenen Richtung und Vielfalt. „Auch wir bieten das Buch heute als Gebrauchsgegenstand an – für Anwälte, Ärzte, Journalisten sowie Eltern. Ansonsten könnten wir nicht überleben." Doch den politischen Anspruch, darauf besteht Peter, würden sie nie aufgeben. In der Mitte des Ladens liegen eine Vielzahl linksradikaler und anarchistischer Zeitschriften aus, im Schaufenster wird mit Einführungen in den Anarchismus und Marxismus geworben, und die „Theorie-Ecke" strotzt von einem reichen Fundus an revolutionärer Gedankenflut. Über der Kasse posiert Bakunin. „Bücher sind immer auch eine Antwort auf den Zustand der Bewegung", erklärt Peter das Übermaß an Klassikern innerhalb des linken Buchbestandes – den jetzigen Zustand könne man bedauern, auch wenn er nun mal akzeptiert werden müsse.



Formal sind die noch etwas über 70 in Deutschland existierenden alternativen politischen Buchläden als Einzelhandelsbetrieb oder GmbH organisiert, doch in wohl so ziemlich jedem wird versucht, die Utopie einer anders organisierten Welt ein klein wenig praktisch werden zu lassen. Entscheidungen werden prinzipiell kollektiv gefällt, und zumindest in größeren Läden wird meist allen Beschäftigten der gleiche Lohn gezahlt. Einige von diesen im Vergleich großen Buchläden sind allerdings zusätzlich auf die Anstellung von 400-Euro-JobberInnen angewiesen, wie etwa die Hamburger Buchhandlung im Schanzenviertel. Hier, wo die Szene-Schickeria im Traditionsgebiet der lokalen Autonomen expandiert, musste sich auch dieser Buchladen auf andere Umstände einstellen. So sind überteure Bände über Streetart sowie Hochglanz-Musikbücher ein wichtiges Standbein des Ladens geworden. Trotzdem ist er der wohl wichtigste linke Buchladen der Stadt. Hier finden die derzeitigen Diskussionen innerhalb der radikalen Linken ihren Widerhall, sowohl im Buchsortiment wie auch in den Einstellungen der hier Arbeitenden. Allein zum Dauerthema „Antideutsch" finden sich gleich mehrere relativ neue Bücher verschiedenster Ansichten. Und auch andere Themen wie Feminismus, anarchistische Theorie, soziale Bewegungen und Kämpfe sind äußerst großzügig vertreten. „Im Schanzenviertel gibt es nach wie vor viele Linke, ob sie nun hier wohnen oder nur den Nachmittag verbringen." Der Roten Flora sei dank.

Von solch einer Situation können andere linke Buchläden wiederum nur träumen. Bei ihnen muss so manche Arbeitsstunde unent-



Damit es solche Werke auch in Zukunft nicht bloß als e- books gibt

geltlich verrichtet werden – die Konkurrenz der Ketten à la Weiland ist nicht selten vernichtend groß. Im Zapata-Buchladen in Kiel sind die wirtschaftlichen Probleme des Ladens trotzdem nur schwer verständlich. Eigentlich gäbe es in Kiel und Umgebung sicherlich an die 10.000 Menschen, die sich irgendwie „links" bzw. „alternativ" sehen würden oder zumindest früher einmal dazu gehörten. Und das Zapata, das aus einem vor 28 Jahren gegründeten Infoladen hervorging, ist der letzte linke Buchladen der Stadt, in der früher sogar eine Auswahl an themenspezifischen Orten linker/alternativer Literatur existierte. Wieso kaum jemand hier noch Bücher kauft, bleibt ein Rätsel. „Im Antiquariat haben wir hunderte von älteren linken Büchern, von denen einige nirgendwo anders mehr zu bekommen sind. Doch trotz des günstigen Preises sind die meisten so gut wie nicht zu verkaufen." Aufgrund der geringen Nachfrage musste hier z.B. auch das Angebot an linker schwuler/lesbischer Literatur praktisch auf Null runtergeschraubt werden, und auch die linke Frauenliteratur ist nicht mehr der Selbstgänger, der sie früher einmal war. Ähnlich düster sieht es mit den Zeitschriften aus. Früher sei fast monatlich eine neue linke Zeitschrift erschienen, und es habe dazu gehört, sich anhand der verschiedenen Zeitschriften über die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Bewegungen zu informieren. Aber auch das habe fast gänzlich aufgehört, was im Zapata als ein Anzeichen für eine weit verbreitete Lese- und Theorieunlust interpretiert wird. „Wir müssen zusammenarbeiten und zusammenhalten" – gemeint sind die sehr unterschiedlichen linken Orte in Kiel –, „bis eines Tages vielleicht wieder bessere Zeiten für eine revolutionäre Bewegung hereinbrechen."

Sicherlich haben die unzähligen Internetforen viel dazu beigetragen, dass Bücher und Zeitschriften nicht mehr den Stellenwert innehaben, wie es für die 70er Jahre galt. Dass aber häufig ein x-beliebiges Buch fürs Studium, fürs Hobby oder was auch immer oft ebenfalls einfach im Internet bestellt wird, anstatt mal eben in den lokalen alternativen Buchladen zu gehen, ist schade und ein Stück weit unsolidarische Bequemlichkeit. Wer sich doch mal wieder aufmacht, und vielleicht ein wenig Zeit mitbringt, kann zu solch einem Anlass dann endlich mal wieder in dem Sortiment der Läden stöbern, und mit anderen über die Bücher und Themen diskutieren, die das Wesen solcher Läden ausmachen.

Marcus Munzlinger

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Zu unrecht vergessen

Des letzten Rätsels Lösung: Milly Witkop (1877-1955), jüdische Feministin und Anarchosyndikalistin

Geboren am 1. März 1877 im Örtchen Slotopol, im sogenannten „Ansiedlungsrayon", gehörte Milly Witkop zur jüdischen Minderheit in der Ukraine. Siebzehnjährig reiste sie nach London und ließ sich, wie fast alle jüdischen EinwanderInnen, im proletarischen East End nieder, wo sie vor allem in der Bekleidungsindustrie und im Schuhhandwerk in sogenannten „Sweatshops" Arbeit fanden. Ihren Weg zur organisierten Arbeiterschaft fand sie über die beeindruckenden Streikversammlungen der jüdischen Bäcker und die in den USA herausgegebene, auf jiddisch erscheinende „Tsukunft". Sie begann für die jiddisch-anarchistische Presse zu schreiben und wurde aktives Mitglied der anarchistischen-syndikalistischen Bewegung.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs gab Witkop ihre grundsätzlichen Positionen nicht auf und gehörte weiterhin zu den maßgebenden AktivistInnen gegen den Krieg. So engagierte sie sich zum Beispiel gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Diese Tätigkeit und ihre Beziehung zu Rudolf Rocker brachten ihr 1916 eine zweieinhalbjährige Strafe wegen Kontakten zu „feindlichen Ausländern" und Antikriegspropaganda ein.

Am Ende des Krieges wurde ihr langjähriger Freund, Genosse und Vater ihres Kindes, Rudolf Rocker, aus England ausgewiesen. Sie ging mit ihm und landete im Winter 1918 in Berlin. Dort wurde sie schnell wieder ein aktiver Teil der anarchistischen-syndikalistischen Bewegung. Von ihr stammt die programmatische Schrift „Was will der Syndikalistische Frauenbund?". Erstmals gab es in Deutschland eine Frauenbewegung, die revolutionären Syndikalismus, Anarchismus und Feminismus verband, die Hausarbeit als echte Arbeit anerkannte, Teil einer männerdominierten Bewegung war und dabei auf eine organisatorische Autonomie pochte. Witkop war ihre bekannteste Vertreterin.

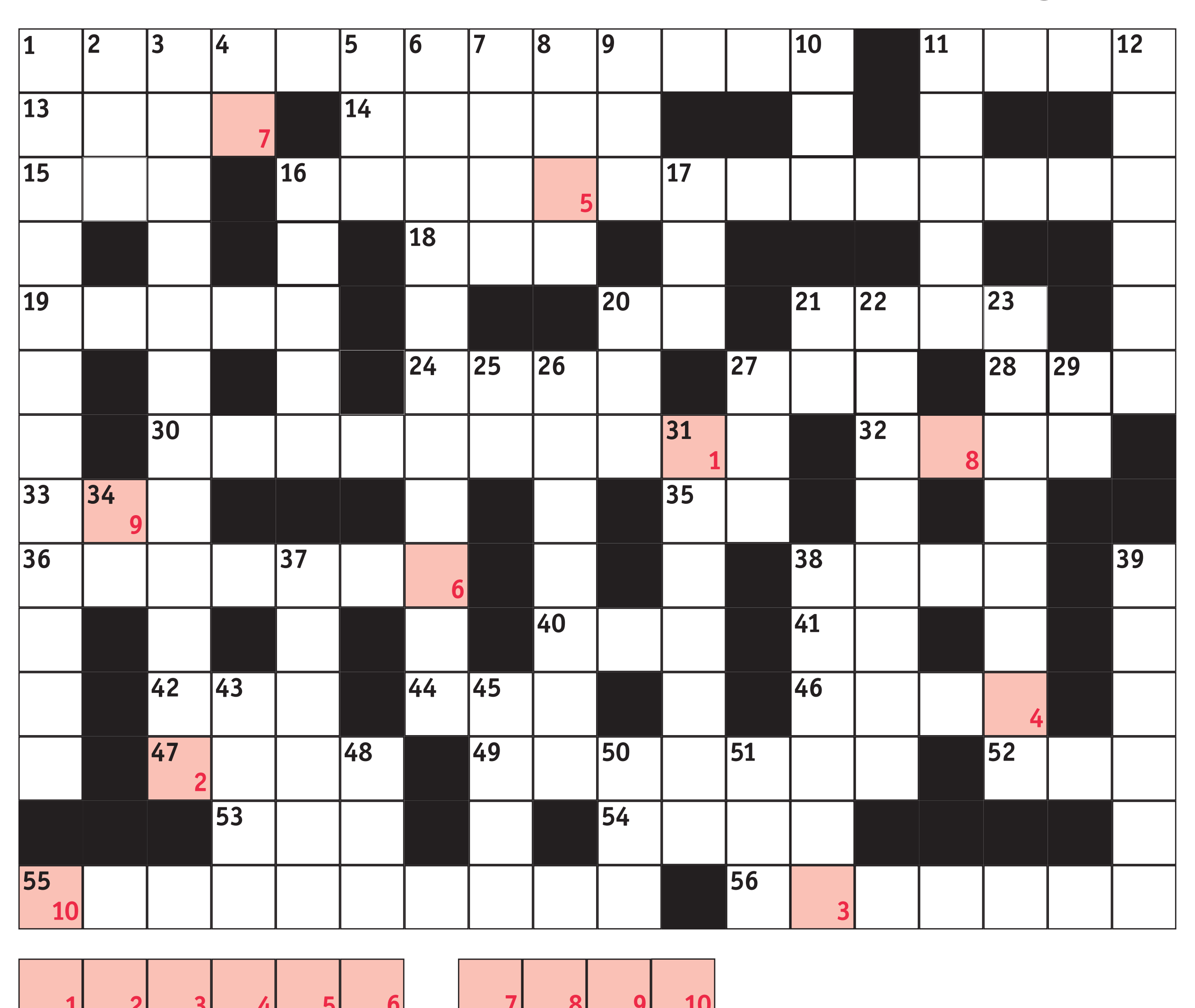
Anfang der 1920er Jahre wurde der Kampf gegen den Faschismus auch in Deutschland notwendig. Immer wieder wird aus den Reihen der Anarcho-SyndikalistInnen auf die allgemeine Gefahr des Faschismus, der als globales Phänomen begriffen wird, hingewiesen. Dabei wird schon sehr früh erkannt, dass der deutsche Faschismus eine Besonderheit aufweist, nämlich einen ausgesprochenen „Pogrom-Antisemitismus". Dieser sei nicht ökonomisch zu erklären, sondern stelle eine ganz besondere, eigene Strömung dar. Die deutsche Arbeiterbewegung, soviel war schnell klar, würde dem deutschen Faschismus nichts entgegen zu setzten haben, trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit. Aber auch die anarcho-syndikalistische Bewegung würde einen offenen Kampf nur verlieren können, da sich sowohl die pure Anzahl der Mitgliederschaft nach 1925 rapide verringert hatte als auch – und das ist viel bedauerlicher – ihr Einfluss auf die Gesellschaft im Allgemeinen und die Arbeiterschaft im Speziellen geschwunden war.

Milly blieb nichts anderes übrig, als Anfang der 1930er Jahre erneut ins Exil zu gehen, diesmal in die USA. Von dort unterstützte sie den Kampf gegen den Nationalsozialismus ebenso wie die Revolution in Spanien. Wenn sie auch nach dem Krieg ein gewisses Verständnis für die Gründung Israels hatte, so ließ ihr grundsätzlicher Anti-Nationalismus sie auch eine kritische Haltung gegenüber dem Zionismus behalten. Mit viel Energie war sie an der Gründung eines Komitees zur Unterstützung deutscher Anarcho-SyndikalistInnen, welche das NS-Regime überlebt hatten, beteiligt. 90% der gesamten materiellen Hilfe für deutsche Anarcho-SyndikalistInnen kam von der jiddischen Bewegung in den USA.

Milly Witkop starb am 23. November 1955 in Peekskill am Hudson River in der Nähe von New York

Rudolf Mühland

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 56



Waagerecht

1. Stadtteil von Stuttgart; hier liegt das Daimler-Stammwerk 11. Landgut, besonders mit Tierzucht <engl.> 13. Rundfunkanstalt in West-Berlin von 1946 bis 1993 unter Kontrolle der US-amerikanischen Besatzungsbehörden 14. in der Taxonomie: eine geringfügige Abweichung von einer Spezies 15. Kurzwort für ein verbreitetes Leichtmetall <umgangssprachl.> 16. eine Person, die nicht über den herkömmlichen Weg in einen Beruf oder Betrieb einsteigt 18. Informationsspeicher mit wahlfreiem Zugriff <EDV, engl. Abkürzung> 19. altmodische/pathetische Bezeichnung für die Gesamtheit der revolutionären Bestrebungen: die ~ der Arbeit 20. chemisches Zeichen für Eisen 21. Ablagerung von Flugstaub, v.a. in der Eiszeit entstanden 24. Einstellung, kurze Szene <Film, Musik> 27. chinesische Rührpfanne 28. japanische Währung 30. nach Worten des früheren deutschen Kriegsministers Struck (SPD) wird "unsere" Sicherheit auch an diesem Gebirge in Afghanistan verteidigt 32. Losung der Friedensbewegung: ~ Waffen Frieden schaffen! 33. ausgestorbener Riesenvogel Neuseelands 35. in manchen Ländern ein Symbol für Toilette 36. ein Blattgemüse 38. Mediziner und Mikrobiologe (1844-1910), der u.a. den Erreger der Tuberkulose entdeckte; Vorname: Robert 40. Krankenkasse, die ein Drittel der Bevölkerung der BRD betreut 41. Abkürzung für Amtsgericht 42. aus den Schwarzgeldkassen dieses französischen Konzerns sind Anfang der 90er Jahre immense Schmiergeldzahlungen an deutsche Politiker im Zuge der Privatisierung der Leunawerke und des Ölkonzerns Minol geflossen: ~ Aquitaine 44. Spruch, der manchmal auch bei Streiks auf Plakaten zu lesen ist: Ohne Moos ~ los! 46. egal ob bei Hund oder Hai, Zecke oder Schlange, eins wird befürchtet 47. türkische Währung 49. verneinen, ablehnen <Ich-Form einsetzen!> 52. deutsche Schriftstellerin, Vorname: Elke 53. Abkürzung für einen Konferenzzusammenhang linker Parteien aus Europa, die sich halbjährlich zum Erfahrungsaustausch und zur Formulierung gemeinsamer politischer Leitlinien treffen (DKP ist Beobachterin) 54. Futteral, Behälter 55. Ruf der Montagsdemonstrationen in der DDR: "Stasi in die ~ !" 56. Bezeichnung für die Zeit von 1815 bis zur deutschen Märzrevolution 1848.

Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. Mindestens 75% der Gewerkschaftsmitglieder eines Betriebes müssen einem Streik zustimmen: Wie heißt diese hohe Hürde? 2. größter Strom Afrikas 3. Form des Handels, bei der Waren oder Dienstleistungen direkt ohne die Verwendung einer Währung getauscht werden 4. Begriff in der Theorie der Psychoanalyse für die elementaren Triebe, die dem Bewusstsein weitgehend entzogen sind, im Unterschied zum Ich und Über-Ich 5. gedrehtes Seil 6. viele Beschäftigte machen sie und werden dafür oft nicht bezahlt 7. seltene Bücher 8. medizinische Salbe <eindeutschende Schreibweise> 9. Länderkürzel für Haiti 10. Honigwein 11. figürlicher Zierstreifen zum Schmuck einer Wand 12. britischer Bauarbeiter, der 1996 in Brandenburg Opfer eines rassistischen Anschlags wurde und seitdem querschnittgelähmt ist; 2001 regte er einen Austausch zwischen Jugendlichen aus der Region und seiner Heimatstadt Birmingham an; Vorname: Noel 16. sich auffällig "weiblich" verhaltender und kleidender Schwuler: Drag ~ <engl.> 17. umgangssprachlich für "nein" 20. die größte und älteste parteinahe Stiftung Deutschlands <Abk.> 21. Abkürzung für den Gewerkschaftsbund in Schweden (ebenfalls in Dänemark) 22. Lehre von den Beziehungen der Lebewesen zu ihrer Umwelt 23. die anarchistische ~: Bestrebung, die drei traditionellen Strömungen des Anarchismus zusammenzuführen 25. militärische Bezeichnung der Kalaschnikow: ~-47 bzw. ~-74 26. Steuer für Kurgäste und TouristInnen 27. Abkürzung der Weltgesundheitsorganisation <engl.> 29. Kfz-Kennzeichen für den Elbe-Elster-Kreis 31. Verband für Piloten und Flugingenieure in Deutschland, der 2001 der Lufthansa nach monatelangen Streiks einen Tarifvertrag mit einer etwa 30-prozentigen Lohnerhöhung abtrotzte: Vereinigung ~ 34. oben angeführt <Abk.> 37. Vertrauensfrau, Vorsitzende 38. welcher Kleinbürger sehnt sich nicht nach einer sommerlichen Spritztour in diesem automobilen Ersatzglück <eindeutschende Schreibweise> 39. ländliche Kollektivsiedlung in Israel mit gemeinsamem Eigentum und basisdemokratischen Strukturen 43. erfolgreicher "Italo-Western" aus 1968: "Spiel mir das ~ vom Tod" 45. Sonnengott und Gott der Regenbögen in der Mythologie der Inka; man denke an die engagierte chilenische Folkloregruppe ~ Illimani 48. Alkohol <umgangssprachl.> 50. Erbfaktor 51. ~-Strahlung: der extrem ultraviolette Teil des elektromagnetischen Spektrums <Abk.>.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
Der/Die Gewinner/in des letzten Rätsels wird in der nächsten Ausgabe an dieser Stelle nachgereicht.

Auflösung # 55



DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., Kornstraße 28-30, 30167 Hannover, BRD

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 191: 12. Dezember 2008